

ERWACHSENENBILDUNG IN NIEDERSACHSEN 1955–1970
ZUR GESCHICHTE DES LANDESVERBANDES
DER VOLKSHOCHSCHULEN NIEDERSACHSENS E. V.

HERAUSGEGEBEN VON HEINO KEBSCHULL

Manuskript von Sibylle Obenaus, 1993
Bearbeitet und herausgegeben von Heino Keschull, 2014
Eigenverlag, Wennigsen 2014
© Alle Rechte beim Herausgeber

Inhalt

Vorbemerkungen zu diesem Band.....	5
Einleitung.....	7
Inhaltsverzeichnisse der bisher erschienenen Bände.....	11
Band 1	11
Band 2	12
1. Die Gründung des „Niedersächsischen Bundes für freie Erwachsenenbildung e. V.“	15
2. Satzungsmäßige Organe und Gremien des Landesverbandes der Volkshochschulen Niedersachsens e.V. 1955 bis 1970	18
2.1 Vorstände	18
2.2 Arbeitskreis der hauptberuflichen Leiter und Pädagogischen Mitarbeiter	21
2.3 Mitgliederversammlungen	26
2.4 Geschäftsstelle	28
2.5 Leitertagungen/Pädagogische Konferenzen/Mitarbeiterkonferenzen	30
2.6 Pädagogische Arbeitsstelle, Pädagogischer Ausschuss, Pädagogischer Beirat 1952–1970 – ein Überblick.....	34
2.7 Organisationsausschuss	47
2.8 Kontaktausschuss	47
3. Publizistische Selbstdarstellung des Landesverbandes	49
4. Programme und Modelle: die pädagogische Arbeit des Landesverbandes	50
4.1 Jugendarbeit.....	50
4.2 Frauenarbeit und Frauenfragen im Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsen seit den 50er Jahren bis 1966 – ein verdrängtes Kapitel	52
4.3 Fachkurse/Zertifikatskurse/Schulabschlüsse im Zweiten Bildungsweg	61
5. Zusammenarbeit mit Universität, Pädagogischen Hochschulen und Schulen	65
5.1 Die Seminarkurse	65
5.2 Zusammenarbeit mit den Pädagogischen Hochschulen und Schulen	68
6. Zusammenarbeit mit den Medien	71
6.1 Die Filmarbeit des Landesverbandes	71
6.2 Die Rundfunkarbeit des Landesverbandes.....	71
6.3 Die Fernseharbeit des Landesverbandes.....	72

7. Studienreisen ins Ausland zum Erfahrungsaustausch	74
8. Zur historischen Entwicklung der Kreisvolkshochschulen	76
Abkürzungsverzeichnis	84

Vorbemerkungen zu diesem Band

Als Sibylle Obenaus in Erfüllung des mit ihr seitens des Landesverbandes Volkshochschulen Niedersachsens geschlossenen Werkvertrages das Manuskript zu seiner Geschichte von 1955 bis 1970 um die Jahreswende 1992/93 vorlegte, waren darin die Entwicklungslinien des Arbeitskreises Hauptberuflicher Leiter und Pädagogischer Mitarbeiter und die der Kreisvolkshochschulen aufgearbeitet. Für die insbesondere auch verabredete verbands- und bildungspolitische Rolle des Vorstandes vor und nach der 1954 erfolgten Errichtung des Niedersächsischen Bundes für freie Erwachsenenbildung e. V. schloss der eingangs stehende Artikel jedoch mit dem Satz: „Wie sich die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und dem Landesverband der Volkshochschulen, die anfangs in Personalunion von Wiechert geleitet wurden, im Einzelnen gestaltete und inwieweit sich die an den Bund geknüpften Erwartungen erfüllt haben, bedürfte noch einer Untersuchung.“

Da mein Eintritt in den Ruhestand unmittelbar bevorstand, haben keine Überlegungen stattgefunden, diese Untersuchung noch nachholen zu können. Schließlich unterblieb die Veröffentlichung des Manuskripts ebenso, wie inhaltliche und organisatorische Änderungen der verbandlichen Dienstleistungen für die Mitgliedseinrichtungen zu dieser Zeit bewirkten, dass drei mit dem Manuskript von Sibylle Obenaus vorgelegte ergänzende Einzelbeiträge zur Geschichte der Erwachsenenbildung Niedersachsens nicht noch in den Periodika des Landesverbandes erscheinen konnten.

Das Manuskript scheint jedoch ansatzweise mit dem Ziel der Veröffentlichung bearbeitet worden zu sein, wie einige der z. T. mehrfach vorliegenden Manuskriptteile mit handschriftlichen Anmerkungen und Korrekturen zeigen. Wann und durch wen dies oder doch noch während meiner Dienstzeit erfolgt sein könnte, ließ sich selbst im Kontakt mit ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht mehr verifizieren. Alles gelangte schließlich wieder zu mir, nachdem wiederholte Initiativen zur Bearbeitung und Veröffentlichung der Manuskripte nicht aufgegriffen worden waren. Dankenswerterweise hat Anfang 2013 ein Mitarbeiter des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE) zum Zweck der weiteren Bearbeitung das Hauptmanuskript in mehreren Arbeitsgängen eingescannt, allerdings in unterschiedlichen Dateiformaten, sodass ich sie kraft meiner Kenntnisse und Fertigkeiten in keiner zu bearbeitenden Datei zusammenfügen konnte. Als es danach auch nicht gelang, im weiteren Praxis- und Wissenschaftsbereich der Erwachsenenbildung eine Stelle für die Bearbeitung und Veröffentlichung des Manuskripts zu finden, schilderte ich unserem zu einer Familienfeier im Frühjahr 2014 anwesenden 20-jährigen Enkel die Misere an meinem PC-Arbeitsplatz. Er fragte nur knapp, wie ich's gerne hätte, bewegte die Maus und sagte bereits nach sehr kurzer Zeit: „So, Opa, jetzt kannst du arbeiten!“ und verschwand auch schon wieder.

Ohne auch nur zu ahnen, dass die nun so vorhandene Datei im Laufe der beiden letzten Jahrzehnte schon zum zweiten Male über ein OCR-Programm eingelesen worden war und infolgedessen die meisten Satzzeichen, alle Umlaute, gleiche oder ähnliche Satzteile etc. falsch oder bis zur totalen Unlesbarkeit oder Unverständlichkeit enthielt, fast ausnahmslos alle Anführungszeichen verstümmelte und die Platzierung der meisten Fußnoten nicht erkennen ließ, begann ich mit der Bearbeitung der Datei, deren Inhalte aus mehreren einzelnen und nach Schriftart und Papier nicht schlüssigen Teilen bestand, die nur nach

bestem Wissen kraft persönlicher historischer Kenntnisse als zusammengehörige Teile zu ermitteln waren, da auch Sibylle Obenaus keinerlei Erinnerung mehr an die Geschehnisse nach Vorlage des Manuskripts hatte.

Nach mehrwöchiger intensiver Bearbeitung war es dann so weit, dass nach schier unendlich vielen verfahrenstechnisch bedingten Korrekturen und vielen leider mehrfach zu wiederholenden Arbeitsschritten die Arbeiten zum Vorwort, der Einleitung und der Lektorierung erfolgen konnten.

Einfacher, immens viel Zeit, Kosten und energiesparender hätte sich die erforderliche Bearbeitungsdatei bereits im Zeitraum eines Monats gewinnen lassen, wenn ich eigenständig täglich drei Seiten des Manuskripts im Zwei-Finger-Suchsystem eingetippt hätte. Leider kam mir diese Einsicht zu spät.

Heino Keschull

Einleitung

Anstelle einer spezifischen Einleitung zu diesem Band soll hier ein Text aus dem Jahre 1989 die seit Mitte der Achtzigerjahre einsetzenden Bemühungen zur Aufarbeitung der Geschichte der Erwachsenenbildung in Niedersachsen aufzeigen, in deren Zusammenhang das von Dr. Sibylle Obenaus verfasste Manuskript entstand. Der Text ist im Jahre 2011 von der Geschäftsstelle des Verbandes zu mir gelangt. Es ist nicht ersichtlich und zu erinnern, zu welchem Zweck er damals geschrieben wurde.¹ Darin heißt es – einschließlich der kursiv gestellten geringfügigen Ergänzungen – u. a.:

Sicherung von Archivalien und Aufarbeitung historischer Quellen der Erwachsenenbildung in der verbandlichen Arbeit und bei Volkshochschulen

I. Die Aufarbeitung historischer Quellen der Entwicklung niedersächsischer Volkshochschulen und des Landesverbandes der Volkshochschulen zeigt, dass die Sicherung von Archivalien nur in wenigen glücklichen Fällen erfolgte. Es sind – von einigen Initiativen und Appellen der unmittelbaren Nachkriegszeit abgesehen – auch keine systematischen Bemühungen erkennbar, die VHS-Arbeit auf lokaler und verbandlicher Ebene hinreichend zu dokumentieren, sie für Lehre und Forschung im Bereich der Erwachsenenbildung verfügbar zu machen und z. B. für Diplomarbeiten berücksichtigen zu können. Auch auf Bundesebene sind die nun seit mehr als vier Jahrzehnten die Arbeit der Verbände dokumentierenden Materialien nicht zentral verzeichnet und für die Aufarbeitung erschlossen oder auch nur gesammelt. Vor dem Problem, kaum noch über Dokumente zu verfügen, die seine Existenz und Entwicklung seit 1947 markieren, stand auch der Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsens. Ursächlich mag dies u. a. darauf zurückzuführen sein, dass in den Jahren 1947 bis 1970 das Leitungspersonal und der Standort der Geschäftsstelle häufig wechselten. Außerdem entwickelte sich mit der Errichtung der Arbeitsgemeinschaften Arbeit und Leben und für Erwachsenenbildung auf dem Lande/ländliche Erwachsenenbildung partielles archivalisches Eigenleben, das durch mehr als 30-jährige Kontinuität in der Leitung dieser Arbeitsgemeinschaften gestützt und bei der nach und nach einsetzenden rechtlichen Verselbständigung wirksam wurde.

Nach vorausgegangenen jahrelangen Bemühungen zur Wiedergewinnung von Archivalien begann 1986 eine durch Werkvertrag gesicherte systematische Suche und Aufbereitung. Unter Bearbeitung von Dr. Sibylle Obenaus entstand so der Band **Geschichte der Erwachsenenbildung Niedersachsens 1945 bis 1950, Materialien und Dokumente**, dem jetzt Band 2 folgt, der die Zeit von 1951 bis 1955 umfasst.

Die Arbeit an diesen beiden Bänden hat u. a. die fast lückenlose Wiedergewinnung verbandlicher Rundschreiben und anderer Materialien und Dokumente zur Folge, die nunmehr dem Archiv für Erwachsenenbildung in Niedersachsen zugeführt werden können.

¹ Die vorliegende Kopie enthält lediglich den handschriftlichen Vermerk der Sekretärin des Verbandsdirektors: Kopie an Dr. Volker Otto geschickt.

Zur Sicherung von Archivalien und zur Aufarbeitung historischer Quellen ist danach festzustellen:

1. Durch die beiden Bände zur Geschichte der Erwachsenenbildung Niedersachsens 1945 bis 1955 ist die politisch und konzeptionell interessante Anfangsphase der Volkshochschularbeit dokumentarisch (wieder) gesichert. Hierzu haben auch insbesondere Aktenbestände beigetragen, die der Gründungsvorsitzende des Verbandes, Regierungspräsident a. D. Hans Beutz, im Jahre 1985 Heino Keschull übergab.
2. Für die Zeit von 1955 bis 1970 sind von besonderem historischen Interesse die 1961 eingesetzte „Studienkommission zur Entwicklung der Erwachsenenbildung“ sowie die rechtliche Verselbstständigung von „Arbeit und Leben“ und der Ländlichen Erwachsenenbildung und die damit verbundene niedersächsische Variante pluralistischer Organisationsformen und Finanzierungsfragen der Erwachsenenbildung.²
...
3. Für die Zeit ab 1970 – also seit Inkrafttreten des Erwachsenenbildungsgesetzes – sind alle relevanten Materialien gesichert:
 - alle vom Verband herausgegebenen Periodika sind verschlagwortet, gebunden und mehreren Standorten zugeführt
 - alle den verbandlichen Gremien zugehörigen Drucksachen – ca. 1500 – sind verziffert, verschlagwortet, gebunden bzw. dafür vorbereitet
 - alle Einzeltitel – wie auch mehrere Periodika – sind der Niedersächsischen Landesbibliothek zugeführt worden, seit Jahren auch den Deutschen Bibliotheken in Leipzig und Frankfurt am Main.

Im Archiv für Erwachsenenbildung sind diese Materialien neben den gebundenen Protokollen zu den Beratungen verbandlicher Gremien etc. ebenfalls gebunden vorhanden.

Aufgrund dieser Vorkehrungen sind damit Voraussetzungen geschaffen, *auch* die Geschichte der Volkshochschulen Niedersachsens und der verbandlichen Arbeit *ab 1970 weiter* aufarbeiten zu können. Dies sollte aus dem Verbandshaushalt finanziert werden.

II. Struktur der niedersächsischen Volkshochschulen und Archivierungsziele

In den Jahren bis 1970 arbeiteten bis zu 150 Volkshochschulen in damals 60 Landkreisen und 15 kreisfreien Städten Niedersachsens größtenteils privatrechtlich organisiert, oft aber auf gemeindlicher Ebene nur aufgrund der Initiative von Einzelpersonen und keineswegs in allen Landkreisen, Städten und Gemeinden, nur in sehr wenigen Einzelfällen auch mit hauptberuflichem Personal für Leitung und Verwaltung. Das Wissen um die Entwicklung dieser Volkshochschulen ging oft mit dem Wechsel der Mitarbeiter verloren.

² Sibylle Obenaus hat einige Themen in dem mit ihr hierzu geschlossenen Werkvertrag zusätzlich zum Manuskript dieses Bandes als einzelne Beiträge mit den Titeln „Die Niedersächsische Studienkommission für Fragen der Erwachsenenbildung“, „Satzungs- und Gesetzeskommission“ abgehandelt und um den Beitrag „Seminar für Erwachsenenbildung in der Gohrde“ ergänzt, deren Veröffentlichung noch ansteht.

Nach Abschluss der Verwaltungs- und Gebietsreform hat sich die Zahl der Landkreise auf 37 und der kreisfreien Städte auf neun verringert, die der kreisangehörigen Gemeinden ist im Verhältnis zehn zu eins gesunken. Mit Ausnahme einiger Gemeinden in drei Landkreisen arbeiten 70, die durch Neugründung oder Fusion jeweils mehrerer rechtlich meist unterschiedlich verfasster Volkshochschulen hervorgegangen sind. Deren organisatorischer Aufbau, Professionalisierung und die Entwicklung ihrer Bildungsarbeit haben eine Arbeitsverfassung „mit stets zu wenig Personal für stets zu viel“ Arbeit zur Folge gehabt, die die Aufgabe der Dokumentation und Archivierung vernachlässigte.

Am 20. Oktober 1989 hat der Vorstand beschlossen, für alle Volkshochschulen Niedersachsens den Beitrag zu finanzieren, der für juristische Personen als Mitglieder der Gesellschaft für Bildungsforschung und Erwachsenenbildung zu zahlen ist, die mit dem Wolfgang-Schulenberg-Institut *an der Uni Oldenburg* auch das Archiv für Erwachsenenbildung unterhält. Dies soll die 1986 eingeleiteten Archivierungsarbeiten verstärken und zur weiteren historischen Aufbereitung lokaler und regionaler institutioneller Daten und Entwicklungen der Volkshochschulen beitragen.

...

Hannover, den 26. Oktober 1989

Heino Keschull

Inhaltsverzeichnisse der bisher erschienenen Bände

Band 1

Vorwort	7
Einleitung	9
I. Rundschreiben des „Verbindungsausschusses der Volkshochschulen in der britischen Zone“ und des „Fachausschusses für Erwachsenenbildung“ im Zonenerziehungsrat 1946–1947	13
II. Rundschreiben des „Landesverbandes der Volkshochschulen Niedersachsens e. V.“ 1947–1950	53
III. Dokumente zur Geschichte der Erwachsenenbildung in Niedersachsen 1945–1950	149
1 1945, 22.9. Anweisung der Britischen Militärregierung zur Wiederaufnahme der Erwachsenenbildung in der Provinz Hannover.....	150
2 [1945] o. D. Education Control Instruction No. 38 S/265 Volkshochschulunterricht für Entwaffnetes Deutsches Personal (Für die Deutschen Behörden)	152
3 Sommer 1946 „Gesetz über die Finanzierung der Erwachsenenbildung und des Volkshochschulwesens“	154
4 Mai 1946 Plan zur Errichtung der Heimvolkshochschule Göhrde	160
5 1946, 2./3.12. „Protokoll der in Bielefeld durchgeführten Besprechung zwischen Vertretern der Volkshochschulen und Gewerkschaften der Britischen Zone“	164
6 1948, 16.1. Erlaß des Niedersächsischen Kultusministers KV 158/48.....	169
7 1948, o. D. Erstes Fortbildungsprogramm des Landesverbandes.....	170
8 1948, 2.9. Erlaß des Niedersächsischen Kultusministers KV 3187/48 „Gegenwartsaufgaben der Volkshochschulen“.....	172
9 1948, 28.–30. 9. Arbeiterbildung und Volkshochschule. Bericht über den Fortbildungskursus des Landesverbandes der Volkshochschulen Niedersachsens; Leiter OB. Reg.-Rat Alfken vom Niedersächsischen Kultusministerium	174
10 1948, 30.9. Erlaß des Niedersächsischen Kultusministers KV 3187/848	177
11 1949, 9.3. Erste Überlegungen und Besprechungen zu einem Arbeitsverbund von Universität und Landesverband der Volkshochschulen	179

12	1949, 26.11.	„Erklärung des Vorstandes“ auf der Außerordentlichen Mitgliederversammlung des Landesverbandes	182
13a	1949, 3.11.	„Kurzprotokoll über die Konferenz betr. Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben in der Bundesschule des DGB Wennigser Mark“	183
13b	1949, 4.11.	Reisebericht Lotzes über die Konferenz betr. Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben in der Bundesschule des DGB Wennigser Mark	191
14	1950, 31.1.–3. 2.	Anschreiben, Anwesenheitsliste und Protokoll der Konferenz über Fragen der Volkshochschularbeit auf dem Lande in der Heimvolkshochschule Jägeri Hustedt	196
		Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	211
		Verzeichnis der Archive	212

Band 2

		Vorwort.....	7
		Einleitung	8
		Berichtigungen und Nachträge zum ersten Band.....	23
I.		Rundschreiben des „Landesverbandes der Volkshochschulen Niedersachsens e. V.“ 1951–1955.....	29
II.		Dokumente zur Geschichte der Erwachsenenbildung in Niedersachsen 1950–1955	119
15	1949, 25./26.2.	Leitsätze, aufgestellt von der Arbeitsgemeinschaft der Heimvolkshochschulen Niedersachsens in der Heimvolkshochschule Jägeri Hustedt.....	120
16	1950, 6.5.	Denkschrift über die kulturpolitische Bedeutung der Volkshochschulen und die Notwendigkeit der Finanzierung ihrer hauptamtlichen Mitarbeiter durch die Gebietskörperschaften	123
17	1950, 19.6.	Protokoll über die erste Sitzung zwischen Vertretern des Niedersächsischen Landvolks und den Niedersächsischen Volkshochschulen	127
18	1950, 2.9.	Protokoll der Tagung: „Förderung der Ländlichen Erwachsenenbildung“ im Haus der Jugend, Hannover.....	130
19	1951, 9.4.	Denkschrift Fritz Borinskis	143
20	1951, 19./20.5.	Wilhelm Matull: „Ausführungen über Finanzpolitik“ auf der Mitgliederversammlung des Landesverbandes der Volkshochschulen Niedersachsens zu Hannover.....	157

21	1952, 27.3.	Bericht über den 2. Ferienkurs für Arbeiter, Bauern und Studenten an der Universität Göttingen	163
22	1952, 6.–16.6.	Bericht über die Arbeitstagung „Mitbürgerliche Erziehung in der Erwachsenenbildung“ in der Heimvolkshochschule Jagdschloß Gohrde	174
23A	1952, 29.7.	Schreiben der Leitertagung vom 23.–29. Juli 1952 in der Gohrde an den Vorstand des Landesverbandes	200
23B	1952, 26.7.	[Heiner Lotze] Vortrag vor der Volkshochschulleitertagung in der Heimvolkshochschule Jagdschloß Gohrde	202
24	1953, o. D.	Denkschrift über die Situation der Erwachsenenbildung in Niedersachsen	209
25	1954, o. D.	Aufstellung der im Rechnungsjahr 1954 verteilten Beihilfen für den Landesverband und die Landesarbeitsgemeinschaft „Arbeit und Leben“	218
26A	1954, 24./25.4.	Niederschrift über die Konferenz der Leiter der Kreisvolkshochschulen in Salzgitter	222
26B	1955, 22.6.	Entwurf zum Merkblatt über Kreisvolkshochschulen	226
27	1954, 24.10.	Niederschrift über die 4. Konferenz der Bezirksgruppe Hannover Land im Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsens in Neustadt a. Rbge.	228
Anhänge			
1.	Leitertagungen 1946–1955.....		234
2.	Der Vorstand des Landesverbandes der Volkshochschulen Niedersachsens 1947–1956		235
3.	Geschäftsführer des Landesverbandes 1947–1956		238
4.	Mitgliederversammlungen des Landesverbandes 1947–1956.....		238
Orts- und Länderverzeichnis			239
Personenregister			247
Abkürzungsverzeichnis			294
Quellenverzeichnis			295
Zeitschriften			296
Literaturverzeichnis			297

1. Die Gründung des „Niedersächsischen Bundes für freie Erwachsenenbildung e. V.“

Da die Tätigkeit des Landesverbandes in dem angegebenen Zeitraum sich – anders als im vorhergehenden Jahrzehnt – im Rahmen des im August 1954 gegründeten „Niedersächsischen Bundes für freie Erwachsenenbildung“ entwickelte, sei die Gründung dieses Dachverbandes für die niedersächsischen Erwachsenenbildungsinstitutionen hier kurz skizziert. Sie hat eine schon Ende 1949 beginnende Vorgeschichte.

Auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Landesverbandes im November 1949 war zum ersten Mal ein Vorstand gewählt worden, in dem neben den Bezirksgruppen auch je ein Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Heimvolkshochschulen (Borinski) und der Arbeitsgemeinschaft „Arbeit und Leben“ (Heidorn) Sitz und Stimme hatte. In ähnlicher Weise sollte in der Folgezeit die Ländliche Erwachsenenbildung, die das Niedersächsische Landvolk für seine Domäne erklärt hatte, in den Landesverband integriert werden. An diesem Konzept, das ursprünglich auch das der Referenten des Kultusministeriums, Alfken und Lotze, gewesen ist, hat man im Vorstand des Landesverbandes jahrelang festgehalten und um Kompromisse gerungen, obwohl sich schon relativ früh abzuzeichnen begann, dass massive Interessengegensätze der erstrebten Integration im Wege standen. Dies wurde insbesondere deutlich bei der gleichzeitig beginnenden Diskussion der zahlreichen Entwürfe für ein niedersächsisches Erwachsenenbildungsgesetz, in deren Verlauf das Ministerium schließlich verlangte, dass zunächst eine Umorganisation des Landesverbandes mit dem Ziel der Vereinigung der gesamten niedersächsischen Erwachsenenbildung stattfinden müsse, ehe ein Gesetz verabschiedet werden könne.

Schon im Frühjahr 1951 kulminierte der Konflikt, dessen einzelne Phasen insbesondere im Hinblick auf die Politik des Landvolks noch einer genaueren Untersuchung bedürfen. Mit einer Denkschrift an den Staatssekretär während einer längeren Erkrankung des zuständigen Referenten Lotze versuchte Borinski Anfang April 1951 noch kurz vor den niedersächsischen Landtagswahlen, die sich abzeichnende Entwicklung von relativ selbstständigen Erwachsenenbildungsinstitutionen aufzuhalten. Er wollte den Landesverband der Volkshochschulen als Interessenvertretung der gesamten niedersächsischen Erwachsenenbildung erhalten wissen. Auch nach der unabhängig vom Landesverband und hinter dem Rücken des Ministeriums erfolgten Gründung der „Arbeitsgemeinschaft für Ländliche Erwachsenenbildung“ im Juli 1951, der, nachdem sich die Referenten des Ministeriums mit der einmal geschaffenen Situation abgefunden und Haushaltsgelder zur Verfügung gestellt hatten, die Bildung einer eigenen Geschäftsstelle folgte, wurden die Bemühungen um die Einbindung der Ländlichen Erwachsenenbildung in den Landesverband, auf welch lockere Weise auch immer, zunächst fortgesetzt.

Es ging vor allem um die Aufteilung der Landesmittel. So schrieb Lotze an Wiechert am 4. Januar 1952, dass bei den Verhandlungen über die Aufteilung der Landesmittel für 1952 das Kultusministerium gerne bereit sei, auch für das Rechnungsjahr 1952/1953 mit dem Landesverband und der ZAG „Arbeit und Leben“ vorzuplanen, machte aber ausdrücklich darauf aufmerksam, „dass die ländliche Erwachsenenbildung keine organisatorische Verbindung zum Landesverband hat und auch die Heimvolkshochschulen ihre Interessen selbst vertreten wollen.“ Ebbighausen erwiderte darauf mit Schreiben vom 21. Januar 1952,

dass auf der Vorstandssitzung am 12./13. Januar 1952 auch mit Zustimmung des anwesenden Regierungsvertreters vereinbart worden sei, dass der Landesverband Anfang März (nach Rückkehr Lotzes) zu einem Gespräch über die Aufteilung der Landesmittel aller beteiligten Einrichtungen der Erwachsenenbildung auffordern solle. Die an der Erwachsenenbildung beteiligten Organisationen, auch die Ländliche Erwachsenenbildung, sollten dem Kultusministerium einen Vorschlag in dieser Angelegenheit zukommen lassen.

Einen entscheidenden Einschnitt stellte die Leitertagung 1952 in der HVHS Jagdschloss Göhrde dar. Auf der folgenden Vorstandssitzung wurde am 20. September 1952 eine Satzungs- und Gesetzeskommission berufen, die die Umorganisation des Landesverbandes vorbereiten und gleichzeitig den letzten vorliegenden Gesetzentwurf diskutieren und verabschieden sollte. Mitglieder waren Borinski für die Arbeitsgemeinschaft der Heimvolkshochschulen, Heine für die Abendvolkshochschulen, Heidorn für „Arbeit und Leben“, Fricke für die Ländliche Erwachsenenbildung und Bernotat als juristischer Berater. Die einzelnen Phasen dieser eineinhalb Jahre dauernden Kommissionsarbeit bedürften einer genaueren Darstellung, soweit die bisher vorliegenden Quellen sie erlauben. Hier ist für unseren Zusammenhang nur festzustellen, dass bei der Diskussion mehrerer Gesetzesentwürfe und der erforderlichen Umwandlung des Verbandes die Kommission, insbesondere Borinski und Ebbighausen, noch bis einschließlich der Mitgliederversammlung im Mai 1953 die Konzeption vertraten, dass es um eine Erweiterung des Landesverbandes, nicht um die Gründung eines neuen Dachverbandes zu gehen habe, auch wenn Ebbighausen schon auf der Bezirksgruppentagung in Braunschweig am 7. Dezember 1952 öffentlich machte, dass das Ministerium „die Auflösung bzw. die Namensänderung wollte“. Im Juni 1953 verließ Ebbighausen den Landesverband, Borinski, dessen Konzept gescheitert war, entschied sich im Herbst 1953, die Heimvolkshochschule Jagdschloss Göhrde zu verlassen und die ihm schon länger angebotene Leitung der Volkshochschule Bremen zu übernehmen.

Damit war auch im Vorstand des Landesverbandes der Weg frei für eine Dachverbandslösung, Wendepunkt war die Leitertagung Ende Juli 1953 in der Göhrde. Bernotat hatte es dort für die Kommission übernommen, „Gedanken zur geplanten Umbildung des Landesverbandes der Volkshochschulen Niedersachsens“ zu formulieren, die dort erörtert wurden. In einer zweiten von Bernotat dem Vorstand vorgelegten Fassung, die diese Erörterung mit aufnahm, waren die Akzente noch stärker weg von einer „Umbildung“ hin zu einer „Zusammenfassung“ der verschiedenen Erwachsenenbildungsgruppen hin verschoben. Ein Dachverband wurde nun endgültig anvisiert. Auf der Vorstandssitzung vom 22. Januar wurde diese Konstruktion weiter diskutiert. Auf der Sitzung des Satzungsausschusses am 7. Februar 1952 formulierte man schließlich Satzungsstichworte für den „Bund für Erwachsenenbildung Niedersachsens e. V.“ Auf der Sitzung des Ausschusses vom 23. Februar wurde danach die Satzung für den „Bund für (freie) Volksbildung Niedersachsen e. V.“ entworfen. Seit der Vorstandssitzung vom 16. März 1954 stand der Name des neuen Dachverbandes endgültig fest: „Niedersächsischer Bund für freie Erwachsenenbildung“. Einzelheiten der Satzung wurden noch verändert, nachdem die Ministerialvertreter Alfken und Lotze sie als zu formalistisch kritisierten und Lotze eine Neufassung des Paragraphen 2, der den Zweck des Verbandes festlegte, vorgelegt hatte. Die eigentliche Entscheidung aber war gefallen: Auf derselben Vorstandssitzung wurden Steinmetz, Fabian, Heidorn und Riedel vom Vorstand ermächtigt, zusammen mit

Wiechert, Bibow, Dorow und Heine die Gründung des Bundes vorzunehmen. Die Mitgliederversammlung stimmte am 26. Juni 1954 einstimmig zu, sie erfolgte schließlich am 14. August 1954. Am 1. April 1955 gingen die finanziellen Verwaltungsaufgaben der Partner auf den Niedersächsischen Bund über.

Wie sich die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und dem Landesverband der Volkshochschulen, die anfangs in Personalunion von Wiechert geleitet wurden, im Einzelnen gestaltete und inwieweit die sich an den Bund geknüpften Erwartungen erfüllt haben, bedürfte noch einer Untersuchung.³ Die Zusammenarbeit dauerte 15 Jahre: Zum 1. Januar 1971 kündigte der Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsens die Mitgliedschaft im Niedersächsischen Bund für freie Erwachsenenbildung.

3 Bei der Vergabe des Arbeitsauftrages an Sybille Obenaus stand 1991 nach der Erinnerung des Herausgebers noch vor der Aufarbeitung der Rolle des Arbeitskreises der hautberuflichen Leiter und Pädagogischen Mitarbeiter und der Kreisvolkshochschulen für die Entwicklung und Qualifizierung der Volkshochschulen Niedersachsens die Intention, dadurch die seitens des Vorstandes in 15-jähriger Mitgliedschaft im Niedersächsischen Bund und gegenüber des Landes aktiv vertretenen organisations- und bildungspolitischen Positionen Kenntnis zu erlangen. Aus eigenem Erleben des Herausgebers entwickelt sich innerhalb der Volkshochschulen mit zunehmender Professionalisierung und in Verbindung mit der Gesetzgebungsdebatte eine kritische Sicht zu den Finanzierungskategorien der Bildungsart und Institutionen, die der Vorstand des Landesverbandes innerhalb des Bundes und gegenüber der Landesregierung nicht öffentlich und nicht offensiv aufnahm und vertrat. Ohne die Chance, dies unter den gegenwärtigen Bedingungen noch weiter belegen zu können, ist dies jedoch aus dem damals im Archiv des Landesverbandes und jetzt im Privatarchiv Kebschull vorhandenen Protokoll der Bezirksgruppentagung der Bezirksgruppe Weser-Ems vom 9.3.1966 ersichtlich, in dem es auszugsweise heißt:

Die Teilnehmer der Tagung sprechen sich für folgende Vorschläge an den Vorstand des Landesverbandes aus:

1. Grundsätzlich sollen in der Erwachsenenbildung die Leistungen der einzelnen Volkshochschule vorwiegend gemessen werden an der Arbeitsleistung, die sich in den gehaltenen Stundenzahlen ausdrückt. Dieser Grundsatz soll in den verschiedenen Ebenen durchgeführt werden:
 - a) für die Bewertung des Zuschusses (sowohl für die Verbände im „Niedersächsischen Bund für freie Erwachsenenbildung“ als auch für deren einzelne Mitglieder)
 - b) für die Einstellung hauptamtlicher Kräfte (die Bewertungsgrundlage des Gutachtens der Niedersächsischen Studienkommission für Fragen der Erwachsenenbildung, Seite 24, soll dazu als Ergänzung dienen)
 - c) innerhalb des Niedersächsischen Bundes bei der Festsetzung des Stimmenanteils der Verbände
- 2.) (...)
- 3.) Die Mitglieder der Bezirksgruppe sprechen sich dafür aus, dass der Vorschlag des Landesverbandes der Volkshochschulen Niedersachsens zur Besetzung des Landesausschusses für Erwachsenenbildung für das Gesetz maßgebend sein soll (9 Mitglieder aus den Verbänden, 6 wirklich unabhängige Sachverständige. Für die Festlegung der Sitzanteile der Verbände soll Vorschlag 1c maßgebend sein).
- 4.) Es wird vorgeschlagen, dass der Vorstand des Landesverbandes sich dafür einsetzen möge, dass im Namen des Niedersächsischen Bundes für freie Erwachsenenbildung das Wort „freie“ gestrichen werde. Da der Begriff „Freie Erwachsenenbildung“ nach den Vorstellungen der 20er und 30er Jahre einen präzisen Sinn gehabt habe, der heute für den Niedersächsischen Bund nicht mehr zutreffe.

2. Satzungsmäßige Organe und Gremien des Landesverbandes der Volkshochschulen Niedersachsens e. V. 1955 bis 1970

2.1 Vorstände

Der Vorstand des Landesverbandes war auf der Mitgliederversammlung vom Juni 1954 von neun auf elf Mitglieder erweitert worden. Er bestand 1956 also aus dem alle zwei Jahre von der Mitgliederversammlung direkt zu wählenden Vorsitzenden, den Vertretern der sechs Bezirksgruppen und dem Direktor der Volkshochschule Hannover sowie den drei Vertretern der Ländlichen Erwachsenenbildung, von „Arbeit und Leben“ und der Arbeitsgemeinschaft der Heimvolkshochschulen.

Auf der Mitgliederversammlung am 23. Juni 1956 in Goslar wurde zusätzlich Klara Meyer als Persönlichkeit aus der niedersächsischen Erwachsenenbildung in den Vorstand gewählt. Auf der Mitgliederversammlung am 21. Juni in Osnabrück wurde über die Zusammensetzung des Vorstandes eine Satzungsänderung beschlossen: „Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, je einem Vertreter der Bezirksgruppen, einer Frau und bis zu drei durch die Mitgliederversammlung zu wählenden Persönlichkeiten aus der niedersächsischen Erwachsenenbildung. Außerdem kann je ein Vertreter der Arbeitsgemeinschaften, die ordentliche Mitglieder des Niedersächsischen Bundes für freie Erwachsenenbildung sind, Mitglied des Landesverbandes sein“. Der Vorsitzende und eine Frau sollten direkt durch die Mitgliederversammlung gewählt werden.

23. Juni 1956 bis 21. Juni 1958

Vorsitzender: Karl Wiechert

Stellvertretender Vorsitzender: Dr. Günther Thiede

Otto Bibow

Dr. Walter Fricke

Karl Ketelhut⁴

Horst Grimm

Adolf Heidorn

Karl-Heinz Kreter

Georg Lührs

Karl Lüpke

Klara Meyer

Karl Wüstemann

Geschäftsführender Vorstand: Wiechert, Thiede, Heidorn, Kreter

20./21. Juni 1958 bis 24. September 1960

Vorsitzender: Karl Wiechert

⁴ Die „Landesarbeitsgemeinschaft für Ländliche Erwachsenenbildung“ (LEB) hatte für den aus Krankheitsgründen zurückgetretenen Fricke Pastor Ketelhuth, Rastede, zum Vertreter der LEB im Vorstand des Landesverbandes gewählt; Mitteilung von Geschäftsführer Wiedenroth auf der Vorstandssitzung des Landesverbandes am 6. Mai 1957; Protokoll Archiv LVS

Stellvertretender Vorsitzender: Dr. Günther Thiede

Dr. Wolfgang Fischer

Horst Grimm

Adolf Heidorn

Karl-Heinz Kreter

Georg Lührs

Klara Meyer

Gerhard Takenberg

Karl Wüstemann

Geschäftsführender Vorstand: Wiechert, Thiede, Heidorn, Kreter

29. September 1962 bis 19. September 1964

Vorsitzender: Karl Wiechert

Stellvertretender Vorsitzender: Dr. Günther Thiede⁵, Karl-Heinz Kreter

Dr. Wilhelm Adickes

Dr. Wolfgang-Günther Fischer

Martha Fuchs⁶

Dr. Siegfried Gerth

Adolf Heidorn

Dr. Gottfried Höfer

Georg Lührs

August Schardt

Geschäftsführender Vorstand: Thiede, Kreter, Heidorn; ab 2. Juli 1963 trat Wiechert an die Stelle Thiedes.

19. September 1964 bis 18. November 1966

Vorsitzender: Karl Wiechert

Stellvertretender Vorsitzender: Karl-Heinz Kreter

Dr. Wilhelm Adickes

Dr. Wolfgang Günther Fischer

Martha Fuchs

Dr. Siegfried Gerth

Adolf Heidorn

Dr. Gottfried Höfer

August Schardt

Dr. Günther Thiede

Heinz Walter

Geschäftsführender Vorstand: Wiechert, Heidorn, Kreter

18. November 1966 bis 21. Mai 1968

Vorsitzender: Professor Dr. Willy Strzelewicz

Stellvertretender Vorsitzender: Karl-Heinz Kreter

⁵ Als Nachfolgerin von Klara Meyer, die aus gesundheitlichen Gründen Anfang 1960 aus dem Vorstand des Landesverbandes ausgeschieden war

⁶ Bis zum 15. April 1963, er blieb aber Vorstandsmitglied

Gerd Beier
Walter Ebbighausen⁷
Dr. Wolfgang-Günther Fischer
Dr. Alfred Franz⁸
Dr. Siegfried Gerth
Hans Haußmann
Adolf Heidorn
Dr. Gottfried Höfer
Joachim Raffert
August Schardt
Dr. Günther Thiede
Heinz Walter
Karl Wiechert

Der nach dem „Fall Wicke“ wieder eingesetzte geschäftsführende Vorstand bestand aus Strzelewicz, Heidorn, Raffert, Thiede und ab Mai 1967 auch Walter.

Der Vorstand beschloss die Bildung von Fachreferaten, für die einzelne Vorstandsmitglieder verantwortlich tätig sein sollten. Für politische Bildung Ebbighausen und Heidorn, für Publizistik und Öffentlichkeitsarbeit Raffert, für die Zusammenarbeit mit den Gebietskörperschaften und deren Spitzenorganisationen: Beier und Thiede, für Fragen der Kreisvolkshochschulen Haussmann, für Schardt, für die Fragen der kleinen Volkshochschulen Höfer und Kreter, für Fragen der Heimvolkshochschulen Gerth, für Fragen zu Fernsehen, Rundfunk und Büchereiwesen Fischer und Walter und für Probleme der Landespolitik Wiechert.

23. Mai 1968 bis 20. November 1970

Vorsitzender: Joachim Raffert
Stellvertretender Vorsitzender: Karl-Heinz Kreter
Gerd Beier
Helmut Breuer⁹
Walter Ebbighausen
Dr. Alfred Franz
Dr. Siegfried Gerth
Hans Haußmann
Adolf Heidorn
Dr. Gottfried Höfer
Johannes Janus¹⁰

⁷ Wiechert hatte in einem Brief an Ebbighausen vom 30.11.1966 dessen einstimmige Wahl in den Vorstand mitgeteilt: „Es liegt uns außerordentlich viel daran, dass Sie in der schwierigen Zeit einer Reorganisation des Landesverbandes und der bevorstehenden Verhandlungen über ein Erwachsenenbildungsgesetz uns unterstützen, um zu einem guten Ergebnis zu kommen“ (Archiv LV).

⁸ Franz löste am 20.6.1967 Fischer als Vertreter der Bezirksgruppe Weser-Ems ab und nahm auch dessen Vorstandssitz ein.

⁹ Seit 18.1.1969 als Nachfolger Dr. Thiedes

Helmut Kastens¹¹

Rudolf Koldewey

Walter Schäfer

Dr. Günther Thiede

Heinz Walter

Geschäftsführender Vorstand: Raffen, Ebbighausen, Heidorn, Kreter, Strzelewicz und Walter

Für die Beratungen des Erwachsenenbildungsgesetzes und der Durchführungsbestimmungen gab es einen „Beratungskreis Gesetz“ dem Raffert, Ebbighausen, Heidorn, Kreter, Ruprecht, Strzelewicz und Walter angehörten.

2.2 Arbeitskreis der hauptberuflichen Leiter und Pädagogischen Mitarbeiter

Eine erste Zusammenkunft des Arbeitskreises fand am 20. Dezember 1965 in Hannover statt¹². Eingeladen und anwesend waren Dr. Hans Stephan, VHS Delmenhorst, Reinhard Claudi, VHS Emden, Dr. Bruno Urbaschek und Dr. Ferdinand Wiebecke, VHS Göttingen, Herbert Bastemeyer, HVHS Jagdschloss Gohrde, Friedrich Becker, KVHS Helmstedt, Heino Keschull, KVHS Leer, Heinz Rackowitz, VHS Northeim, Dr. Karl Heinz Fischer, VHS Oldenburg, Walter Schneider, KVHS Osnabrück, Gerd Beier und Heinrich Bode, VHS Wolfsburg. Entschuldigt fehlten: Wilhelm Tölke, HVHS Barendorf, Kurt Franke, VHS Campen, Dr. Siegfried Jenkner, Seminarkurse Göttingen, Prof. Dr. Wolfgang Schulenberg und Dr. Raapke, PH Oldenburg, Meyne, VHS Vechelde, Hiltrud Schroeder, VHS Wolfsburg, Karl-Heinz Schloesser und Mitarbeiter, VHS Hildesheim, Helmut Barth, Kreis-VHS Hildesheim sowie Dr. Alfred Franz und Grawe, VHS Wilhelmshaven.

Es folgte, wiederum in Hannover, eine zweite Zusammenkunft am 24. Februar 1966.¹³ „Mit Heiterkeit wird festgestellt, dass dem Arbeitskreis ein fast ‚gespensterhaftes Wirken unterstellt wird“, hält der Bericht fest. Deshalb werde der Arbeitskreis nach seiner Konstituierung dem Vorstand des Landesverbandes seine Aufgaben und Ziele bekanntgeben, obwohl dies nicht zwingend notwendig sei.

„Nach der flexibel gehaltenen Konstituierung des Arbeitskreises am 24. Februar 1966 hatte Beier im Auftrage des Arbeitskreises dem Vorstand am 25. Februar 1966 das Bestehen und die Aufgaben mitgeteilt: „Informationen zur theoretischen und praktischen Bildungsarbeit auszutauschen, Interessen insbesondere der hauptberuflichen Leiter und Dozenten zu vertreten und den Landesverband der Volkshochschulen zu unterstützen.“ Ende Februar 1966 hatte der Vorstand davon Kenntnis genommen. Er wollte zwei

¹⁰ Regierungsrat Janus starb am 12. Februar 1969. Er war Vorsitzender der Bezirksgruppe Hannover und im Vorstand der HVHS Springe, die er lange Jahre ehrenamtlich geleitet hatte („vhs in niedersachsen“ 1/1969)

¹¹ Als Nachfolger des verstorbenen Janus seit 22.5.1969.

¹² Protokoll (Kopie) Archiv LV

¹³ Protokoll ebd.

Vertreter des Arbeitskreises zu seiner nächsten Sitzung einladen, der Arbeitskreis wünschte drei Vertreter.

Der Arbeitskreis stellte Überlegungen über die Person des zukünftigen Vorsitzenden des Landesverbandes an. Es wurden genannt OKD Graumann, Landkreis Hameln-Pyrmont, OKD Dr. Conrady, Landkreis Helmstedt, MdB Raffert, Hildesheim, MDB Baumgarten, Vorsitzender der Landtagsfraktion der SPD, Dr. Backhaus, Präsident der Handelskammer, MdL Schonfelder. Der Arbeitskreis war der Meinung, dass zwei hauptberufliche VHS-Leiter künftig dem Vorstand angehören sollten. Vorgeschlagen wurden Kebschull als Leiter einer Kreisvolkshochschule und Walter als Leiter einer städtischen Volkshochschule. Für den Fall einer Vorstandseinladung sollten Kebschull, Schneider und Beier den Arbeitskreis vertreten. Schon jetzt sollte darauf hingearbeitet werden, dass die Geschäftsstelle eine bessere personelle Ausstattung erhalte. Dazu gehöre u. a., dass dem Landesgeschäftsführer ein Pädagogischer Mitarbeiter beigeordnet werde und dass künftig Verwaltungsmitarbeiter besser dotiert würden.

In Bezug auf die Trägergemeinden und ihre Volkshochschulen hielt es der Arbeitskreis für notwendig, „dass zwischen Persönlichkeiten der kommunalen Spitzenverbände und dem Landesverband in regelmäßig wiederkehrenden Gesprächen Kontakte herzustellen sind.“ Außerdem wurde jedem einzelnen Volkshochschulleiter ausdrücklich nahegelegt, sich das Stimmrecht bei der nächsten Mitgliederversammlung von seinem Vorstand übertragen zu lassen. Nur die Bezirksgruppen Braunschweig, Lüneburg und Weser/Ems seien bisher im Arbeitskreis vertreten. „Geeignete Freunde“ sollten deshalb in den Bezirken Hildesheim, Stade und Hannover-Land gewonnen werden. Sofern überhaupt noch an den Bezirksgruppen festgehalten werden sollte, müsse versucht werden, ihre Vorstände stärker mit hauptberuflichen Leitern zu besetzen.

Am 24. März fand eine dritte Zusammenkunft statt.¹⁴ Man diskutierte weiter die Probleme der vorhergehenden Tagung. Beyer, Kebschull und Schneider sollten als Vertreter des Arbeitskreises in die nächste Vorstandssitzung des Landesverbandes gehen. Wiebecke, der inzwischen Assistent des Landesverbandes geworden war, sollte deshalb künftig nicht mehr zu den Tagungen eingeladen werden – wegen eventueller Interessenkonflikte.

Die Satzung¹⁵ müsse vor allem in zwei Punkten geändert werden: „Für die Zahl der stimmberechtigten Vertreter einer Volkshochschule müsse ein neuer Modus gefunden werden.

Bisher wurden nur drei Mitglieder des Vorstandes von der Mitgliederversammlung direkt gewählt, die anderen gehörten automatisch dem Vorstand an. Weil die Bezirksgruppen mit der Zeit ihre Daseinsberechtigung verlieren und die Fachgruppen großstädtische Volkshochschulen mittlere Volkshochschulen und kleine Volkshochschulen deren Funktion übernehmen würden, sollte die automatische Mitgliedschaft der Bezirksgruppenvorsitzenden im Vorstand abgeschafft werden. Nach Auflösung der Bezirksgruppen sollte je ein Vertreter der Fachgruppen auf deren Vorschlag im Vorstand vertreten sein. In der MV

¹⁴ Niederschrift ebd.

¹⁵ Beier an Claudi, 7. Dezember 1966, ebd.

sollten die erwähnten Satzungsänderungen und die Auflösung der Bezirksgruppen beantragt werden.

An Informationen werde weitergegeben, Dolff halte – so seine Äußerung gegenüber Beier – die Konstruktion des Niedersächsischen Bundes für ungünstig.

Der Arbeitskreis war sich darüber einig, dass Herr Wicke nicht auf Änderungen im Landesverband und auf eine Verbesserung der Position des Landesverbandes im Niedersächsischen Bund drängen werde. Die Gründung von Kreisvolkshochschulen sei vom Landesverband vernachlässigt worden.

Die vierte Sitzung des Arbeitskreises fand wenig später am 21. Mai statt. Berichtet wurde, dass Strzelewicz als Vorsitzenden Raffert vorgeschlagen habe. Der Arbeitskreis äußerte dazu die Auffassung, dass ein Bundestagsabgeordneter, auch wenn er persönliche Qualitäten besitze und für die Erwachsenenbildung interessiert sei, als Vorsitzender jedoch nicht geeignet sei. Er diskutierte darüber, Kultusminister Voigt vorzuschlagen, der zwar durch das Konkordat belastet, aber durch seine Bindung an die Erwachsenenbildung zu beeinflussen sei. Er habe als Vorsitzender des Kulturausschusses des Landtages große Förderungsmöglichkeiten und sei auch unabhängig von „Arbeit und Leben“. Der Arbeitskreis wolle aber keine unmittelbare Politik in der Frage des Vorsitzenden betreiben.

Eine weitere Zusammenkunft erfolgte am 8. September 1966.

Auf der Mitgliederversammlung des Landesverbandes in Hildesheim wurde die Bildung des Arbeitskreises als eines satzungsmäßigen Organs des Landesverbandes beschlossen, dessen Konstituierung am 6. Dezember 1966 in Hannover stattfand.

Auf der Versammlung wurde Beier als Vorsitzender gewählt und als Vorstandsmitglied in den Verbandsvorstand delegiert. VHS-Leiter Keschull und der PM Vogt wurden Stellvertreter. Als Zielsetzung des Arbeitskreises waren dem Verbandsvorstand der Informations- und Erfahrungsaustausch, die Wahrung der Interessen der hauptberuflichen Leiter und Pädagogischer Mitarbeiter, die Beratung zu Organisationsfragen, die Mitarbeiterfortbildung genannt und dazu eine umfangreiche Arbeitsplanung vorgelegt worden.

Es folgte eine Sitzung am 27. Januar 1967 in Hannover und am 7. April 1967. Dann gab es eine längere Pause wegen der schlechten Finanzlage des Landesverbandes, bis die nächste Sitzung am 26./27. April 1968 in Göttingen stattfinden konnte. Diskutiert wurden dort der Schulenberg-Plan und das Beihilfesystem aus Landesmitteln, und es wurde über die Situation im Landesverband berichtet. Im Mai 1968 sollte MdB Raffert zum Vorsitzenden gewählt werden. Es gebe Schwierigkeiten in der Geschäftsstelle des Landesverbandes. Garms werde wegen Differenzen mit dem Vorstand zum 1. Juli ausscheiden, sein Nachfolger sei Dr. Wiebecke.

Geplant war zum 5./6. September 1968 eine weitere Sitzung, die aber von Beier u. a. wegen zu geringer Teilnahme der Gründer des Arbeitskreises abgesagt wurde. Der Geist von damals, so Beier in einem Schreiben, scheine bei den Freunden nicht mehr vorhanden zu sein. Beier bat um Mitteilung, was zur Passivität der Mitglieder geführt habe.

Er lud dann zum 13./14. Dezember 1968 zu einer Sitzung in Barsinghausen ein, auf der ausführlich über das Berufsbild Volkshochschulleiter/Pädagogischer Mitarbeiter berichtet

und mit dem Ergebnis diskutiert wurde, dass ein Unterausschuss die weiteren Beratungen führen soll, da es anhand des Textes aus den Blättern zur Berufskunde ad hoc nicht möglich sei, die Funktionen und Tätigkeitsmerkmale, die Leistungen, Pflichten und Rechte des Volkshochschulleiters und des Pädagogischen Mitarbeiters systematisch, vollständig und präzise kritisch auch im Hinblick auf das Erwachsenenbildungsgesetz (EBG) zu bedenken. Maschmann referierte über „Didaktik und Methodik der Erwachsenenbildung“ und Friedrich Becker über „Aufgaben und Hilfen von hauptberuflich besetzten VHSn gegenüber nebenberuflich geleiteten Nachbar-VHS. Schließlich trug Haußmann zum Verlauf des Beratungsverfahrens zum EBG vor.

Am 25./26. April 1969 fand die nächste Sitzung in Delmenhorst statt. Tagesordnungspunkte waren:

1. Aufgaben und Funktionen hauptberuflicher Leiter und Pädagogischer Mitarbeiter
2. Die Stellung des VHS-Leiters zu den Dozenten
3. Die rechtliche Stellung des VHS-Leiters
4. Aufgaben und Funktionen des Beirates einer Volkshochschule
5. Aufgaben und Funktionen einer Hörervertretung
6. Fortbildung hauptberuflicher Leiter und Pädagogischer Mitarbeiter

Unter 1 erläuterte Gotter „die 3 dem Arbeitskreis vorliegenden Papiere“. Man bat den Ausschuss, die beiden Vorlagen „Berufsbild für VHS-Leiter und Päd. Mitarbeiter“ und „Aufgaben des VHS-Leiters, des Pädagogischen Mitarbeiters bzw. nebenamtlichen Fachgruppenleiters und der Verwaltung der Volkshochschule“ zu einer Fassung zusammenzuarbeiten und die Ergebnisse des Artikels „Die Funktionen des VHS-Leiters – Versuch einer systematischen Darstellung“¹⁶ hierbei zu berücksichtigen.

Unter 2. konzentrierte sich Walter auf die Neueinstellung von Dozenten durch den Leiter. „Das Einführungsgespräch sollte dem VHS-Leiter einen Einblick in die Qualifikation der Dozenten ermöglichen. Er werde den Dozenten bei dieser Gelegenheit über Grundfragen und Probleme der Erwachsenenbildung, insbesondere über die Aufgabe und Stellung der Volkshochschule sowie die gesamte örtliche Arbeit der eigenen Institution informieren. Möglichkeiten der Kontrolle wurden dargelegt. Über die rechtliche Stellung des VHS-Leiters referierte Stephan sehr ausführlich.

Bode beschrieb dann die Hörervertretung an der Volkshochschule Wolfsburg: Die Hörervertretung sei z. Zt. ein beratendes Gremium. Es sei vorgesehen, dass die Hörer auch Vertreter in den Beirat der Volkshochschule entsenden. Ebenfalls geplant und seit längerer Zeit in Vorbereitung sei die Herausgabe einer Zeitung durch die Hörervertretung, die vierteljährlich erscheinen soll.

Zuletzt erläuterte Gotter den vorliegenden Plan für ein Seminar zur Didaktik und Methodik der Erwachsenenbildung. Der Plan für das Seminar war auf Wunsch des Arbeitskreises aufgestellt worden. Er wandte sich an die hauptberuflichen Leiter, Pädagogischen Mitarbeiter und Fachgruppenleiter oder Dozenten in ähnlichen Stellungen.

¹⁶ Dieser Aufsatz stammte von Wolfgang Gotter und Ferdinand Wiebecke, Ms. (19 S.), ebd.

Der dargelegte Plan für das Seminar fand die Zustimmung des Arbeitskreises; man solle mit dem Seminar im Herbst beginnen.

Auf der nächsten Sitzung am 11./12. Mai 1970 in Hildesheim wurden hauptsächlich die Durchführungsbestimmungen zum Erwachsenenbildungsgesetz diskutiert, dann die Zusammenarbeit mit nebenberuflich geleiteten Volkshochschulen sowie ein Referat von Dr. Horn, Osnabrück: „Politische Bildung in Form langfristiger Kursprogramme am Beispiel des Grundstudienprogramms“. Am 11. Mai sprach Fricke, ÖTV Niedersachsen, zum Thema „Die tarifrechtliche Situation der hauptamtlichen Erwachsenenbildner nach dem Erwachsenenbildungsgesetz“.

Auf der Sitzung vom 23. Mai 1970 verabschiedete der Vorstand des Landesverbandes die Empfehlung „Berufsbild des VHS-Leiters, des Pädagogischen Mitarbeiters und des Verwaltungsleiters“.¹⁷

Zwei weitere Sitzungen des Arbeitskreises gab es am 21. September 1970 und am 5. November 1970 in Hannover. Am 21. September wurde verhandelt:

1. die Bedeutung der „Hildesheimer Stellungnahmen und Empfehlungen“ in der Diskussion um die Gestaltung der Verordnungen zum Erwachsenenbildungsgesetz (Kebeschull)
2. Auswirkungen der Verordnungen und Erlasse auf Inhalt, Organisation und Planung der Bildungsarbeit (Kebeschull)
3. Arbeitsplatzbeschreibung und Vergütungsgruppen in den Volkshochschulen nach dem Erwachsenenbildungsgesetz (Kebeschull)
4. Urlaubsregelungen für hauptamtliche Leiter und Mitarbeiter in Volkshochschulen – Berichte und Forderungen
5. Neuwahlen: Dort wurde der Vorstand des Arbeitskreises erweitert, ihm gehörten künftig fünf Mitglieder an: Beier, Claudi, Ebel, Fischer, Horn. Vorstandsvertreter im Vorstand des Landesverbandes wurde Claudi

Am 5. November 1970 schließlich waren die Tagesordnungspunkte nach der Genehmigung der TO und des Protokolls:

- Beratung der Mitarbeiterkonferenz vom 10. Oktober 1970
- Anträge an die Mitgliederversammlung 1970
- Fragen der verstärkten Einwirkungsmöglichkeiten der Hauptberuflichen in den Landes- und Bundesgremien
- Wahl des Vorsitzenden des Arbeitskreises und Kooperation mit anderen Erwachsenenbildungseinrichtungen

Es wurden die bereits vom Vorstandsvorstand beratenen Anträge für die Mitgliederversammlung 1970 behandelt.

¹⁷ Ebd.

Zu den Fragen der verstärkten Mitwirkungsmöglichkeiten der Hauptberuflichen vertrat Dr. Ebel die Ansicht, dass Informationen zu Verbandsaktivitäten nur indirekt oder zu spät bei den örtlichen Einrichtungen ankämen. Das läge im Wesentlichen daran, dass die Betroffenen in den Organen der Verbände zu wenig vertreten seien. Ohne Personen angreifen zu wollen, müsse eine Änderung der Verbandsstruktur angestrebt werden, wobei man sich Erfahrungen aus anderen Landesverbänden zunutze machen sollte, zu denen Ebel Vorschläge machte. Nach der Diskussion wurde beschlossen, für die Strukturänderung des Landesverbandes Anträge für die Mitgliederversammlung 1971 vorzubereiten, etwa fünf- bis sechsmal jährlich zu tagen.

In den Beratungen zur Zusammenarbeit mit „Arbeit und Leben“ bedauerte der Arbeitskreis, dass erst jetzt eine gemeinsame Kommission der beiden Vorstände gebildet worden sei, die am 8. November zum ersten Mal tagen werde, und vertrat die Auffassung, dass die Regelung des Verhältnisses zwischen beiden Einrichtungen nicht auf der örtlichen, sondern nur auf der Landesebene möglich sei. Es gebe nur zwei vertretbare Lösungen: Integration von „Arbeit und Leben“ in den Landesverband oder völlige institutionelle Trennung auf Orts- und Landesebene. Beschlossen wurde: „Der Arbeitskreis stellt für die Mitgliederversammlung 1970 den Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung um einen Bericht über die Regelungen der Zusammenarbeit zwischen Volkshochschule und Arbeit und Leben.“ Bisherige Verhandlungen hätten gezeigt, dass eine Lösung der Probleme zwischen den Volkshochschulen und „Arbeit und Leben“ außerordentlich schwierig sei. Hauptanlass dafür waren die Durchführungsbestimmungen des Erwachsenenbildungsgesetzes.

2.3 Mitgliederversammlungen

Die bis 1968 jährlich, dann im zweijährigen Turnus stattfindenden Mitgliederversammlungen des Landesverbandes wurden 1947 in Celle, 1948 in Nienburg, dann bis 1955 in der Landeshauptstadt Hannover durchgeführt, von da ab in verschiedenen Städten Niedersachsens. Sie wurden bis 1964 mit einem öffentlichen Vortrag beschlossen. 1965 bis 1970 fanden sie ohne einen solchen Vortrag statt.

1956, 23. Juni, Goslar: Professor Dr. Theodor Litt, Bonn: Der Gedanke der Menschenbildung in Ost und West.

Im öffentlichen Teil der Veranstaltung hob Kultusminister Langeheine in seiner Rede hervor, dass er nicht in seiner Eigenschaft als Ressortminister spreche, sondern persönlich an der Arbeit der Volkshochschulen stark interessiert sei. Als wichtige Besonderheit der Volkshochschulen Niedersachsens bezeichnete er, dass sie sehr bald nach 1945 eine enge Verbindung mit den bestehenden gesellschaftlichen Gruppen gefunden hätten und sich nicht nur an Gemeinden und Gemeindeverbände gewandt wie in der Weimarer Zeit, sondern auch dem DGB zur Arbeiterbildung, an das Niedersächsische Landvolk und die Landfrauen zugewandt und im Bereich der Heimvolkshochschulen den beiden Konfessionen. Zunächst habe die Volkshochschule Notaufgaben zu lösen gehabt, aber in der niedersächsischen Erwachsenenbildung sei nie vergessen worden, „wo die eigentliche Aufgabe der Volkshochschule liegt“. Der Auftrag der Volkshochschule sei die

Persönlichkeitsbildung, die sich ihrer Verantwortung dem Mitmenschen und Mitbürger bewusst sei, die durch Teilnahme an den Arbeitsgemeinschaften der Volkshochschule zur Urteilsbildung und Entscheidung und zur tätigen Mitarbeit an den gesellschaftlichen und politischen Aufgaben befähige.

1957, 10. August, Wolfenbüttel: Professor Dr. Wolfdietrich Rasch, Tübingen: Lessing und die Bildungsaufgaben unserer Zeit

1958, 21. Juni, Osnabrück: Professor Dr. Percy Ernst Schramm, Göttingen: Polen in der Geschichte Europas

1959, 26. September, Braunschweig: Richard Voigt, Niedersächsischer Kultusminister: Aufgaben der Erwachsenenbildung in der modernen Gesellschaft
Helmut Becker, Präsident des Deutschen Volkshochschulverbandes: Die verbindende Kraft der Erwachsenenbildung in der modernen Gesellschaft

1960, 23. September, Göttingen: Helmut Becker: Ausführungen über das Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen zur Situation und Aufgabe der deutschen Erwachsenenbildung

1961, 30. Oktober, Wilhelmshaven: Dr. Walter Fabian: Die weltpolitische Situation heute – die Erwachsenenbildung morgen

1962, 28. September, Lüneburg: Richard Voigt, Niedersächsischer Kultusminister: Aufgaben und Voraussetzungen einer modernen Erwachsenenbildung

1963, 7. September, Wolfsburg: Professor Dr. Friedrich Heer, Wien: Elite und Demokratie

1964, 19. September, Emden: Oberbürgermeister Pfitzer, Ulm, Vorsitzender des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen: Gemeinde und Volkshochschule

1965, 4. September, Hannover: Dr. Strzelewicz: Volkshochschule im Wandel (als interner Vortrag)

1966, 19. November, Hildesheim: Als Gast referierte Regierungsdirektor Dietrich Kreikemeier über den Stand des Referentenentwurfes für ein Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung in Niedersachsen. Die Verabschiedung dieses Gesetzentwurfes durch das niedersächsische Kabinett habe sich durch den Einspruch einiger Kabinettsmitglieder verzögert. Besonders die akute Finanzkrise des Landes lasse nur gedämpften Optimismus auskommen hinsichtlich baldiger Verabschiedung des Gesetzes durch den Landtag¹⁸

Aufgrund einer beschlossenen Satzungsänderung erhielten die beiden bestehenden Arbeitskreise Kreisvolkshochschulen sowie die hauptberuflichen Leiter und Pädagogischen Mitarbeiter an Volkshochschulen Organcharakter. Unmittelbar nach der Versammlung wurde vom Vorstand ein Ausschuss zur Lösung der entstandenen Verwaltungsprobleme und für die Neugliederung der Geschäftsstelle eingesetzt, der sich im Laufe des Jahres 1967 in den Organisationsausschuss konstituieren konnte.

¹⁸ Protokoll der Mitgliederversammlung, Archiv LV

1967, 23. April, Oldenburg: Die Versammlung verabschiedete eine von der vorhergehenden Leitertagung erarbeitete Resolution, in der der Landesverband nachdrücklich den Gesetzentwurf der Landesregierung zur niedersächsischen Erwachsenenbildung begrüßte und ihr für diese „bedeutende kulturpolitische Initiative“ dankte. Er erkannte an „dass die Landesregierung die Empfehlungen der Studienkommission aufgegriffen hat, die zur Vorbereitung des Gesetzentwurfes vom Niedersächsischen Kultusministerium berufen worden war“.

Die Studienkommission habe für die Mitwirkung bei der Durchführung eines künftigen Gesetzes ein Gremium von Fachleuten, den Landesausschuss für Erwachsenenbildung vorgeschlagen. Die Volkshochschulen bäten, bei der endgültigen Gesetzesfassung die Funktion dieses Landesausschusses konsequent weiterzuentwickeln. Er solle deshalb sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes und vor Erlass der anschließenden Verordnungen gebildet werden, inzwischen aber ein vorbereitendes Gremium berufen werden, das bis zu dessen Einsetzung analoge Funktionen wahrnehme.

Mit Genugtuung registriere der Landesverband die Aufmerksamkeit, die die Landesregierung der Bedeutung und Stellung der Mitarbeiter in der Erwachsenenbildung beimesse. „Ein Hochschulinstitut für Erwachsenenbildung sollte in Kürze eingerichtet werden.“ Zuletzt betont die Resolution ausdrücklich, dass dem Landesverband an einer weiteren Festigung der Zusammenarbeit mit den Städten, Landkreisen, Gemeinden und ihren Spitzenverbänden liege, „denen für den Ausbau einer leistungsfähigen und modernen Erwachsenenbildung gleichfalls steigende Bedeutung zukommt.“

Der Vorsitzende Strzelewicz umriss in einer Rede schließlich die Aufgaben und Ziele des Verbandes „als einer Bildungsorganisation, wie sie sich aus der Situation einer gesetzlichen Regelung für die Erwachsenenbildung ergeben; hierzu gehört auch eine engere Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen und Trägern der Erwachsenenbildung, so den Heimvolkshochschulen, der Arbeitsgemeinschaft „Arbeit und Leben“ und den kommunalen Spitzenverbänden.

1968, 23. Mai, Braunschweig: Für die Mitgliederversammlungen des Verbandes wurde ein zweijähriger Turnus beschlossen.

1970, 20. November, Lüneburg

2.4 Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle des Landesverbandes der Volkshochschulen Niedersachsens wurde seit der Gründung des Verbandes im September 1947 in Celle von einem hauptamtlichen Geschäftsführer geleitet. Dies war bis Mai 1949 Rechtsanwalt Gerhard Wicke, bis Juni 1953 Walter Ebbighausen. Dann wurden ein Jahr lang die pädagogischen Aufgaben von Eduard Heyder, die Verwaltungsaufgaben von Helmuth Dolff mit der Position eines stellvertretenden Geschäftsführers wahrgenommen. Dolff wurde Geschäftsführer beim Niedersächsischen Bund für freie Erwachsenenbildung. Vom August 1954 bis April 1956 waren so beide Aufgabenbereiche wieder bei Heyder in einer Hand vereinigt. Er schied auf

Drängen Lotzes, der ihn für ungeeignet hielt¹⁹, wie im Vorstandsprotokoll festgehalten wurde, „auf eigenen Wunsch“ aus, „um bei einer Waldorfschule tätig zu sein“.

1956, 10. Mai bis 1957, 31. März, Wolfgang Wiedenroth. Auch er wird nach dem Ausscheiden Dolffs zum 1. April Geschäftsführer beim Niedersächsischen Bund für freie Erwachsenenbildung.

1957, 1. Juni bis 1966, Gerhard Wicke. Fristlose Entlassung mit Strafanzeige.

Vom 1. Februar 1956 bis 31. März 1958 war Dr. Hans Tietgens Leiter der neugeschaffenen Pädagogischen Arbeitsstelle des Landesverbandes. Ihm assistierte vom 1. Oktober 1956 bis 31. März 1957 Felix Erik Laue als Pädagogischer Assistent.

Auf der Vorstandssitzung vom 17. Dezember 1963 beschloss der Vorstand die Einstellung eines Verwaltungssachbearbeiters für die Geschäftsstelle. Auf der Vorstandssitzung vom 20. März 1964 stellte sich der Bewerber Georg Bärman, Geschäftsführer der VHS Göttingen, vor, ab 1. Mai 1964 sollte er eingestellt werden, schon am 1. April begann er seine Arbeit, da ihn die VHS Göttingen zur Einarbeitung freigestellt hatte.

Der auf der Mitgliederversammlung in Hildesheim Ende November 1966 neu gewählte Vorstand beschloss nach dem „Fall Wicke“, den Geschäftsführer von „Arbeit und Leben“, Witteborn, zunächst kommissarisch mit der Geschäftsführung zu beauftragen. Auf einer Krisensitzung am 5. Dezember wurde weiter entschieden, die personelle Besetzung der Geschäftsstelle des Landesverbandes den umfangreichen Aufgaben des Verbandes entsprechend zu erweitern. Anstelle des bisherigen Geschäftsführers sollte ein leitender Geschäftsführer mit den Aufgaben eines Verbandsdirektors, unter seiner Leitung der Pädagogische Mitarbeiter und der Geschäftsführer, außerdem eine den Arbeitsaufgaben und finanziellen Möglichkeiten angemessene Zahl von ganztägigen Bürokräften eingestellt werden. Finanziert werden sollte diese Erweiterung durch eine sinngemäße Inanspruchnahme der von der Mitgliederversammlung in Lüneburg 1962 beschlossenen Abzweigung von fünf Prozent aus den Landesmitteln zur Erweiterung zentraler Maßnahmen“.²⁰

1967, 1. Januar bis 1968, 30. Juni, Diplom-Sozialwirt Hilmar Garms. Garms war 1959 bis 1962 an der VHS Hannover mit der Planung und Durchführung der politischen Jugendarbeit beauftragt. Er schied wegen Differenzen mit dem Vorstand aus.

1968, 1. Juli bis 1970, 28. Februar, Dr. Ferdinand Wiebecke

1970, 15. April bis 1993, Heino Keschull, Diplom-Betriebswirt

Die Niedersächsische Studienkommission hatte als Ergebnis ihrer Sitzung vom 13./14. März 1962 u. a. die Schaffung von Planstellen für die Anstellung von Assistenten als Nachwuchskräfte für alle Einrichtungen der Erwachsenenbildung gefordert. So wollte ähnlich wie der Verband der Heimvolkshochschulen auch der Landesverband 1962/1963

¹⁹ Schreiben Lotzes an Wiechert vom November 1955: Heyder genüge den Anforderungen als Geschäftsführer nicht, er bitte den Vorstand, sich mit seiner Anregung zu beschäftigen, „sich von dem gegenwärtig tätigen Geschäftsführer zum erstmöglichen Termin zu trennen“.

²⁰ Vorstandsprotokoll, Archiv LV

solche Assistentenstellen schaffen: Diese Assistenten werden in einer etwa zwei Jahre dauernden Ausbildung auf ihren späteren Beruf als Leiter einer Volkshochschule vorbereitet. Es versteht sich von selbst, dass dem Pädagogischen Ausschuss hierbei besondere Aufgaben zufallen würden, heißt es im Geschäftsbericht 1962/1963. Aber erst auf der Vorstandssitzung vom 29. Juni 1965 wurde die Einstellung des ersten Assistenten, Dr. Ferdinand Wiebecke, zum 1. September beschlossen. Er sollte einen Arbeitsvertrag für ein Jahr erhalten. Die VHS Göttingen wurde als Ausbildungsvolkshochschule anerkannt, sodass Wiebecke dort einen Teil seiner Ausbildung ableisten könne. Durch den Beschluss des Vorstandes sollte der Assistent auch an den Ausbildungsseminaren des DVV teilnehmen. Dagegen äußerte als Regierungsvertreter Kreikemeier Bedenken. Man müsse hier die Entscheidung des Landes Niedersachsen über die Zuwendungen zu den Personalkosten abwarten. Es könnten sonst Schwierigkeiten entstehen, wenn der Assistent im Laufe eines Jahres etwa vier Monate am Ausbildungsseminar des DVV teilnehme. Wenn er seine Ausbildungszeit in Niedersachsen verbringe, entstünden solche Schwierigkeiten nicht. Auf der Vorstandssitzung vom 23. August 1965 stellte der Vorstand fest, für den Assistenten müsse noch ein Ausbildungsweg erarbeitet werden. Er übertrug diese Ausarbeitung dem Pädagogischen Ausschuss, der in seinen Beratungen am 1. September 1965 zu dem Ergebnis gelangte, dass der Verband nach wie vor versuchen solle, den Assistenten an dem Ausbildungsweg des Deutschen Volkshochschulverbandes zu beteiligen. Wenn dies durch einen Erlass des Niedersächsischen Kultusministeriums nicht möglich sei, solle der Assistent innerhalb eines Jahres mindestens zwei Volkshochschulen zur Ausbildung zugeteilt werden und darüber hinaus kurze Zeit, etwa drei Wochen, in der Geschäftsstelle des Landesverbandes tätig sein. Dem Assistenten solle Gelegenheit gegeben werden, an den Sitzungen des Pädagogischen Ausschusses teilzunehmen und möglichst viele Fortbildungstagungen des Verbandes zu besuchen.

Der Vorstand stimmte zu, dass die erste Phase der Ausbildung an der VHS Göttingen absolviert werden solle.²¹ Der erste Pädagogische Assistent des Landesverbandes wurde Ferdinand Wiebecke vom 11. August 1966 bis 30. Juni 1968. Im folgte Wolfgang Gotter vom 1. Dezember 1968 bis 31. Juli 1972.

2.5 Leitertagungen/Pädagogische Konferenzen/Mitarbeiterkonferenzen

Die jährlichen, mehrtägigen Leitertagungen waren als Institution schon im Dezember 1946 von Heiner Lotze, damals noch Referent für Erwachsenenbildung beim Land Hannover, begründet worden. Als Mitarbeiterfortbildungstagung zunächst des Landes, dann des Landesverbandes der Volkshochschulen Niedersachsens konzipiert, waren sie 20 Jahre lang für die Basis der anfangs wenigen hauptberuflichen und zahlreichen nebenberuflichen Volkshochschulleiter Niedersachsens das wichtigste Forum für Aussprache, Information Fortbildung und Meinungsbildung. Zentrale bildungspolitische, verbandspolitische, pädagogische und methodisch-didaktische Themen und Probleme der Erwachsenenbildung wurden hier zur Diskussion gestellt. In der Regel waren die Ministerialvertreter Alfken und Lotze als Referenten oder Diskussionsteilnehmer anwesend.

²¹ Protokoll Vorstandssitzung, Archiv LV

Die Tagungen fanden bis einschließlich 1954 in der Heimvolkshochschule Jagdschloss Göhrde statt, 1955 auf dem Sonnenberg, 1956 im Hochschuldorf Rüstertal, dann wieder bis 1962 in der Göhrde. Hierzu muss man sich vergegenwärtigen, dass es 1962 an den niedersächsischen Volkshochschulen nur insgesamt 22 hauptamtliche Leiter, Geschäftsführer und Pädagogische Mitarbeiter gab.²²

Ab 1963 wurde die Organisation verändert. Die Tagungsdauer wurde auf zwei Tage beschränkt, und von 1963 bis 1965 und 1966 bis 1969 fiel die Tagung aus – die Leitertagungen gingen unmittelbar den jährlichen Mitgliederversammlungen des Verbandes voraus. Sie fanden deshalb nicht mehr in der Göhrde, sondern am jeweiligen Ort der Mitgliederversammlung statt.

Mit dem Namen wurde 1968 auch die Tradition der Leitertagung alten Stils endgültig aufgegeben. In diesem Jahr gab es vor der Mitgliederversammlung eine erste pädagogische Konferenz, 1969 folgte eine zweite. 1970 trat vor die Mitgliederversammlung wieder eine Mitarbeiterkonferenz.

Konzept und Planung der Leitertagungen waren Aufgabe des Vorstandes. Die Leitertagung 1955 ist von dem ersten vom Vorstand Ende 1954 berufenen Pädagogischen Ausschuss konzipiert worden. Dann übernahm Dr. Hans Tietgens als Leiter der 1956 bis März 1958 vorhandenen Pädagogischen Arbeitsstelle des Landesverbandes die Vorbereitung. Nach 1958 wurden die Leitertagungen vom neu ernannten Pädagogischen Ausschuss (PA), später vom Pädagogischen Beirat (PB) konzipiert und vorbereitet und dann vom Vorstand bestätigt.

Probleme mit der Leitertagung tauchten schon seit Mitte der 50er-Jahre auf. Die Ursachen dafür lassen sich aus den bisher zur Verfügung stehenden Quellen kaum erkennen. So hält das Protokoll der Vorstandssitzung vom 5. November 1956 eine „kritische Diskussion der Leitertagung“ fest. Der Vorstand empfahl auf Vorschlag des Vorsitzenden Wiechert, „Leitertagung und Mitgliederversammlung im wechselnden Turnus durchzuführen“. Das ist jedoch nicht geschehen.

Über die folgende Leitertagung vom November 1957 mit dem Thema „Der Mensch in der Situation unserer Zeit“ berichtete Vorstandsmitglied Karl Wüstemann auf der Vorstandssitzung vom 27. Januar 1958: Die Atmosphäre sei vorbildlich, die Teilnehmerzahl aber sehr gering gewesen. Die Gründe wurden eingehend diskutiert.

Auch auf der Mitgliederversammlung am 21. Juni 1958 in Osnabrück beklagte Wüstemann, dass der Besuch der Leitertagungen eine fallende Tendenz zeige. „In den früheren Jahren waren es immer etwa 80 Volkshochschulleiter, die sich an dieser Tagung beteiligt haben. In den letzten Jahren dagegen ist die Teilnahme nicht über 50 hinausgegangen.“ Einige Mitglieder meinten, so vermerkt das Protokoll, der schlechte Besuch sei auf den ungünstigen Termin zurückzuführen. Der neue Termin der Leitertagung, Ende der großen Ferien, wird allgemein begrüßt.

²² Siehe die Aufstellung „Hauptamtliche Leiter, Geschäftsführer und Pädagogische Mitarbeiter an niedersächsischen Volkshochschulen“. Nachlass Schulenberg, Archiv für Erwachsenenbildung, Oldenburg.

Der 1958 vom Vorstand berufene PA, der sich am 30. Mai konstituiert hatte, versuchte sofort, die bisherige Veranstaltungspraxis zu ändern. Auf seiner Sitzung am 2. August in der Heimvolkshochschule Jagdschloss Görde, die im Rahmen der Leitertagung stattfand, wurde zunächst diese noch von Tietgens zu verantwortende Tagung „stark kritisiert“, sowohl was das Leitthema wie die Auswahl der Referenten betraf. Lotze, selbst Mitglied des Ausschusses, erklärte dazu, dass bei allen Tagungen die methodischen Fragen mehr in den Vordergrund gestellt werden müssten. Er wolle mit Helmut Werner, Leiter der Kreisvolkshochschule Helmstedt, einige Vorschläge dazu ausarbeiten und vorlegen.

Der Vorstand beschloss auf seiner Sitzung am 1. September nach den von Wüstemann und Takenberg erstatteten Berichten über die Leitertagung schließlich, dem Pädagogischen Ausschuss die Vorbereitung zu übertragen. Thiede schlug vor, die Leitertagung und die Sommerschule von „Arbeit und Leben“ im Wechsel alle zwei Jahre durchzuführen, damit der Teilnehmerkreis für die einzelnen Tagungen vergrößert werden könne, er ist aber damit nicht durchgedrungen.

Am 17. November 1958 wurde auf der Sitzung des Pädagogischen Ausschusses der Termin und als Thema der Leitertagung „Berufsbildung und Erwachsenenbildung“ festgelegt. Dr. Thiede vertrat die Auffassung, dass die Mitgliederversammlung des Landesverbandes auf den Ergebnissen der Leitertagung aufbauen müsse. In den folgenden Vorstands- und Ausschusssitzungen war die Leitertagung immer wieder ein Tagungsordnungspunkt. Auf der Sitzung des PA wurde schließlich die gerade beendete Leitertagung kritisch diskutiert und allgemein festgestellt, dass die Tagung gut gelungen sei.

Nach ähnlichem Muster wurde auch in den Folgejahren verfahren, trotz mancher Unsicherheiten und nicht ausbleibender Kritik. So heißt es schon 1960 im Bericht des PA an die Mitgliederversammlung, der durch den neuen Vorsitzenden Hermann Groothoff erfolgte: „Die Leitertagung des Landesverbandes war zweifellos ein Erfolg, wengleich auch daran gedacht ist, die übernächste Leitertagung nach völlig neuen Gesichtspunkten durchzuführen.“ Immerhin wies die Teilnehmerliste dieser Leitertagung 85 Namen auf. Auf ihr war das Gutachten des Deutschen Ausschusses „Zur Situation und Aufgabe der deutschen Erwachsenenbildung“ kritisch diskutiert worden. Auch Dietrich Kreikemeier, Referent für Erwachsenenbildung im Niedersächsischen Kultusministerium seit Ende 1959 als Nachfolger des im Dezember 1958 gestorbenen Lotze, hatte bei dieser Gelegenheit zum Gutachten Stellung genommen.

Die Änderungen, Koppelung der Leitertagung mit der Mitgliederversammlung und Beschränkung der Tagungsdauer auf zwei Tage erwiesen sich als richtige Entscheidung. Die beiden Leitertagungen 1963 in Wolfsburg und 1964 in Emden mit den Themen „Didaktik und Methodik der Erwachsenenbildung“ und „Arbeitsplanung und Arbeitsformen“ waren ein voller Erfolg. Die starke Beteiligung – 100 Volkshochschulleiter in Wolfsburg und 90 in Emden – wurde als Anerkennung der vom PA verfolgten Tagungskonzeption angesehen.

Die folgende Leitertagung 1965 in Hannover steuerte mit dem Thema „Volkshochschule im Wandel“ einen stärkeren Praxisbezug an. In drei Arbeitsgruppen wurde über die Volkshochschule neuen Typs diskutiert und die Ergebnisse dem Deutschen Volkshochschulverband zugeleitet, der sie für die Fassung der Broschüre „Stellung und Aufgabe der Volkshochschule im Bildungssystem“ verwandte.

Auch wenn es 1965 noch einmal gelang, die immer deutlicher sich artikulierenden, sehr unterschiedlichen Interessen der niedersächsischen Volkshochschulleiter in einer gemeinsamen Tagung zu bündeln, so wird doch im historischen Rückblick erkennbar, dass eine gemeinsame Leitertagung zu dem Zeitpunkt keine Resonanz mehr finden konnte, als die Interessen der hauptberuflichen Leiter und Pädagogischen Mitarbeiter gegenüber den nebenberuflichen Kollegen meist kleiner Volkshochschulen immer mehr an Gewicht gewannen. Der Trend zur Professionalisierung machte auch für die niedersächsischen Volkshochschulen veränderte Organisationsformen erforderlich, die alte Leitertagung wurde durch pädagogische Konferenzen und durch die Mitarbeiterkonferenz ersetzt.

Eine letzte Leitertagung kam wohl im April 1967 in Oldenburg nur deshalb noch zustande, weil sie das neue Niedersächsische Erwachsenenbildungsgesetz zum Thema hatte, das zwei Tage vor Beginn der Tagung endlich im Landtag eingebracht worden war. Nach dem Referat Kreikemeiers über die Gesetzesvorlage wurde in drei Arbeitsgruppen für die städtischen VHS, KVHS und kleine VHS diskutiert und für die folgende Mitgliederversammlung eine Resolution erarbeitet.

Leitertagungen und pädagogische Konferenzen/Mitarbeiter-tagung 1956²³

1956, 29. September bis 4. Oktober, Hochschuldorf Rüsterei bei Wilhelmshaven, Thema: Die Volkshochschule in der modernen Gesellschaft

1957, 19. bis 23. November, Heimvolkshochschule Jagdschloss Göhrde, Thema: Der Mensch in der Situation unserer Zeit

1958, 20. bis 25. August, Heimvolkshochschule Jagdschloss Göhrde

1959, 20. bis 25. August, Heimvolkshochschule Jagdschloss Göhrde, Thema: Berufsbildung und Erwachsenenbildung

1960, 5. bis 10. August, Heimvolkshochschule Jagdschloss Göhrde, Thema: Diskussion des Gutachtens des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen „Zur Situation und Aufgabe der deutschen Erwachsenenbildung“, 85 Teilnehmer

1961, 29. September bis 1. Oktober, Wilhelmshaven; die Tagung war wegen der Bundestagswahl verschoben worden

1962, 31. Juli bis 4. August, Heimvolkshochschule Jagdschloss Göhrde, Thema: Die Bedeutung der Information in der modernen Welt, 62 Teilnehmer

1963, 4. bis 6. September in Wolfsburg, Thema: Didaktik und Methodik der Erwachsenenbildung, 100 Teilnehmer

1964, 15. bis 18. September, Emden, Thema: Zur Arbeit der Volkshochschulen in Niedersachsen, 90 Teilnehmer

1965, 1. bis 3. September, Hannover, Thema: Volkshochschule im Wandel

²³ Zusammengestellt aus Angaben in den Jahresberichten und Vorstandsprotokollen des Landesverbandes, den Protokollen des Pädagogischen Ausschusses/Pädagogischen Beirates und den bisher nur lückenhaft vorliegenden Programmen, Einladungen und Materialien der Leitertagungen.

1967, 21. bis 22. April, Oldenburg, Thema: „Die Leitertagung dient der Information und der Meinungsbildung über den Entwurf des Niedersächsischen Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung“, so das Einladungsschreiben des Landesverbandes

1967, 13. bis 14. Oktober, Hannover, pädagogische Konferenz für Leiter und Pädagogische Mitarbeiter des Landesverbandes der Volkshochschulen der Landesarbeitsgemeinschaft „Arbeit und Leben“ und des Niedersächsischen Landesverbandes der Heimvolkshochschulen; anschließend gab der Landesverband einen Empfang für Kommunalvertreter

1968, 23. bis 25. Mai, Braunschweig, pädagogische Konferenz, Thema: Lernen mit Erwachsenen

1969, 10. Oktober, Hildesheim, pädagogische Konferenz, Thema: Erwachsenenbildung als Beruf. „Die gemeinsam von der Westdeutschen Rektorenkonferenz und der Kultusministerkonferenz verabschiedete Rahmenprüfungsordnung für Diplompädagogen mit dem Schwerpunkt Erwachsenenbildung und die Einrichtung eines Lehrstuhls für Erwachsenenbildung an der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen, Abteilung Hannover, war der aktuelle Anlass.“²⁴

1970, Hannover, Mitarbeiterkonferenz, Thema: „Die Stellung der Volkshochschulen und ihre Stellungnahme zu dem Gesetz und den Durchführungsbestimmungen“, dies sei auf dieser Konferenz am deutlichsten formuliert worden, hält das Protokoll der Mitgliederversammlung von 1970 fest.

2.6 Pädagogische Arbeitsstelle, Pädagogischer Ausschuss, Pädagogischer Beirat 1952–1970 – Ein Überblick²⁵

Im Protokoll der Vorstandssitzung des Landesverbandes vom 16. Mai 1952 ist erstmalig von der Einrichtung einer Pädagogischen Arbeitsstelle die Rede. Geschäftsführer Ebbighausen berichtete, es sei angezeigt, „im Landesverband ein besonderes Referat für pädagogische Arbeit zu schaffen“. Diese pädagogische Arbeitsstelle solle auf Landes-, Bezirks- und Ortsebene sich der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte annehmen. Darüber hinaus durch Publikationen den Mitarbeitern Arbeitsmaterial in die Hand geben. Von amerikanischer Seite seien zur Durchführung dieser Aufgabe bereits 50 Prozent der erforderlichen Mittel, etwa 8000 DM, in Aussicht gestellt. Der noch fehlende Teil müsse aus Mitgliedsbeiträgen bzw. zu einem kleineren Teil aus Mitteln der Lehrerfortbildung mit hinzugezogen werden. Amerikanische Mittel ständen jedoch nur für Personalkosten zur Verfügung. Der Vorstand bekundete sein Interesse an dieser Pädagogischen Arbeitsstelle und beauftragte den Geschäftsführer, weitere Verhandlungen zu führen. Eine letzte Entscheidung solle jedoch der neue Vorstand treffen.

Auf der Vorstandssitzung vom 8. Juni 1952 fragte Lotze nach der Höhe des Betrages für die pädagogische Arbeitsstelle und wieweit es zu verantworten sei, mit amerikanischen

²⁴ Tätigkeitsbericht Mai 1968/Mai 1970, Archiv LV.

²⁵ Als Quellen standen zur Verfügung: die Jahresberichte des Landesverbandes von 1952 bis 1970, die Protokolle des Pädagogischen Ausschusses und des Pädagogischen Beirates 1958.

Geldern einen solchen Plan auszuführen. Auf der Vorstandssitzung vom 20. September 1952 erläuterte Ebbighausen ausführlich das inhaltliche und finanzielle Konzept für die Einrichtung der Pädagogischen Arbeitsstelle. Es wäre zu raten, dass sich eine Person ausschließlich hauptamtlich damit beschäftige. Einwände kamen von drei Vorstandsmitgliedern: Fricke meinte, in Aussicht genommene Studenten der Pädagogischen Hochschulen hätten während ihres Studiums keine Zeit für VHS-Arbeit. Borinski wandte ein, das von Ebbighausen vorgestellte Programm sei nicht zu bewältigen. Bernotat gab zu bedenken, dass auch vonseiten des Landesverbandes prozentual entsprechende Mittel aufgebracht werden müssten. Die Vorstandsrunde formulierte daraufhin die Auffassung, dass es schwer sei, etwas Passendes zu finden. Es sei vielleicht ratsamer, innerhalb des eigenen bestehenden Kreises einen kleinen Kreis zu schaffen, der sich diesen Aufgaben widme, und eine gewisse Basis, die von einem Mann ausgefüllt werden solle, zu schaffen. Dr. Borinski schlägt Deutmoser als ausführendes Organ des PA vor. Ebbighausen machte darauf aufmerksam, dass wegen der Einstellung Lotzes zu diesem Plan von der Regierung keine Mittel zu erwarten seien. Lüpke machte den Vorschlag, man solle die Aufgabe auf drei Heimvolkshochschulen verteilen, denen für die zusätzliche Arbeit eine kleine Aufwandsentschädigung gegeben werden könnte. Fricke glaubte nicht, dass die Kraft der Heimvolkshochschulen für diese Aufgabe ausreiche, so erfreulich ein solcher Zuschuss sein könne.

Bernotat sah Probleme für das Projekt, weil es nicht zu verantworten sei, dass jemand ein Jahr für diese Aufgabe beschäftigt werde und danach die Mittel für die Weiterbeschäftigung fehlten. Borinski meinte, dass die pädagogische Arbeit in einigen Punkten viel betonter und methodischer weitergeführt werden müsse. Es müsse hier tatsächlich eine neue Lösung gefunden werden, das gelte nicht nur für Niedersachsen. Es sei wohl ratsamer, einen Einzelnen damit zu beauftragen. Ebbighausen berichtete von dem großen Interesse Deutmosers an einer solchen Tätigkeit auch unter den ihm bekannten Bedingungen. Heine argumentierte weiter dafür, die Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft der Heimvolkshochschulen zu überweisen, da sie unmöglich von einem Einzelnen bewältigt werden könne. Ebbighausen meinte, einige Punkte in dem von ihm erläuterten Konzept ließen sich streichen. Die Darstellung sei so umfangreich ausgefallen, um die vielen Aufgaben möglichst vollständig aufzuzeigen. Wiechert brachte schließlich die Diskussion auf den Punkt: Das Ganze liefe auf einen pädagogischen Geschäftsführer des Landesverbandes hinaus. Heidorn gab zu bedenken, dass dieser in ganz engem Kontakt zu den drei infrage stehenden Heimvolkshochschulen stehen und ihre Interessen und Richtungen vereinen müsse. Eine solche Person sei in unserem Kreis schwer zu finden. Lotze reagierte mit Skepsis dem ganzen Plan gegenüber, da nach seiner Information aus einem Gespräch mit Mrs. Luckau 50 Prozent der Personalkosten von den einzelnen Ländern selbst aufgebracht werden müssten. Auch sei der angekündigte Betrag keinesfalls an das Projekt der Pädagogische Arbeitsstellen gebunden. Sein Vorschlag war, innerhalb der Heimvolkshochschulen für diese Aufgabe Mittel freizumachen. So sei dann auch die Mitfinanzierung leichter zu meistern. Die Entscheidung über die neu einzurichtende Stelle wurde vertagt.

Ein nächstes Vorstandsprotokoll liegt erst wieder vom 5. Januar 1953 vor. Der Geschäftsführer berichtete über die notwendige Umschreibung der amerikanischen Gelder, da sich das Vorhaben der Pädagogischen Arbeitsstelle nicht habe verwirklichen lassen. Die

zur Verfügung stehenden Beträge sind auf die Bezirke des Landesverbandes umgeschrieben worden. Fricke warf das Problem der Pädagogischen Arbeitsstelle nochmals auf und bat, dass einzelne Vorstandsmitglieder von sich aus gewisse pädagogische Aufgaben übernehmen, die ausgearbeitet und vervielfältigt werden sollten.

Zum 1. April 1953 schied der bisherige Geschäftsführer Ebbighausen aus dem Landesverband. Jetzt erfolgte zum ersten Mal in der Geschäftsstelle eine Trennung von Organisation/Verwaltung und pädagogischer Arbeit: Heyder als Geschäftsführer wurde für die pädagogische Arbeit, Dolff als stellvertretender Geschäftsführer für Organisation und Verwaltung angestellt.

Ein erster Pädagogischer Ausschuss (PA) wurde dann vom Vorstand am 13. November 1954 beschlossen. Er habe die Aufgabe, Vorschläge über Bildungsvorhaben auszuarbeiten, die dem Vorstand zur Prüfung und Beschlussfassung vorgelegt werden. Für die Dauer von zwei Jahren wurden folgende Herren in den Ausschuss gewählt: Dr. Franz, Wilhelmshaven, Grimm, Walsrode; Später, Einbeck; Brandes, Osterode; Riedel, Hannover; Walter, Braunschweig; Hubbe, Oldenburg und der jeweilige Leiter der Heimvolkshochschule Görde, vorbehaltlich ihrer Zustimmung.²⁶ Im Bedarfsfall könnten Gäste und Sachverständige hinzugezogen werden.

Noch einmal ist im Vorstandsprotokoll vom 17. Januar 1955 von diesem PA die Rede. Als Klugert den Arbeitskreis Massengesellschaft finanziell anerkannt wissen wollte, wies Heidorn auf den PA hin, der zuerst berücksichtigt werden müsse, wenn Mittel und Kräfte freigestellt werden sollten.

Auf der Vorstandssitzung am 27. Januar 1955 teilte Heyder die Ergebnisse der ersten Sitzung des PA mit. Weitere Sitzungen dieses ersten PA scheinen nicht stattgefunden zu haben, er sei aus Zeitmangel nicht tätig geworden, teilte Tietgens auf eine Nachfrage von (Klauss, Königslutter, auf der Mitgliederversammlung des Landesverbandes am 23. Juni 1956 mit. Es ist anzunehmen, dass die im zweiten Anlauf geglückte Einrichtung einer Pädagogischen Arbeitsstelle beim Landesverband größere Aktivitäten des PA gar nicht erst entstehen ließ.

Die Gründung dieser Arbeitsstelle war auf der Vorstandssitzung am 5. November 1955 von Dr. Thiede, Leiter der VHS Hannover und stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes, vorgeschlagen worden. Er berief sich dabei auf den Wunsch der vorhergegangenen Leitertagung auf dem Sonnenberg. Auch Heidorn betonte die Bedeutung einer solchen Stelle, die schon bei der EB und AUL bestehe. Ebenso sprach sich Heyder dafür aus, der Dienststellenleiter bleibe der Geschäftsführer, auch sei er finanziell nicht schlechter zu stellen als der Pädagoge. Lotze sei für den Plan.

Um die Stelle bewarben sich Dr. Tietgens und Dr. Deutelmoser, nach der Ausschreibung in der „Kulturarbeit“ noch Dr. Stegen. Am 11. Januar 1956 fiel die Entscheidung für Tietgens. Er wurde zum 1. Februar 1956 als Leiter der Pädagogischen Arbeitsstelle des Landesverbandes angestellt. Auf der Mitgliederversammlung vom 23. Juni 1956 trat er zum ersten Mal öffentlich auf. Als Tietgens dann auch Tutor beim DVV wurde, schrieb der Landesverband zum 31. Juli 1957 die Stelle eines Pädagogischen Assistenten aus, um ihn zu

²⁶ Protokoll Vorstandssitzung v. 13. Nov. 1954

entlasten. Felix Erik Laue, Berlin, trat etwa zum Oktober 1956 in den Dienst des Landesverbandes.²⁷ Tietgens beendete seine Arbeit zum 31. März 1958²⁸, um nur noch als Bundestutor des Deutschen Volkshochschul-Verbandes zu wirken. Der Vorstand beschloss daraufhin, dass der geschäftsführende Vorstand versuchen müsse, die Frage der Neubesetzung auf schnellstem Wege zu klären.²⁹ Auch das Arbeitsverhältnis mit Laue wurde zum 31. März 1958 beendet.³⁰

Beide Stellen wurden zunächst nicht wieder besetzt. Der geschäftsführende Vorstand hatte auf seiner Sitzung vom 26. März 1958 entschieden, die Stelle des Pädagogischen Leiters nicht auszuschreiben und die Bemühungen um einen Nachfolger intern fortzusetzen. Unabhängig von diesen Bemühungen solle jedoch ein Pädagogischer Ausschuss ins Leben gerufen werden.

Auf der Vorstandssitzung vor der Mitgliederversammlung am 20. Juni 1958 schlug Wiechert vor, Herrn Dr. Walter Fabian, Zürich, der schon regelmäßig den Volkshochschulen zur Verfügung stand, als Pädagogischen Mitarbeiter im Landesverband einzusetzen. Thiede ergänzte, dass Fabian in erster Linie für die Mitarbeiterfortbildung und als Berater des Pädagogischen Ausschusses tätig werden solle. Eine feste Anstellung erhielt Fabian jedoch nicht, sondern wurde als freier Pädagogischer Mitarbeiter für eine Grundpauschale von 2000 DM jährlich für den Landesverband tätig, zusätzlich trug der Landesverband seine Reisekosten.³¹ Auf der folgenden Mitgliederversammlung des Landesverbandes am 21. Juni 1958 gab es Einwände gegen diese Entscheidung des Vorstandes. Herr Habekost, Alfeld, gab seiner Befürchtung Ausdruck, dass der Landesverband in die Abhängigkeit politischer Machtgruppen geraten könne. Aus diesem Grunde müsse er Bedenken gegen die verstärkte Mitarbeit von Herrn Dr. Fabian anmelden. Er erklärte auf Befragen, dass er mit den politischen Machtgruppen in erster Linie „Arbeit und Leben“ meine. Wiechert wies auf die Notwendigkeit einer guten Zusammenarbeit mit „Arbeit und Leben“ hin und erklärte, dass Dr. Fabian schon seit seinem Studium in der Erwachsenenbildung stehe. 1933 musste er emigrieren. Seit dieser Zeit war er in der Schweizer Erwachsenenbildung, als Schriftsteller führender Schweizer Zeitungen, Übersetzer bedeutender französischer Werke der Weltliteratur und als Musikkritiker tätig. Tietgens wies darauf hin, dass die Frage der verstärkten Mitarbeit Dr. Fabians mit dem Verhältnis der Volkshochschulen zu „Arbeit und Leben“ nicht das Geringste zu tun habe. Man könne keinem Mitarbeiter verbieten, sich politisch zu engagieren. Schloesser meinte, die Tatsache, dass Dr. Fabian als Redakteur der gewerkschaftlichen Monatshefte wirke, könne allenfalls rein optisch den Eindruck der einseitigen Orientierung hinterlassen.³²

²⁷ Protokoll MV, Archiv LV

²⁸ Über seine definitive Anstellung liegen keine Unterlagen vor. Am 9. August 1957 hält das Vorstandsprotokoll (Archiv LV) fest, dass über Laue noch keine Entscheidung getroffen worden sei. Der geschäftsführende Vorstand wollte zunächst ermitteln, ob er bereit und in der Lage sei, eine Probezeit eventuell in einer Heimvolkshochschule abzuleisten.

²⁹ Protokoll der Vorstandssitzung vom 3.3.1958, Archiv LV

³⁰ Protokoll Vorstandssitzung, Archiv LV

³¹ Protokoll Vorstandssitzung, Archiv LV

³² Protokoll MV, Archiv LV

Ein Pädagogischer Ausschuss war erneut unmittelbar nach dem Abschied Tietgens im Mai 1958 eingerichtet worden. Als dessen Mitglieder wurden berufen: Dr. Brandes, Osterode; Werner, Helmstedt; Walter, Braunschweig; Beier, Wolfsburg; Dr. Franz, Wilhelmshaven; Thilo, Bad Gandersheim; Schardt, Syke; Dr. Schulenberg, Pädagogische Hochschule Oldenburg; Dr. Groothoff, Pädagogische Akademie Lüneburg und Lotze. Thiede begründete die Einrichtung des Pädagogischen Ausschusses, der allerdings kein Ersatz für einen Pädagogischen Leiter sein könne. Der Vorstand stimmte der Besetzung zu und beschloss, dass Klara Meyer dem Ausschuss zusätzlich als Vorstandsmitglied angehören solle. Auf der Mitgliederversammlung des Landesverbandes am 21. Juni 1958 begründete Wiechert die Einrichtung des PA und die Mitarbeit Dr. Fabians. Zusammen mit Fabian bestimmte dann der Pädagogische Ausschuss in den folgenden Jahren das pädagogische Profil des Landesverbandes.

Im PA saß auch ein Vertreter des PA von „Arbeit und Leben“. Zunächst war dies Boullboulle, dann Heckenauer und schließlich Altmann. Die Ausschussvorsitzenden des PA des Landesverbandes saßen ihrerseits im PA von „Arbeit und Leben“. Man wolle zwar eine größtmögliche Koordinierung erreichen, war sich aber einig – so das Protokoll der Ausschusssitzung vom 17. November 1958 –, dass die Ausschüsse getrennt arbeiten. Möglicherweise könne, sofern ein alle interessierendes Thema gewählt wird, jede dritte oder vierte Sitzung gemeinsam stattfinden. Eine gemeinsame Tagung wurde dann auf der Sitzung des Ausschusses vom 17. November 1958 für Ende März/Anfang April ins Auge gefasst. Dazu ist es jedoch nicht gekommen. Erst auf der Ausschusssitzung vom 18. Januar 1960 wurde wieder ein neuer Anlauf genommen. Etwa einmal im Jahr solle eine gemeinsame Tagung stattfinden, ähnlich habe auch der PA von „Arbeit und Leben“ beschlossen, notierte das Protokoll. Auf der Ausschusssitzung vom 29. Februar 1960 wurde als Arbeitsthema dafür „Die Situation der Arbeiterbildung heute“ vorgeschlagen, während Geschäftsführer Wicke in der Sitzung am 2. Mai 1960 berichtete, der PA von „Arbeit und Leben“ schlage als Arbeitsthema „Hat die Zusammenarbeit der Volkshochschule mit den Gewerkschaften noch Sinn“ vor. Als Termin für die gemeinsame Sitzung wurde nun der November in Aussicht genommen.

Auf der Sitzung am 23. September 1960 wurde lt. Protokoll festgehalten, dass die nun für Frühjahr 1961 projektierte gemeinsame Tagung gründlicher Vorbereitung bedürfe. Groothoff und Schulenberg sollten die pädagogischen und die soziologischen Aspekte der Fragestellung skizzieren und auf der nächsten Sitzung darüber vortragen. Walter sollte zur praktischen Situation der Zusammenarbeit zwischen Volkshochschule und „Arbeit und Leben“ referieren, Mertineit „die geschichtliche Situation der Einrichtungen der Erwachsenenbildung“ charakterisieren.

Auf der folgenden Sitzung am 21. November wurden zur Vorbereitung der gemeinsamen Sitzung drei Referate gehalten. Groothoff, der zunächst berichtet hatte, dass der PA von „Arbeit und Leben“ zurzeit eine Denkschrift von Steinmetz mit der Absicht diskutiere, den pädagogischen Ansatz von „Arbeit und Leben“ zu verbreitern, meinte, „dass in der gemeinsamen Sitzung die Frage nach den gemeinsamen pädagogischen Anliegen gestellt werden müsse, die in der Selbstentfremdung liege und ständiges Problem der Industriegesellschaft sei. Dieses Problem begegne uns in zwei Punkten: erstens in der geschichtlichen Situation und zweitens in der Hilfsbedürftigkeit des Adressaten, der im

Gegensatz zum Bauern oder Selbstständigen seinen Geist oder seine Arbeitskraft verkaufe. Dadurch befinde sich die Arbeiterschaft in einer besonderen Situation. Wenn sie unterprivilegiert sei, müsse sie auch eine Bildungshilfe erfahren.

Danach ist erst wieder auf der Sitzung vom 29. Januar 1962 von der gemeinsamen Sitzung die Rede; sie wird auf den 10./11. April festgelegt. Am 10. April könnten die Ausschüsse getrennt tagen, 11. April dann gemeinsam. Das Tagungsthema werde mit Dr. Steinmetz formuliert.

Nach nahezu dreieinhalbjährigen Bemühungen fand schließlich die erste gemeinsame Sitzung beider Ausschüsse am 11. Februar 1962 in Hannover statt. Thema: „Ist der Arbeitnehmer ein besonderes Problem in der Erwachsenenbildung?“ Die Vorsitzenden beider Ausschüsse, Groothoff und Steinmetz, referierten zunächst die wesentlichen Positionen.

Auf der Sitzung vom 4. August 1962 beschloss der PA des Landesverbandes, für 1963 zwei gemeinsame Sitzungen mit den Pädagogischen Ausschüssen von „Arbeit und Leben“ und der LEB durchzuführen.

Vorsitzender des PA war 1958 bis 1960 Schulrat August Schardt aus Syke, der den Vorsitz aus gesundheitlichen Gründen niederlegte. Sein Nachfolger wurde im Mai 1960 bis Ende 1964 Professor Hermann Groothoff, PH Hannover. Groothoff, geboren 1915 in Lüneburg, studierte nach Arbeits- und Wehrdienst in Freiburg Philosophie, Germanistik und Geschichte.³³ Nach Kriegsdienst und Gefangennahme studierte er in Hamburg und Kiel Pädagogik und Philosophie und promovierte 1951. Danach war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Philosophischen Seminar der Universität Kiel, Dozent an der PH Lüneburg und an der Musikhochschule Hannover. 1959 wurde Groothoff Dozent an der PH Hannover, 1961/1962 Rektor der Hochschule, im August 1962 Direktor des Pädagogischen Instituts der Universität Köln.³⁴

Im PA folgte ihm als Vorsitzender 1965 bis Mai 1966 Professor Willy Strzelewicz, PH Hannover, Mai 1966 bis 1968 Professor Schulenberg, PH Oldenburg, und 1968 bis 1970 wieder nach seinem Rücktritt als Vorsitzender des Landesverbandes Strzelewicz, PH Hannover. Schulenberg (1920–1985), seit 1946 Lehrer, dann Assistent an der PH Oldenburg, hatte 1956 bei Weniger und Plessner in Göttingen promoviert und wurde dann hauptberufliche Lehrkraft am dortigen Sekretariat für Seminarkurse. 1961 wurde er Professor für Soziologie an der PH Oldenburg, 1969–1971 erster Rektor der PH Niedersachsen. Er war Sozialdemokrat.

Seit der Mitgliederversammlung in Hildesheim am 19. November 1966 hieß der Ausschuss „Pädagogischer Beirat“ (PB) und war satzungsgemäßes Gremium des Landesverbandes. Als Sekretär fungierte der Pädagogische Mitarbeiter Dr. Wiebecke.

Die erste Sitzung dieses PA fand am 30. Mai 1958 in Hannover statt. Klara Meyer eröffnete sie im Namen des Vorstandes und wies darauf hin, dass der Pädagogische Ausschuss durch seine Eigenartigkeit die Wirksamkeit bei den Volkshochschulen erhöhen solle. Der Ausschuss solle den Pädagogischen Leiter des Landesverbandes nicht ersetzen,

³³ Protokoll Archiv LV

³⁴ Wolgast/Knoll, S. 129f. (I. Wirth)

sondern ihn unterstützen. Dieser Leiter, Dr. Hans Tietgens, nannte dann als wichtigste Themen für die Arbeit des Ausschusses: „Was können wir tun, um nicht eine perfekte Jugendbildungsanstalt zu werden? Wie soll die Mitarbeiterfortbildung gestaltet werden? Soll der Landesverband ein Verzeichnis von Referenten für Einzelveranstaltungen herausgeben? Wie ist eine Koordinierung von Einzelveranstaltungen möglich? Zusammenarbeit zwischen Volkshochschule und Bundeswehr. Stärkere Beachtung der Film- und Rundfunkarbeit des Landesverbandes.“

Nachdem Strzelewicz eine engere Zusammenarbeit mit dem DVV gefordert hatte, „um die Behandlung von Fragen zu vermeiden, die in anderen Landesverbänden bereits ausdiskutiert wurden, und umgekehrt, um die Arbeitsergebnisse den anderen Landesverbänden zugänglich zu machen“, berichtete Geschäftsführer Wicke über das geänderte Beihilfeverfahren des Landesverbandes.

Auf der folgenden Sitzung vom 2. August 1958 zeichnete sich zum ersten Mal deutlich ab, dass die Arbeit des Ausschusses von dem PH-Dozenten und späteren Professor Groothoff und dem Mitglied des Göttinger Sekretariats der Seminarkurse und späteren PH-Professors Schulenberg bestimmt werden würde. Beide erklärten sich lt. Protokoll bereit, eine Untersuchung darüber anzustellen, ob bei dem neuen Beihilfeverfahren die Fachlehrgänge unterbewertet seien.

Zum letzten Mal vor seinem Tode meldet sich noch einmal Lotze zu Wort. Die laufende Leitertagung in der Görde war wegen des Themas und der Auswahl der Referenten stark kritisiert worden. Dazu erklärte Lotze, dass bei allen Tagungen die methodischen Fragen mehr in den Vordergrund gerückt werden müssten. Es sei zwar richtig, die Frage nach dem „Was-ist-zu-tun“ zu stellen, wichtiger aber sei es noch, den Teilnehmern klar zu machen, wie man es tun könne. Zu diesem Punkt wolle er mit Herrn Werner einige Vorschläge ausarbeiten, die dann ebenfalls bei einer der nächsten Sitzungen behandelt werden sollten.

Auf der Sitzung am 29. September stellte der Ausschuss im Anschluss an Referate Groothoffs und Schulenbergs fest, dass die Fachkurse mit der gleichen Intensität wie andere Lehrgänge der Volkshochschulen durchgeführt werden müssten. Die Fach- und Sprachkurse würden von der Bevölkerung stark gefordert, weil sie den Teilnehmern das Rüstzeug für den Beruf vermittelten. Am Beispiel des Seminars für Sekretärinnen weist Frau Meyer nach, dass auch der Fachkursus zu politischen Fragen führe. Auf der Sitzung vom 17. November wurden Schulenberg und Groothoff gebeten, Leitsätze über die Frage zu erarbeiten: Sind die Fachkurse ein Teil des Aufgabenbereiches der Volkshochschule?

Den ersten Bericht des PA legte Schaardt auf der Mitgliederversammlung 1959 in Braunschweig vor. Seit der Gründung waren zehn Sitzungen durchgeführt worden.³⁵ „Das Generalthema“, das auf der in Osnabrück durchgeführten Mitgliederversammlung entstand, war „Berufsbildung und Erwachsenenbildung“. Es wurde bei der Leitertagung in der Heimvolkshochschule Görde noch einmal diskutiert und abgeschlossen.³⁶

³⁵ Protokoll der Mitgliederversammlung des Landesverbandes der Volkshochschulen Niedersachsens vom 26. September 1959 in Braunschweig, Archiv des LV, und der Bericht selbst „Pädagogischer Ausschuss legt ersten Bericht vor“, ebd.

³⁶ Zusammenfassungen wurden in „Volkshochschule im Westen“ und in der „Kulturarbeit“ publiziert.

Im Zentrum der Arbeit stand die Mitarbeiterfortbildung, wobei die Unterstützung der Niedersächsischen Landeszentrale für Heimatdienst und die Arbeit des ständigen Pädagogischen Mitarbeiters des Landesverbandes, Dr. Fabian, sich sehr positiv auswirkte. Der PA wolle sich demnächst mit der Frage: „Was ist eine Volkshochschule?“ beschäftigen. Hierzu sollten Analysen die Arbeitsweisen der Volkshochschulen und zur Situation der Volkshochschulleiter und Mitarbeiter entwickelt werden.

Fabian ergänzte die Ausführungen Schaarnds in einem Kurzreferat über Probleme der Mitarbeiterfortbildung.

Diskutiert wurde das Ganze dann im Zusammenhang mit der Ankündigung des Niedersächsischen Kultusministers, mit einem Erwachsenenbildungsgesetz die Bildungsarbeit zu konsolidieren. Notwendig seien:

1. Verstärkung der Kontakte mit den Städten und Landkreisen
2. Verstärkung der Kontakte zu Schulen, insbesondere zu den Schulräten
3. Kurztagungen mit Studenten der letzten Semester der Pädagogischen Hochschulen
4. Erweiterung der Mitarbeiterfortbildung auf Junglehrer-Arbeitsgemeinschaften durch Kurztagungen möglichst in Heimvolkshochschulen, wobei selbstverständlich Studienreferendare mit einbezogen werden könnten.

Eine Tagung mit Junglehrern aus dem Kreise Alfeld habe in der HVHS Hustedt bereits mit zufriedenstellendem Ergebnis stattgefunden. Zur Koordinierung der Mitarbeiterfortbildung sollte ein Rahmenprogramm geschaffen und vorgelegt werden.

Auf der Mitarbeiterversammlung 1960 in Göttingen berichtete Groothoff über die Arbeit des PA. An Themen zur Mitarbeiterfortbildung seien vorgeschlagen worden: die Wissensvermittlung in der Erwachsenenbildung, Jugendvolkshochschulen, Volkshochschule, Schule und Lehrer und Entwicklungsländer ...

Dieser Ausschuss hat es sich zur Aufgabe gemacht, die pädagogischen Aufgaben der Volkshochschulen in Niedersachsen zu klären und Regelungen zu empfehlen; mit allgemeinen und organisatorischen Fragen dürfe er nicht belastet werden und seine Arbeit könne nur wirksam werden, wenn es eine beratende bliebe, erklärte Groothoff 1961 auf der Mitgliederversammlung.

Auf Einladung des PB trafen sich am 26. April 1967 Professoren aller Pädagogischen Hochschulen Niedersachsens und Leiter von Abend- und Heimvolkshochschulen in Hannover zu einem Erfahrungsaustausch über Kurse für Nichtabiturienten, die sich auf die Aufnahmeprüfung an einer PH vorbereiten wollen. „Nachdem die Probleme sowohl auf Seiten der Volkshochschulen wie auf Seiten der Pädagogischen Hochschulen vorgeklärt sind, sollen die Kontakte in diesem Jahr fortgesetzt werden.“³⁷

1968 richtete der PB „zur Klärung komplexer und kontroverser Themen und Fragen“ verschiedene Ausschüsse ein, den Ausschuss „Stellung der Seminarkurse“, den Fernsehausschuss, den Ausschuss „Selbstdarstellung der Volkshochschulen“ und den

³⁷ Jahresbericht 1966/67, S. 11, und Aufzeichnung Wiebecke, mit Durchschlag, Archiv LV

Ausschuss „Vorbereitungskurse auf die Prüfung zur nachträglichen Erlangung des Abschluszeugnisses einer Realschule.“

Die Arbeit dieser Ausschüsse und des PB insgesamt wird im Tätigkeitsbericht des Landesverbandes 1968/1970 ausführlich dargestellt.³⁸ In diesem Zeitraum hatte der PB 13 Sitzungen durchgeführt. Er unterstützte den Vorstand durch Stellungnahmen, Empfehlungen und die Vorlage von Änderungsvorschlägen in den Beratungen zum Entwurf des Erwachsenenbildungsgesetzes, bevor dieses wieder in den Landtag eingebracht wurde, wie auch zu Beginn des Jahres 1970 bei der Erörterung der Entwürfe der Durchführungsbestimmungen und den Überlegungen über die Auswirkungen des Gesetzes und der Verordnungen auf die Arbeit der Volkshochschulen und des Verbandes.

Die Arbeit der Ausschüsse „Stellung der Seminarkurse“ und Selbstdarstellung der Volkshochschulen“ seien abgeschlossen bzw. zu einem vorläufigen Ergebnis geführt worden. Mit der Verabschiedung einer Empfehlung konnten auch die gemeinsam mit dem Arbeitskreis der hauptberuflichen Leiter und Mitarbeiter geführten Beratungen um ein „Berufsbild des VHS-Leiters, des Päd. Mitarbeiters und des Verwaltungsleiters“ beendet werden. Mit einer Empfehlung des Ausschusses „Hörervertretung an Volkshochschulen“ sei in Kürze zu rechnen. Der Ausschuss für die Realschulprüfungen werde seine Arbeit noch längere Zeit fortsetzen müssen. Weitere Ausschüsse seien eingerichtet worden, die aber ihre Arbeit noch nicht aufgenommen hätten, nämlich ein Ausschuss „Stellung der Dozenten an der Volkshochschule“ und ein Ausschuss „Refresherkurse.“ Im Pädagogischen Beirat weiter zu erörtern blieb die Frage, „welchen Beitrag der Pädagogische Beirat zur Entwicklung didaktischer Modelle und damit zu einer Systematisierung und Standardisierung des Kursangebotes der Volkshochschulen leisten kann.“

Auf seiner Sitzung am 13. August 1970 beschloss der PB, dem Vorstand zu empfehlen, Mitarbeiterkonferenz und Mitgliederversammlung wieder zeitlich getrennt durchzuführen sowie eine gemeinsame Mitarbeiterkonferenz mit den anderen Verbänden der Erwachsenenbildung durchzuführen.

1969 war die Rahmenordnung für die Diplomprüfung in Erziehungswissenschaft durch die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) und die Westdeutsche Rektorenkonferenz erlassen worden, die mit dem Studienschwerpunkt Erwachsenenbildung erstmals eine grundständige Ausbildung für den hauptberuflichen Mitarbeiter in der Erwachsenenbildung vorsah.³⁹ An der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen, Abteilung Hannover, wurde der Lehrstuhl für Erwachsenenbildung eingerichtet, dessen Lehrstuhlinhaber Siebert auch Mitglied des PB geworden war. Auf der Sitzung des PB hieß es deshalb: „Herr Siebert wurde gebeten, die ersten Vorbereitungen zur Konzeption des Studiums für Diplompädagogen mit dem Schwerpunkt Erwachsenenbildung zu erläutern.“

Am 28. September wurde beschlossen, dass der Vorstand Jenkner und Schloesser als Mitglieder des Arbeitskreises Universitäre Erwachsenenbildung benennen solle. Strzelewicz berichtete über den Beschluss des Vorstandes, die Mitgliedschaft im Niedersächsischen

³⁸ Vgl. auch „vhs in niedersachsen“, Nr. 1/1969, S. 5–6: „Aus der Arbeit des Pädagogischen Beirats“

³⁹ Dazu Reingart Vath: Professionalisierung in der Erwachsenenbildung. In: Enzyklopädie Erziehungswissenschaft, Bd. 11, Erwachsenenbildung. Hgg. Enno Schmitz/Hans Tietgens, Stuttgart 1984, S. 303–315

Bund vorsorglich zu kündigen. Er erläuterte, dass die bisherigen Aufgaben des Bundes in Zukunft auf die Verwaltungsstelle übergangen. Sollte er sich neuen Aufgaben, etwa in der zentralen Durchführung der Mitarbeiterfortbildung oder der Ausarbeitung von Empfehlungen zur Verbesserung der didaktisch-methodischen Arbeit zuwenden, so könne nach den bislang vorliegenden Erfahrungen nicht erwartet werden, dass er hier eine große Effektivität entfalte. Der Landesverband wolle aber nicht das Gespräch und eine mögliche Zusammenarbeit mit den anderen Organisationen abbrechen.

Pädagogischer Ausschuss/Pädagogischer Beirat 1958–1970

1958–1960: Der PA wurde auf der Vorstandssitzung vom 11. Mai 1958 ernannt, er konstituierte sich am 30. Mai 1958.

Vorsitzender: Schulrat August Schardt

Mitglieder:

Gerd Beier, VHS Wolfsburg

Dr. Hans Boulboulle, LAG „Arbeit und Leben“⁴⁰

Dr. Karl-Heinz Brandes, KVHS Osterode

Dr. Hermann Groothoff, PH Lüneburg

Manfred Heckenauer⁴¹, LAG „Arbeit und Leben“

Schulrat Karl-Heinz Kreter⁴²

Heiner Lotze, Kultusministerium⁴³

Klara Meyer, VHS Hannover⁴⁴

Dr. Walter Mertineit, VHS Auszuschließendes⁴⁵

Dr. Gunther Thilo, KVHS Bad Gandersheim

Dr. Wolfgang Schulenberg, PH Oldenburg

Heinz Walter, VHS Braunschweig

Helmut Werner, KVHS Helmstedt

1960–1962

Vorsitzender: Prof. Dr. Hermann Groothoff

Stellvertretender Vorsitzender: Schulrat Karl-Heinz Kreter

⁴⁰ Vgl. das Protokoll des PA vom 4.9.1958, S. 2, Archiv LV: „Die Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben hat Dr. Hans Boulboulle als Mitglied des pädagogischen Ausschusses vorgeschlagen, um eine bessere Koordinierung zwischen dem Landesverband der Volkshochschulen und der Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben zu erreichen.“

⁴¹ Heckenauer wurde auf der Sitzung des PA vom 13. Juli 1959 als Nachfolger Boulboulles begrüßt.

⁴² Kreter wurde vom Vorstand des Landesverbandes auf der Vorstandssitzung am 21.1.1960 als Nachfolger für Klara Meyer gewählt.

⁴³ Bis zu seinem Tod im Dezember 1958

⁴⁴ Klara Meyer schied Ende 1959 aus dem Vorstand des Landesverbandes und seines PA aus.

⁴⁵ Die Aufnahme Mertineits war auf der Sitzung des PA am 11.5.1959 vom Vorsitzenden Schardt empfohlen worden. Dieser Vorschlag hatte eine längere Aussprache über das Verfahren der Mitgliedschaft zur Folge. „Der Pädagogische Ausschuss betont die Auffassung, dass das Vorschlagsrecht für neue Mitglieder nur beim PA selbst liegen sollte.“ Schardt wurde gebeten, diese Frage mit dem Vorstand zu klären. Mertineit wurde vom Vorstand zum 21.5.1959 in den PA berufen. Ob über das Verfahren der Mitgliedschaft Einigung erzielt wurde, vermerkt das Protokoll nicht. (Vorstandsprotokoll v. 21.5.1959, Archiv LV)

Mitglieder:

Gerd Beier, VHS Wolfsburg

Diplompsychologin Erika-Ruth Brunotte, Göttingen⁴⁶

Dr. Heinz Brandes, KVHS Osterode

Dr. Walter Fabian, Köln

Dr. Alfred Franz, VHS Wilhelmshaven

Dr. Walter Mertineit, VHS Göttingen

Eva Schmidt, VHS Göttingen

Prof. Dr. Wolfgang Schulenberg, PH Oldenburg

Dr. Gunther Thilo, KVHS Bad Gandersheim

Heinz Walter, VHS Braunschweig

Helmut Werner, KVHS Helmstedt

Ein Vertreter der Pädagogischen Arbeitsstelle von „Arbeit und Leben“⁴⁷

1962–1964

Laut Vorstandsbeschluss am 13. Dezember 1962 wurde der PA um fünf Personen auf 19 Mitglieder erweitert. „Allen Mitgliedern soll in einem Schreiben die Mitgliedschaft im Ausschuss des Verbandes für die nächsten zwei Jahre bestätigt werden.“

Vorsitzender: Prof. Dr. Hermann Groothoff

Stellvertretender Vorsitzender: Schulrat Karl-Heinz Kreter

Mitglieder:

Günther Altmann, LAG Arbeit und Leben⁴⁸

Gerd Beier, VHS Wolfsburg

Dr. Heinz Brandes, KVHS Osterode

Erika-Ruth Brunotte, VHS Göttingen

Dr. Walter Fabian, Köln

Dr. Alfred Franz, VHS Wilhelmshaven

Dr. Werner Küchenhoff, PH Hannover⁴⁹

Dr. Ingeborg Maschmann, PH Lüneburg⁵⁰

Dr. Walter Mertineit⁵¹, VHS Göttingen

Dr. Hans-Dietrich Raapke, Sekretariat für Seminarkurse der Universität Göttingen

⁴⁶ Brunotte unterrichtete seit 1958/1959 als Dozentin für Sozialpsychologie im Rahmen der Göttinger Seminarkurse (Strzelewicz 1959, S. 12, Raapke/Sicowronek, S. 36)

⁴⁷ Manfred Heckenauer war seit 1. April 1959 Pädagogischer Leiter in der Pädagogischen Arbeitsstelle von „Arbeit und Leben“: Wegen Heckenauers Konflikten mit dem Geschäftsführer Witteborn beantragte Heidorn Mitte August 1961 die vorübergehende Auflösung der Pädagogischen Arbeitsstelle. Damit wurde auch das Arbeitsverhältnis mit Heckenauer zum Ende des Jahres 1961 beendet. Im Januar 1963 wurde Günther Altmann zunächst nebenamtlicher Mitarbeiter, dann bis 1988 Pädagogischer Leiter der LAG Arbeit und Leben.

⁴⁸ Seit 1963

⁴⁹ 1963 neu in den PA aufgenommen (Protokoll des PA vom 3./4. Februar 1963, Nachlass Schulenberg, Archiv für Erwachsenenbildung Oldenburg und Vorstandsprotokoll vom 4. April 1963, Archiv LV)

⁵⁰ Siehe Anm. Küchenhoff

⁵¹ Auf der Sitzung des PA vom 5. November 1962 teilte Mertineit mit, dass er wegen seiner neuen Tätigkeit an der PH Flensburg nicht mehr an den Sitzungen teilnehmen könne (Protokoll im Nachlass Schulenberg, Archiv für Erwachsenenbildung Oldenburg).

Eva Schmidt, VHS Göttingen
Karl-Heinz Schloesser, VHS Hildesheim⁵²
Prof. Dr. Wolfgang Schulenberg, PH Oldenburg
Dr. Gunther Thilo, KVHS Bad Gandersheim
Heinz Walter, VHS Braunschweig
Helmut Werner, KVHS Helmstedt
Dr. Charlotte Ziegler, VHS Hannover⁵³

1964–1966

Der PA wurde auf der Vorstandssitzung vom 17. November 1964 ernannt, er konstituierte sich am 21. Dezember 1964. „Allen Mitgliedern des alten Ausschusses soll schriftlich für die bisher geleistete Arbeit gedankt werden“. Als ständige Gäste wurden Prof. Dr. Hermann Groothoff und Dietrich Kreikemeier, Referent für Erwachsenenbildung im Niedersächsischen Kultusministerium, eingeladen, seit dem 13. September 1965 auch Dr. Siegfried Jenkner, Leiter der Zentralstelle für auswärtige Seminarkurse der Universität Göttingen.⁵⁴

Vorsitzender Prof. Dr. Willy Strzelewicz
Stellvertretender Vorsitzender: Schulrat Karl-Heinz Kreter
Mitglieder: Günther Altmann, LAG Arbeit und Leben
Gerd Beier, VHS Wolfsburg
Dr. Heinz Brandes, KVHS Osterode
Dr. Walter Fabian, Köln
Dr. Karl-Heinz Fischer, VHS Oldenburg
Prof. Dr. Ingeborg Maschmann, PH Lüneburg
Dr. Hans-Dietrich Raapke, Sekretariat für Seminarkurse der Universität Göttingen
Prof. Dr. Gisbert Rittig, Universität Göttingen
Karl-Heinz Schloesser,⁵⁵ VHS Hildesheim
Prof. Dr. Wolfgang Schulenberg, PH Oldenburg
Dr. Bruno Urbaschek, VHS Göttingen

1967–1968

Die konstituierende Sitzung des PA fand am 7. Januar 1967 statt.

Vorsitzender: Prof. Dr. Wolfgang Schulenberg, PH Oldenburg
Stellvertretender Vorsitzender: Schulrat Karl-Heinz Kreter

⁵² Siehe Anmerkung Küchenhoff

⁵³ Siehe Anmerkung Küchenhoff

⁵⁴ Jahresbericht 1965/66, S. 11, Archiv LV

⁵⁵ Karl-Heinz Schloesser bat im Januar 1966, wegen seiner örtlichen Arbeit und seines angegriffenen Gesundheitszustandes von der Arbeit im PA entbunden zu werden (Protokoll des PA v. 24.1.1966, Nachlass Schulenberg, Archiv für Erwachsenenbildung Oldenburg). Er erklärte sich ein Jahr später aber wieder zu einer Mitgliedschaft im Pädagogischen Beirat bereit (Protokoll des PA v. 7.1.1967, Bestand Fischer, VHS Oldenburg ebd.).

Mitglieder:

Günther Altmann, LAG Arbeit und Leben

Gerd Beier, VHS Wolfsburg

Dr. Heinz Brandes, KVHS Osterode

Prof. Dr. Walter Fabian, Köln/Frankfurt

Dr. Karl-Heinz Fischer, VHS Oldenburg

Dr. Siegfried Jenkner⁵⁶, Zentralstelle für auswärtige Seminarkurse der Universität Göttingen

Prof. Dr. Ingeborg Maschmann, PH Lüneburg

Prof. Dr. Hans-Dietrich Raapke, PH Oldenburg

Prof. Dr. Gisbert Rittig, Universität Göttingen

Karl-Heinz Schloesser, VHS Hildesheim

Dr. Bruno Urbaschek⁵⁷, VHS Göttingen

Prof. Dr. Willy Strzelewicz, PH Hannover

1968–1970

Die konstituierende Sitzung des PA fand am 13. September 1968 statt. Der neue Vorsitzende Schulenberg dankte für die bisherige Arbeit. „Der Wechsel im Vorsitz ist im gegenseitigen Einvernehmen erfolgt.“

Vorsitzender: Prof. Dr. Willy Strzelewicz

Stellvertretende Vorsitzende: Schulrat Karl-Heinz Kreter und Prof. Dr. Wolfgang Schulenberg

Mitglieder:

Günther Altmann, „Arbeit und Leben“

Gerd Beier, VHS Wolfsburg

Dr. Heinz Brandes, KVHS Osterode

Dr. Gerd Ebel, VHS Göttingen

Dr. Karl-Heinz Fischer, VHS Oldenburg

Dr. Christian Grawe, PM der VHS Wilhelmshaven

Dr. Otfried Horn, VHS Osnabrück⁵⁸

Dr. Siegfried Jenkner, Seminarkurse

Heino Kebschull⁵⁹, KVHS Leer

Prof. Dr. Ingeborg Maschmann, PH Lüneburg

Prof. Dr. Hans-Dietrich Raapke, PH Oldenburg

Hans Dieter Schmitz, Geschäftsführer der Zentralstelle für auswärtige Seminarkurse der Universität Göttingen⁶⁰

Dr. Werner Schneider⁶¹, Seminarkurse TU Hannover

⁵⁶ Jenkner war seit 13. September 1965 schon ständiger Gast im Pädagogischen Ausschuss.

⁵⁷ Nach dem Tod Urbascheks am 15. Mai 1967 wurde Dr. Ebel zum 1. Oktober 1967 Leiter der VHS Göttingen und auch Nachfolger Urbascheks im PB.

⁵⁸ Seit 20.12.1969

⁵⁹ Bis zur Übernahme der Geschäftsführung am 15.04.1970

⁶⁰ Seit 20.12.1969

Prof. Dr. Horst Siebert, PH Niedersachsen⁶²
Hans-Wilhelm Tölke, HVHS Barendorf⁶³

Seminarkurse in Verbindung mit Instituten und Seminaren der TU Hannover

Professor Dr. Horst Siebert, PH Niedersachsen, Abt. Hannover

Hans-Wilhelm Tölke, HVHS Barendorf

Dr. Charlotte Ziegler, VHS Hannover

Am 15. Januar 1971 wurde vom Vorstand ein neuer PB berufen.

2.7 Organisationsausschuss

Der Organisationsausschuss wird zum ersten Mal im Jahresbericht 1966/1967 erwähnt. Er sei unmittelbar nach der Mitgliederversammlung 1966 als Ad-hoc-Ausschuss einberufen und im Laufe des Jahres 1967 in den Organisationsausschuss umgewandelt worden. Im Berichtszeitraum habe es zehn Sitzungen gegeben, seine Mitglieder waren Barth, Brott, Haußmann, Keschull, Tappe, Dr. Thiede und Walter. Am 1. September 1967 sei Tappe auf eigenen Wunsch ausgeschieden. Der Organisationsausschuss hat den Vorstand in einzelnen Rechts- und Verwaltungsfragen beraten und die Geschäftsstelle bei der Lösung organisatorischer Probleme unterstützt. Er entwarf für den Landesverband eine neue Kassen- und Geschäftsordnung, die verabschiedet wurde, und beschäftigte sich mit Haushaltsfragen sowie mit dem Entwurf für ein neues Beitrags- und Zuschussystem. Immer stärker wandte sich der Ausschuss Problemen zu, „die bei der Organisation und Verwaltung der Volkshochschulen entstehen“. 1968/1970 wurde der Ausschuss aus Barth, Becker, Blaaser, Brott, Haußmann, Tappe und Walter gebildet, seine konstituierende Sitzung war am 11. November 1968.

Haußmann schlug hier für die Ausschusssitzungen einen Zweimonatsturnus vor. Zum Vorsitzenden wurde Walter gewählt. Außerdem beschäftigte sich der Ausschuss aus seiner Sicht mit dem Entwurf des Erwachsenenbildungsgesetzes mit dem Ergebnis einiger Änderungsempfehlungen.

2.8 Kontaktausschuss

Die konstituierende Sitzung des Kontaktausschusses fand am 1. September 1967 statt. „Dieser Ausschuss soll die Kontakte zwischen den Abendvolkshochschulen, die im Landesverband zusammengeschlossen sind, und den Heimvolkshochschulen herstellen, erweitern und vertiefen und vor allem alle praktischen Aufgaben, die gemeinsam gelöst werden müssen, so vorbereiten, dass sie den beiden Vorständen zur Genehmigung vorgelegt werden können.“ Hierbei muss man sich vergegenwärtigen, dass dem Landesverband der Volkshochschulen als Mitglieder „jene fünf Heimvolkshochschulen angehörten, die

⁶¹ Schneider war seit 1966 hauptamtlicher Geschäftsführer der neu eingerichteten Seminarkurse der TU Hannover.

⁶² Seit 23.05.1970

⁶³ Seit 20.12.1969

unabhängig von bestimmten Gruppeninteressen arbeiten“, so die Formulierung Tölkes auf der Sitzung des Pädagogischen Beirates am 28. September 1970. Sie schlossen sich 1970 innerhalb des Landesverbandes zu einem Arbeitskreis zusammen.

Dem Kontaktausschuss gehörten je drei Vertreter der Heimvolkshochschulen und des Landesverbandes an, das waren im Zeitraum 1967/1996 Gerth, Hasselhorn und Toelke für die Heimvolkshochschulen und Beier, Kreter und Frau Dr. Ziegler für die Abendvolkshochschulen. Zur Vorsitzenden wurde Frau Dr. Ziegler gewählt.

Drei weitere Sitzungen fanden am 15. November 1967, am 5. März 1968 und am 25. April 1968 statt. Vorgelegt wurde eine Informationsschrift in Form eines Faltblattes, die über Hilfen Auskunft geben sollte, „die Abend- und Heimvolkshochschulen für den Zweiten Bildungsweg anbieten können“. Ein Informations- und Werbeblatt der Heimvolkshochschulen ging an alle Abendvolkshochschulen.

Ein Studienseminar in der Heimvolkshochschule Barendorf „Außerparlamentarische Opposition – legal oder illegal?“ wurde zur Förderung der gemeinsamen Arbeit veranstaltet. Die zentrale Mitarbeiterkonferenz der Heimvolkshochschulen wurde auf den Termin des Niedersächsischen Volkshochschultages gelegt und damit eine Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe „Mitarbeiterfortbildung“ möglich, worüber Gerth ein Arbeitspapier ausgearbeitet hatte. Als weiteres Vorhaben war eine gemeinsame Arbeit im Rahmen des Zweiten Bildungsweges vorgesehen. Eine Art Propädeutikum für Studientechniken sollte entwickelt werden, das an beiden Schultypen durchgeführt werden könne. Volkshochschulen beider Verbände hatten bereits daran gearbeitet und auch schon erfolgreiche Kurse durchgeführt. Die gemeinsamen Erfahrungen sollten durchgearbeitet und standardisiert werden.⁶⁴

Im Tätigkeitsbericht des Landesverbandes für den Zeitraum 1968/1970 – im Kontaktausschuss war Beier durch Dr. Franz ersetzt worden – heißt es, dass im Berichtszeitraum drei Sitzungen durchgeführt worden seien. Der Ausschuss habe Möglichkeiten zu einer Neuorganisation der Mitarbeiterfortbildung diskutiert und einen Modellvorschlag entwickelt, nach dem die beiden Verbände ihre Mitarbeiterfortbildung gemeinsam unter verstärktem Einsatz regional tätiger Tutoren durchführen sollten. Dieser Plan war auch Gegenstand der Beratungen im PA.

Die Arbeit an dem Prospekt zum Zweiten Bildungsweg konnte abgeschlossen werden. Zwei Gemeinschaftsseminare mit den Themen „Spannung oder Bruch des Menschen – kritische Bestandsaufnahme der Aussagen der Zukunftsforschung“ wurden vorbereitet. An der Planung des Volkshochschultages war der Ausschuss beteiligt.

⁶⁴ Jahresbericht 1956/1957, S. 8, Archiv LV

3. Publizistische Selbstdarstellung des Landesverbandes

Im Januar 1962 gab der Landesverband die erste Nummer eines eigenen kleinen Mitteilungsblattes „Volksbildung in Niedersachsen. Diskussionsbeiträge zur Erwachsenenbildung“ heraus. Es sollte fortan dreimal im Jahr erscheinen und „zu einem niedersächsischen Gespräch über Fragen der Erwachsenenbildung anregen“. Bei Zustimmung war an eine ständige Herausgabe gedacht.

Das Mitteilungsblatt erschien nur wenige Male. Es sei nicht gelungen, so stellt der Jahresbericht 1963/1964 fest, es weiterzuentwickeln. „Hier fehlt es immer noch an der Mitarbeit aller Volkshochschulen, ohne die ein umfassender Erfahrungsaustausch nicht möglich ist.“

Ein zweiter Versuch mit einem Mitteilungsblatt begann ab 1. Oktober 1961 mit der ersten Ausgabe von „VHS – Anregungen – Termine“. In einem Geleitwort sprach der Vorsitzende des Landesverbandes, Karl Wiechert, wieder einmal von einem „neuen Weg zur Verbesserung unserer Arbeit“. Die erste Ausgabe war vor allem für die Teilnehmer der Mitgliederversammlung in Wilhelmshaven bestimmt, das Blatt sollte als Bindeglied zwischen den niedersächsischen Volkshochschulen dienen. Auf der Mitgliederversammlung wies Groothoff noch einmal ausdrücklich auf das Informationsblatt hin und forderte die Mitglieder auf, sich an der Zusammenstellung des Blattes mit Anregungen, Mitteilungen und Fragen zu beteiligen, damit der Kontakt zwischen den einzelnen Volkshochschulen noch enger werden könne.

Als dritter Versuch erschien ab Juni 1967 die erste Nummer des Informationsdienstes „vhs in niedersachsen – ein informationsdienst des landesverbandes der volkshochschulen niedersachsens und der landesarbeitsgemeinschaft ‚arbeit und leben““. Die Redaktion besorgte Raffert. Der Informationsdienst wurde den Volkshochschulen mit Rundschreiben Nr. 5/1967 vom 2. Juni vorgestellt und die erste Nummer beigelegt. Er habe, so heißt es dort, eine doppelte Aufgabe: „Er soll in der Öffentlichkeit auf Leistungen, Planungen und Probleme der niedersächsischen Volkshochschulen und Arbeitsgemeinschaften Arbeit und Leben aufmerksam machen, er dient der Information und dem Erfahrungsaustausch unserer Mitgliedseinrichtungen.“ Um Mitarbeit würde gebeten. Der Informationsdienst bestand bis 1969.

Zur Sitzung des Pädagogischen Beirats am 2. November 1970 schließlich vermerkt das Protokoll: „Der Gedanke an den Aufbau eines Publikationsorgans des Landesverbandes ist wieder aktuell geworden durch den Austritt aus dem Niedersächsischen Bund. Der PB wolle dem Vorstand den Aufbau eines Publikationsorgans empfehlen.“

4. Programme und Modelle: die pädagogische Arbeit des Landesverbandes

4.1 Jugendarbeit

Seit der Wiedergründung von Volkshochschulen in Niedersachsen nach 1945 gab es im Programm spezielle Angebote für Jugendliche. So hatte die Göttinger Volkshochschule in ihrem ersten Semester 1948/1949 eine „Jugendvolkshochschule“, in Hameln gab es 1951–1957 ein „Jugendforum“, Diskussionsabende und ein Parlament der Jugend. Ein „Jugendforum im Kalkbergheim“ hatte die Volkshochschule Lüneburg seit Herbst/Winter 1955/56 im Programm. „Dieses Forum soll sich in der Hauptsache mit zeitnahen Fragen (Einheit Deutschlands usw.) beschäftigen. Die Meldung zu diesem unentgeltlichen Forum nimmt der Stadtjugendpfleger entgegen“⁶⁵, hieß es dort. Das Forum steht auch 1956/1957 im Programm. Auf Vorschlag des Stadtjugendpflegers wurde Rolf Leitmann mit der Leitung des Forums zu sechs Abenden betraut, das Honorar betrug 5 DM pro Abend. Die sechs Themen waren: Was hat die UNO für den Frieden getan? (16 Teilnehmer), Was versteht man unter Koexistenz? (12 Teilnehmer), Was muss man bei Besuchen in der SBZ beachten? (14 Teilnehmer), Moderne Musik/klassische Musik (13 Teilnehmer), Die Bedeutung des Sports in unserer Zeit (14 Teilnehmer) und Planwirtschaft oder freie Marktwirtschaft (15 Teilnehmer).⁶⁶

Für eine systematische Jugendarbeit auf Landesebene hat sich wiederum Lotze eingesetzt. Mittel aus Bundes- und Landesjugendplänen standen dafür zur Verfügung. So fand im Dezember 1955 eine Unterredung zwischen Lotze und den Vertretern der Ländlichen Erwachsenenbildung Holtzendorff und Zumbroich statt. Thema waren die sogenannten „Ländlichen Seminare“, die aus dem Bundesjugendplan (Förderung der Landjugend) finanziell unterstützt wurden. Beide Vertreter hoben hervor, dass man in Niedersachsen schnell 82 solcher Seminare durch die LEE eingerichtet habe, dadurch seien ca. 30.000 DM an Bundesmitteln nach Niedersachsen geflossen. Lotze bat, die Ergebnisse dieser Seminare zu erfassen und in einer Konferenz (etwa Frühjahr 1956) darzustellen.

Ebenso heißt es im Jahresbericht 1956/1957 des Landesverbandes unter dem Stichwort „Jugendbildungsarbeit“, dass wegen des hohen Prozentsatzes der Jugendlichen bis zu 25 Jahren unter den Hörern der Volkshochschule das Kultusministerium Sondermittel für die Jugendbildungsarbeit der Volkshochschulen zur Verfügung gestellt habe.

Im Landesverband brachte Tietgens, der Leiter der neuen Pädagogischen Arbeitsstelle, das Thema auf der Vorstandssitzung vom 17. Februar 1956 zum ersten Mal zur Sprache, indem er auf die Bedeutung der Jugendarbeit in der Volkshochschule hinwies. „Die Frage ist: eigene Jugendvolkshochschulen oder Jugendkurse innerhalb der Volkshochschularbeit?“ Durch ein Grundsatzreferat mit Erfahrungsaustausch müsse dieser Komplex geklärt und besprochen werden. Er schlug Gehrden für eine Zusammenkunft vor, Termin 4. bis 6. April. Gerechnet wurde mit 15 Teilnehmern. Bezahlt werden sollte die Tagung aus Mitteln

⁶⁵ Schreiben Leitmanns an das Schulamt Lüneburg vom 1.3.1957, Bestand VHS Lüneburg; Jahresbericht 1956/1967, S. 8

⁶⁶ Jahresbericht 1957/1958, S. 8

für die Lehrerfortbildung. Außerdem forderte er, dass diese Jugendarbeit fortgesetzt werden müsse. Diese erste Zusammenkunft fand schließlich im Mai 1956 statt. Die Arbeit sei begonnen worden, „weil der Prozentsatz der Jugendlichen unter den Volkshochschulhören immer größer geworden ist.“ Man diskutierte, in welcher Weise die praktische Arbeit dies berücksichtigen könne und wie man die vom Kultusministerium zur Verfügung gestellten Mittel anwenden könne. Auch Lotze nahm an dieser Jugendtagung teil. Er zeigte sich auf der Mitgliederversammlung des Landesverbandes im Juni 1956 außerordentlich zufrieden darüber. Diese Tagung sei sehr genau vorbereitet und sehr fruchtbar in ihrer Behandlung und Durchführung gewesen. Die Pädagogische Arbeitsstelle solle diesen Weg weiter gehen. In der „Kulturarbeit“ 8, 1956, Heft 9, S. 177f. berichtete Tietgens über „Jugendarbeit in der VHS“.

Eine zweite Jugendbildungstagung fand vom 23. bis 25. Mai 1957 im Volkshochschulheim Salzgitter mit 38 Teilnehmern statt. Die im Vorjahr erarbeiteten inhaltlichen und methodischen Gesichtspunkte wurden hier auf ihre Verwirklichung hin geprüft und ihr Wert im Wesentlichen bestätigt. „Durch die Teilnahme vor mehreren Kreis- und Bezirksjugendpflegern war es möglich, auch die Frage der Zusammenarbeit gründlich zu besprechen“, stellte Tietgens im Jahresbericht 1956/1957 fest, in dem zum ersten Mal über eine Jugendbildungsarbeit berichtet wurde. „Die Ergebnisse dieser Tagung sind im Arbeitsbericht 6 festgehalten, der allen Volkshochschulen zugeschickt wurde.“⁶⁷ Vom 12. bis 15. Juni 1958 fand die dritte Jugendbildungstagung des Landesverbandes in Salzgitter statt. Der vom Landesverband herausgegebene Arbeitsbericht 11, „Jugendbildung in der Volkshochschule“, der allen Volkshochschulen zugeschickt wurde, enthielt die Kurzfassung der dort gehaltenen Referate – Tietgens: Probleme politischer Jugendbildung; Kreter: Literatur in der Jugendvolkshochschule; Lührs: Die Methode der Jugendvolkshochschule. 26 Volkshochschulen hatten teilgenommen. Lührs bezeichnete in seinem Bericht auf der Vorstandssitzung vom 1. September 1958 die Referate von Professor Schwertfeger, Dr. Tietgens und Herrn Kreter als sehr gut. Stärker herausgestellt werden sollten jedoch die methodischen Hinweise aus der praktischen Arbeit der Volkshochschulen.⁶⁸

Die vierte Jugendbildungstagung des Landesverbandes fand vom 9. bis 21. Mai 1959 in der Heimvolkshochschule Jagdschloss Görde unter der Leitung von Tietgens statt. „Anstelle der bisherigen Jugendbildungstagung sollen neue Mitarbeiter mit den Problemen und Aufgaben der Jugendvolkshochschule vertraut gemacht werden“, hatte es darüber im Rundschreiben des Landesverbandes Nr. 130 vom 24. Februar 1959 geheißen, das Programm wurde mit Rundschreiben Nr. 131 vom 13. April 1959 übersandt. Die Teilnehmerliste weist 41 Namen auf. Alle Referate wurden vom Landesverband als Arbeitsbericht „Jugendbildung in der Volkshochschule IV“ veröffentlicht – Tietgens: Was erwartet die Jugend von der Volkshochschule?; Dr. Mertineit, Göttingen: Praktische Möglichkeiten der Volkshochschule in der Jugendbildung durch die Behandlung zeitgeschichtlicher Fragen des Nationalsozialismus; Dr. Freiwald, Göttingen: Die Deutschlandfrage ab 1945.

⁶⁷ Jahresbericht 1956/57, S. 8

⁶⁸ Nachlass Schulenberg, Archiv für Erwachsenenbildung Oldenburg

Dann trat erst einmal eine Pause ein. Die fünfte Jugendbildungstagung sollte unter der Leitung Kreters vom 27. bis 29 Juni 1963 in Wilhelmshaven stattfinden. Als Referenten waren Groothoff und Kreter vorgesehen sowie Mertineit mit dem Thema „Außerschulische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung“. Volkshochschulmitarbeiter und Jugendpfleger sollten eingeladen werden, Kreikemeier wollte teilnehmen und bat, auch den Landesjugendpfleger Dr. Stettner einzuladen. Schließlich sah das Programm neben dem Referat Mertineits noch von Kuchenhoff: „Ist die Jugend heute anders?“ und von Groothoff: „Das Generationenproblem“ vor. Die Tagung musste wegen mangelnder Anmeldungen auf die Herbstferien verlegt werden und sollte nun vom 10. bis 12. Oktober stattfinden.

Insgesamt wurden 1956/1957 nachweislich des Jahresberichts des Landesverbandes 31 Volkshochschulen mit 128 Jugendbildungsmaßnahmen gefördert. Diese Zahl werde sich noch erhöhen lassen, wenn den Volkshochschulen die praktischen Möglichkeiten und Verfahrensweisen noch deutlicher geworden seien. Im Berichtsjahr 1957/1958 hatten 37 Volkshochschulen Anträge an das Niedersächsische Kultusministerium gestellt und einen Betrag von rund 22.000 DM erhalten. Im Jahresbericht 1958/1959 heißt es, dass von 1952 bis 1958 der Prozentsatz der Teilnehmer unter 25 Jahren in den Kursen der Volkshochschulen Niedersachsens von 45 auf 60 Prozent gestiegen sei. Es handle sich um eine allgemeine Tendenz, die aber in Niedersachsen besonders ausgeprägt sei.

Das Kultusministerium stellte gesonderte Mittel für diese Arbeit zur Verfügung, und der Landesverband leitete daraus die Aufgabe ab, etwaige thematische und methodische Folgerungen zu diskutieren.

„Die 16- bis 18-Jährigen werden besonders von Veranstaltungen angesprochen, die eine Selbsttätigkeit versprechen (...) Mit ihnen wird einem spontanen Bedürfnis Rechnung getragen, insbesondere dann, wenn in diesen Kursen moderne Formen musischen Gestaltens gepflegt werden.“ Die 18- bis 20-Jährigen wollten in erster Linie Hilfen für das Erwachsenwerden erhalten. „Sie sehen sich vornehmlich in der Erweiterung ihrer Sachkenntnisse. Darum ist der Zustrom zu den Fachkursen besonders groß.“

4.2 Frauenarbeit und Frauenfragen im Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsens seit den 50er-Jahren bis 1966 – ein verdrängtes Kapitel

Zehn Jahre lang, 1956 bis 1966, gab es eine Frau im Vorstand des Landesverbandes, auch zeitweise eine Frauenreferentin, Frauen im Pädagogischen Ausschuss und von 1957–1964 im Rahmen des Mitarbeiterfortbildungsprogramms jährliche Frauenbildungstagungen.

Die Initiativen für die Beteiligung von Frauen an der Vorstandsarbeit des Landesverbandes und für eine stärkere Berücksichtigung ihrer spezifischen Interessen gingen von der Volkshochschule Hannover aus, von ihrem Leiter Dr. Thiede, der hauptamtlichen Pädagogischen Mitarbeiterin Dr. Charlotte Ziegler, die noch von Thiedes Vorgänger Lotze insbesondere für die Frauenarbeit der Volkshochschule eingestellt worden war, und von der schon langjährig nebenberuflich, dann hauptberuflich tätigen Pädagogischen Mitarbeiterin Klara Meyer. Auf der Mitgliederversammlung des Landesverbandes am 17. Mai 1952 kam

der erste Vorstoß: „Fräulein Dr. Ziegler“, so vermerkt das Protokoll, habe dort festgestellt, dass sich unter den schätzungsweise 300 Anwesenden höchstens zehn Frauen befänden. „Wäre es nicht möglich, in diese Arbeit und auch die Arbeit des Vorstandes eine Frau mit einzubeziehen? Sie werden sicher zu bedenken geben, dass es außerordentlich schwierig sei, eine Frau in eine so verantwortungsreiche Arbeit zu bringen. Ich glaube das aber nicht. Daß Frauen so ungern in solche Ämter gehen, erklärt sich aus der Lage, daß sie nicht nur Geduld haben müssen, sondern vielleicht auch, weil Frauen häufig unbequem sind. Ich meine aber, dass die Arbeit gewinnen würde, wenn auch Frauen daran beteiligt würden. Dieses nur als Empfehlung an die heutige Jahreshauptversammlung.“ Der Vorsitzende Wiechert reagierte positiv und bat um Vorschläge. Es wurde Zieglers Name genannt, die aber bat „ihre Empfehlung nicht als Empfehlung ihrer Person zu betrachten. Die Mitgliedsvolkshochschulen sollen sich überlegen, ob nicht auf der nächsten Jahreshauptversammlung eine Frauenvertreterin gewählt werden kann.“

Es ist anzunehmen, dass solche Vorschläge auch deshalb nicht zur Ausführung gelangten, weil der Landesverband in den Folgejahren zunächst mit seiner eigenen Umbildung und der EBG-Gesetzesdiskussion in Anspruch genommen war. Ein neuer Anstoß kam dann von der ersten Frauentagung des Deutschen Volkshochschulverbandes, die vom 17. bis 19. September 1955 in Morbach stattfand. Die dort versammelten Frauen aus den Landesverbänden der Volkshochschulen richteten unter der Federführung Dr. Zieglers eine Resolution an den Vorstand des Deutschen Volkshochschulverbandes. Sie lautete:

1. Die Frauen haben eine Informationsstelle gebildet, bei der sich jede in der Volkshochschularbeit stehende Frau über Fragen, Probleme und über den Stand der Arbeit der Erwachsenenbildung, insbesondere soweit sie die Frauen betreffen, orientieren kann. Federführend für 1955/1956 ist nach einstimmigem Beschluss der Tagungsteilnehmer Frau Dr. Charlotte Ziegler, Hannover.
2. Die Frauen halten es bei der Vielfalt der fraulichen Aufgaben in den Volkshochschulen für notwendig, einmal jährlich zusammenzukommen, um Austausch zu pflegen und Arbeitsgebiete und Methoden zu besprechen. Die finanzielle Garantie erbitten sie von dem Vorstand des Deutschen Volkshochschulverbandes.
3. Die Frauen werden es dankbar begrüßen, wenn bei Um- und Neubesetzungen der Vorstände, Kuratorien und Kommissionen Frauen hinzugewählt werden.

Der Vorstand des DVV erklärte sich in einem Schreiben an Frau Dr. Ziegler vom 14. Februar 1956 „an der Weiterführung solcher Arbeitsvorhaben zu Frauenfragen in der Erwachsenenbildung interessiert“, die Geschäftsführung sei angewiesen worden, „für das kommende Rechnungsjahr um die Bereitstellung besonderer Mittel für die Frauenarbeit bemüht zu sein und mit Ihnen Verbindung über Einzelheiten der Durchführung aufzunehmen.“

Im Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsens wagte dann Dr. Ziegler einen zweiten Vorstoß und richtete mit Datum vom 11. April 1956 an den Vorstand die Bitte, eine Frau als ordentliches Mitglied in den Vorstand aufzunehmen. Auf der bevorstehenden Mitgliederversammlung in Goslar möge die Wahl vorgenommen werden. Resolution und Stellungnahme des DVV legte sie bei. Auf der Sitzung des geschäftsführenden Vorstands am 23. April 1956 wurde der Brief von Dr. Hans Tietgens, dem Pädagogischen Mitarbeiter

des Landesverbandes verlesen, die Diskussion darüber aber für die Vorstandssitzung am 13. Juni zurückgestellt. Ziegler erhielt von Tietgens mit Datum vom 4. Mai einen Zwischenbescheid und antwortete mit Schreiben vom 6. Juni. Sie wiederholte ihren Antrag, den sie auf der Mitgliederversammlung mündlich begründen wollte. Auf der Vorstandssitzung vom 13. Juni wurde dann nur die Bildung einer Antragsprüfungskommission beschlossen, noch nicht die Anfrage selbst verhandeln sollte. Auf der Sitzung des geschäftsführenden Vorstands am 19. Juni bestätigte das Vorstandsmitglied Dr. Thiede, „dass der Antrag Dr. Ziegler zur Mitgliederversammlung mit seinem Einverständnis vom Frauenreferat der Volkshochschule Hannover vorgelegt wurde. Die Antragsprüfungskommission aber hatte auf der Vorstandssitzung am 22. Juni Einwände, sie hielt den Antrag nicht für gerechtfertigt, „es sei denn, eine Frau würde durch eine Bezirksgruppe in den Vorstand gewählt, oder es könnte eine besonders hervorragende Persönlichkeit nach § 5 Abs. 1 der Satzung gewählt werden“. Der Vorstand empfahl daraufhin, die Wahl Klara Meyers, da für sie dieser Paragraph zutreffe. Er war 1952 im Hinblick auf das Vorstandsmitglied Borinski in die Satzung aufgenommen worden und sah vor, dass dem Vorstand „bis zu drei durch die Mitgliederversammlung zu wählenden Persönlichkeiten aus der niedersächsischen Erwachsenenbildung angehören könnten.

Die Mitgliederversammlung folgte diesem Vorschlag und wählte am 23. Juni 1956 Klara Meyer in den Vorstand des Landesverbandes.

In enger Zusammenarbeit mit dem Deutschen Volkshochschulverband begann Klara Meyer innerhalb des Landesverbandes mit der Frauenarbeit. Im Vorstandsprotokoll vom 8. März 1957 tauchte zum ersten Mal der Tagesordnungspunkt „Frauenarbeit“ auf. Hier gab Meyer „einen Bericht der Frauenarbeit auf Bundesebene und erläuterte den Plan, auch im Bereich des Landesverbandes im Herbst eine Tagung durchzuführen, bei der die besonderen Fragen und Aufgaben der Frau erarbeitet und besprochen werden sollten. Als Ziel stellte sie heraus, dass jede große Volkshochschule jemanden findet, der sich für die Frauenarbeit verantwortlich fühlt.“

Diese erste Frauentagung des Landesverbandes – zugleich die erste innerhalb des Deutschen Volkshochschulverbandes – fand im Oktober 1957 in Bad Grund mit 24 Teilnehmerinnen statt. Meyer berichtete darüber auf der Vorstandssitzung am 11./12. November. Sie sei sehr erfolgreich verlaufen. Weitere Frauentagungen seien wünschenswert, „um die auszuschließende und politische Bildungsarbeit bei den Frauen zu fördern. Es soll den Mitarbeiterinnen der Volkshochschulen Gelegenheit gegeben werden, einen Ansatz in der Bildungsarbeit mit einem erweiterten thematischen Gesichtskreis zu finden.“

Auch der Vorstand gelangte schließlich auf seiner Sitzung am 3. März 1958 zu der Auffassung, „daß die Frauenarbeit in der Satzung stärker verankert werden müsse“. Auf der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes am 26. März wurde beschlossen, auf der nächsten Vorstandssitzung „einen Satzungsänderungsentwurf, der den Vorstandssitz der Referentin für die pädagogische Frauenarbeit verankern soll“, zu beraten. Auf der Vorstandssitzung am 12. Mai kam man überein, für die Mitgliederversammlung am 20. Juni in Osnabrück folgende Satzungsänderung vorzuschlagen: „Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, je einem Vertreter der Bezirksgruppen, je einem Vertreter der Arbeitsgemeinschaften, die ordentliche Mitglieder des Landesverbandes sind, der

Frauenreferentin und bis zu drei durch die Mitgliederversammlung zu wählenden Persönlichkeiten aus der niedersächsischen Erwachsenenbildung“. Die Antragsprüfungskommission hatte gegen diese Fassung aber offensichtlich Einwände. Das Protokoll der Vorstandssitzung vom 20. Juni 1958 hält fest, dass nach der Diskussion des Kommissionsberichts u. a. beschlossen wurde, der Mitgliederversammlung die Anträge des Landesverbandes in folgender Form vorzulegen:

Betr.:

§ 4, Abs. 1: Wahl des Vorsitzenden und einer Frau alle zwei Jahre

§ 5: „Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, je einem Vertreter der Bezirksgruppen, einer Frau und bis zu drei durch die zu drei von der Mitgliederversammlung zu wählenden Persönlichkeiten aus der niedersächsischen Erwachsenenbildung.“

Auf der Mitgliederversammlung wurde diese Satzungsänderung einstimmig angenommen. Frau Meyer wurde ebenfalls einstimmig in den Vorstand gewählt. Sie hatte vor ihrer Wahl ausführlich über die Frauenarbeit des Landesverbandes berichtet: „Die partnerschaftliche Zusammenarbeit von Männern und Frauen in der Bildungsarbeit ist die Hauptaufgabe. Hier spielt die physisch/psychische Verschiedenheit von Mann und Frau eine Rolle, die wir nicht außer Acht lassen sollten. Es kommt im Wesentlichen darauf an, ob und wie wir der Frau ein Umfeld schaffen, wo sie ihre Aufgaben erkennen und ihre Kräfte im öffentlichen Leben entwickeln lernt. Die Frauen haben zu wenig Gelegenheit, neue Aufgaben zu erkennen oder sich zu ihnen vorzuwagen. Sie müssen lernen, mit der Anpassung an die veränderte Gegenwart und den stetig neu herankommenden pädagogischen Aufgaben fertigzuwerden.“ Erst müssten Frauen allein weitergebildet, dann in stärkerem Maße als bisher zu gemeinsamen Treffen mit Kollegen herangezogen werden. „Der deutsche Volkshochschulverband intensiviert in diesem Sinne die Frauenarbeit. Die Landesverbände Bremen, Nordrhein-Westfalen, Süd-Baden, Rheinland-Pfalz und Bayern haben sich ebenfalls zu diesem Weg entschlossen. Niedersachsen ist dabei vorangegangen.“ Zwischen den Jahresfrauentagungen müssten mehr Informationen gegeben werden, „die die Frauen über aktuelle, praktische und theoretische Fragen in Kenntnis setzen“.

Auch der der Mitgliederversammlung vorgelegte Jahresbericht 1957/ 1958 enthielt zum ersten Mal einen Passus „Frauenarbeit“. Dort wird noch deutlicher als in Meyers Bericht formuliert: „Frauenarbeit an den Volkshochschulen ist nicht speziell um der Frauen willen notwendig, sondern dient den gemeinsamen Zielen der Erwachsenenbildung. Von allen Institutionen und Organisationen unseres öffentlichen Lebens ist die Erwachsenenbildung wahrscheinlich die am wenigsten verhärtete und im Apparatdenken befangene Institution. Daher kann sich der Mitarbeit von Frauen bessere Möglichkeiten bieten, als es bei anderen Verbänden der Fall ist. Sie kann dazu beitragen, über die weiblichen Lehrkräfte Frauen für Fragen des öffentlichen Lebens aufzuschließen, sie zu informieren und ihnen die Methoden zu vermitteln, die zu politischen und lebenskundlichen Entscheidungen befähigen. Diesen Beitrag leistet die Erwachsenenbildung umso besser und intensiver, je mehr sie weibliche Lehrkräfte heranbildet, die solche Aufgaben für Hörerinnen übernehmen können und die es verstehen, diese wie auch sich selbst über das vorbereitende Stadium einer engen und exklusiven Frauenarbeit zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Männern und Frauen zu führen.“

Eine zweite Frauentagung, von Meyer auf der Mitgliederversammlung schon angekündigt und ursprünglich vom 1. bis 4. Oktober 1958 in Bodenwerder geplant, fand zu diesem Zeitpunkt in Bad Zwischenahn unter der Leitung von Meyer und der mit ihr befreundeten Dr. Ziegler statt. Meyer berichtete darüber am 17. November auf der Sitzung des Pädagogischen Ausschusses und am 21. November auf der Vorstandssitzung des Landesverbandes. „Ein Arbeitsbericht über diese Tagung ist in Vorbereitung. Er soll dann allen Volkshochschulen als Arbeitsgrundlage dienen. In der Diskussion wird erneut die Notwendigkeit der Frauenarbeit in der Volkshochschule herausgestellt.“

Auf der folgenden Mitgliederversammlung am 26. September 1959 in Braunschweig trat Meyer schon nicht mehr auf, Frauenarbeit wird nur kurz beim Referat des Pädagogischen Mitarbeiters Dr. Fabian erwähnt. Ein Erfahrungsaustausch über die besonderen Aufgaben gegenüber bestimmten Personenkreisen (Jugend, Frauen, ältere Menschen) sei immer wieder nützlich, heißt es dort. Im Jahresbericht 1958/1959 findet allerdings der Punkt „Frauenarbeit an Volkshochschulen“ breiten Raum. Der Anteil der Frauen als Hörerinnen der Volkshochschulen, so heißt es dort, betrage 49,7 Prozent. Frauenarbeit an Volkshochschulen dürfe aber nicht allein an der Belegung der mitbürgerlich-politischen Kurse bewertet werden. „Die Frauen in der Bundesrepublik stehen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – noch immer in dem Prozess, ihren Standort in der Gesellschaft erkennen und erringen zu müssen. Der Weg dahin führt nicht nur über die politischen Erkenntnisse, sondern über eine solide Allgemeinbildung und vor allem über die Fähigkeit, abzuwägen und zu urteilen.“ Auch „die sogenannten typischen Frauenkurse wie Nähen und Kochen, Gymnastik, Schönheits- und Gesundheitspflege“, die oft gering geschätzt und höchstens als Zubringerkurse angesehen wurden, werden verteidigt. Sie hatten ihren Wert, „wenn sie über die Vermittlung bloßer Fertigkeiten und Fähigkeiten hinausführen können, wenn sie z. B. die Teilnehmerinnen zum Nachdenken über die Wichtigkeit der Hauswirtschaft für die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge bringen“.

Was die Mitarbeiterinnen im Landesverband betreffe, so seien nur 16 Prozent aller Mitarbeiter Frauen, ein sehr geringer Anteil also. „Er mag mit darin begründet sein, dass Niedersachsen in vielen seiner Bezirke ein bäuerliches Land ist und die Zusammenarbeit von Männern und Frauen im Beruf noch nicht zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Wenn aber die Teilnahme der Frauen an Gesellschaft, Staat und Wirtschaft gefördert werden muss, dann muss auch mehr dafür getan werden, um ihnen den Weg dahin zu erleichtern, und das ist ohne eine größere Zahl von Dozentinnen und ohne Förderung durch die männlichen Kollegen, insbesondere durch die Volkshochschulleiter, nicht möglich.“

Der Landesverband sei einer der ersten Verbände im DVV gewesen, der die Wichtigkeit der Frauenarbeit anerkannt habe. „Er stellt regelmäßig Mittel für Frauentagungen bereit, außerdem arbeitet eine Frau als Mitglied im Vorstand und im Pädagogischen Ausschuss mit.“ Zwei Frauentagungen seien bisher durchgeführt worden, die nächste werde vorbereitet. „Für die jeweils 25 teilnehmenden Frauen sind die Tagungen bedeutungsvoll wegen des Erfahrungsaustausches, der allgemeinen Orientierung über erwachsenenbildnerische Fragen, vor allem aber wegen der eigenen Fortbildung.“ Zuletzt heißt es: „Für die Breitenwirkung und für die Gewinnung neuer Mitarbeiterinnen wäre es gut, wenn sich die Bezirksgruppen der einmal geweckten Aktivitäten annähmen; vor allem müssten die

Impulse bis zu den Leitern der Volkshochschulen gehen. In diesem Sinne die Frauenarbeit in Niedersachsen auszubauen, wird die Aufgabe für die nächste Zeit sein.“

Die für den 12. bis 15. Oktober 1959 wieder in Bad Grund geplante dritte Frauentagung konnte dann aber nicht durchgeführt werden, weil Frau Meyer erkrankte. Sie schied mit Schreiben vom 22. Oktober 1959 aus gesundheitlichen Gründen aus dem Vorstand des Landesverbandes aus.⁶⁹ Auf einer Frauentagung in Hannover wurde am 16. Januar 1960 die Nachfolgefrage behandelt: „Frau Meyer schlägt dem Vorstand vor, die pädagogische Funktion von der Vorstandsfunktion zu trennen.“ Frau Olga Ebel, Wilhelmshaven, sollte nach ihrem Vorschlag die pädagogische Arbeit im Landesverband, Frau Hess, Mitarbeiterin der Volkshochschule Wolfsburg, die Vorstandsnachfolge übernehmen. Im ersten Fall folgte der Vorstand ihrem Vorschlag, im zweiten entschied er sich jedoch auf Vorschlag Wiecherts, der Mitgliederversammlung Frau Oberbürgermeisterin Martha Fuchs, Braunschweig, als weibliches Vorstandsmitglied vorzuschlagen. Sie wurde gewählt und blieb bis zu ihrem Tode Ende 1966 Vorstandsmitglied des Landesverbandes.

Olga Ebel war zwei Jahre lang als Frauenreferentin des Landesverbandes tätig. Wieweit sie für diese Arbeit honoriert worden ist, lassen die Unterlagen nicht erkennen. Insgesamt war ihre Stellung offensichtlich schwach. Gegenüber den Autoritäten im Pädagogischen Ausschuss, die nun auch die Frauenarbeit reformieren wollten, scheint sie sich nicht durchgesetzt zu haben. Am 17. November 1961 wurde die Stelle der Frauenreferentin im Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsens durch Vorstandsbeschluss aufgehoben. Ebel selbst wurde dabei nicht angehört, sondern erhielt die Mitteilung durch Grothoff, dem Vorsitzenden des Pädagogischen Ausschusses, und Geschäftsführer Wicke.

Unter Ebels Leitung fand vom 6. bis 8. Oktober 1960 in Bad Grund mit 25 Teilnehmenden eine Frauentagung unter dem Thema „Auseinandersetzung mit unseren östlichen Nachbarn“ bzw. „Stellung der Frau in der Sowjetunion“ statt. Am 15. November 1960 beschäftigte sich dann ein Unterausschuss des Pädagogischen Ausschusses, bestehend aus den Herren Grothoff, Thilo, Walter und Werner in Anwesenheit Ebels mit der Frauenarbeit des Landesverbandes. Er empfahl dem Vorstand eine Umfrage über den Stand der Frauenarbeit in den niedersächsischen Volkshochschulen und bat um Zustimmung für eine für April 1961 geplante weitere Frauentagung.

Die Umfrage wurde mit Rundschreiben Nr. 141 vom 5. Dezember 1960 verschickt, bis zum 20. Januar sollte die Antwort erfolgen, Rundschreiben Nr. 142 vom 13. Januar erinnerte noch einmal daran. Auf der Vorstandssitzung am 30. Januar 1961 erläuterte Geschäftsführer Wicke die ausgewerteten Ergebnisse. Die Umfrage habe gezeigt, „dass die Frauenbildungsarbeit in den niedersächsischen Volkshochschulen in erster Linie aus praktischen Kursen, wie Kochen und Nähen bestehe, „Aussprachekreise werden nur von den größeren Volkshochschulen durchgeführt“. Auch in dem Bericht Grothoffs von der unter seiner Leitung stattgefundenen Frauentagung im April 1961 in Bad Nenndorf unter dem Thema „Die Situation der Frau heute“ mit 35 Teilnehmenden vom 29. Mai klingt Kritik an. „Diese Tagung hat gezeigt, daß auf dem Gebiet der Frauenarbeit mehr als bisher getan werden muß.“ Auf der Mitgliederversammlung am 30. Oktober 1961 in

⁶⁹ Als inzwischen hauptamtliche Pädagogische Mitarbeiterin der VHS Hannover ist Klara Meyer erst am 30. September 1967 ausgeschieden.

Wilhelmshaven wies Groothoff ausdrücklich darauf hin, „dass gerade die Frauenarbeit in der Erwachsenenbildung in Zukunft einen großen Raum einnehmen werde“.

So wurde vom PA am 29. September für 1962 eine Frauentagung beschlossen, „die Voraussetzungen für weitere Frauentagungen schaffen soll. Weiterhin sollen 4 Bezirksgruppentagungen über Frauenbildung durchgeführt werden. Die Bezirksgruppen Lüneburg und Stade haben das Thema bereits behandelt.“

Ein über diese Tagung vorliegender Zeitungsbericht macht deutlich, welche inhaltlichen Vorstellungen über Frauenarbeit damals im Landesverband diskutiert wurden. Im Mittelpunkt stand das Referat Groothoffs: „Die Stellung der Frau in der modernen Gesellschaft“. Gegenüber früher habe sie sich grundlegend verändert. Die Frau müsse als Hausfrau und Mutter und als Berufstätige eine Doppelrolle spielen. „Die Emanzipation der Frau ist heute abgeschlossen, ihre äußere Gleichstellung mit dem Mann ist erreicht, ihre innere jedoch noch nicht. Immer noch ist der Einfluss der Frau begrenzt.“ Dann entwickelte Groothoff das damals aktuelle Dreiphasenmodell: „Am Anfang steht eine gründliche Berufsbildung und ein Wirken in der modernen Arbeitswelt. Bei der Verheiratung müsse die Frau aus dem Beruf ausscheiden, um sich der Erziehungsarbeit und der Versorgung ihres Haushalts widmen zu können. Als reife Frau soll sie dann mit 45 oder 50 Jahren ihre Berufsarbeit wieder aufnehmen.“

Die folgende Diskussion beschäftigte sich mit der Frage, welche Konsequenzen sich aus dieser Konzeption für die Arbeit der Volkshochschulen ergaben, die die Pflicht hätten, den Frauen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben zu helfen. Frauen, die zugleich Mutter- und Berufspflichten zu erfüllen hätten, seien überfordert. Es sei Aufgabe des Staates, Frauen in der Phase der Kindererziehung von ihren Berufspflichten zu entbinden, erst danach sollten sie in ihren beruflichen Arbeitskreis zurückkehren. Für die jüngeren Frauen und Mädchen werde die Volkshochschule weitere praktische Kurse einrichten, diese Bereiche kämen in der Regel „bei der frühzeitigen Berufsergreifung“ zu kurz. Sie müssten zugleich geistig-seelische Beratung und Hilfe für den späteren „Beruf“ als Hausfrau und Mutter geben. Für „geistig und seelisch tiefer veranlagte Mädchen“ werde die Volkshochschule Ausspracheabende mit älteren Frauen einrichten, „in denen man die kulturgeschichtliche Stellung der Frau in der Vergangenheit untersuchen und sie mit der Stellung der Frau in der heutigen, so grundlegend gewandelten Gesellschaft im industriellen Zeitalter vergleichen wird“.

Nach dem Ausscheiden Olga Ebels haben Eva Schmidt⁷⁰ und Brunotte⁷¹ die Frauenarbeit, speziell die Frauentagungen, organisiert, allerdings immer unter führender Mitwirkung des Pädagogischen Ausschusses insgesamt, insbesondere Groothoffs. So schlug Schmidt auf der Tagung des Pädagogischen Ausschusses in Berlin vom 9. bis 11. Dezember 1961 als Thema der nächsten Frauenbildungstagung „Die Bedeutung der Sprache“ vor, es wurde von Groothoff ausführlich erläutert. Der Ausschuss hielt jedoch dieses Thema für nicht geeignet und hielt an dem von ihm vorgeschlagenen Thema fest, das sich eng an das

⁷⁰ Jahresbericht LV 1962/63: Im DVV gehörte Eva Schmidt, Göttingen, dem „Arbeitskreis für Frauenreferentinnen“ an. 1963/64 keine Erwähnung dieses Arbeitskreises mehr.

⁷¹ Erika R. Brunotte, Diplompsychologin, vgl. Raapke, Seminarkurse, S. 36 ff., gab Psychologiekurse im Rahmen der Seminarkurse.

erwähnte Grootthoffsche Referat anschloss: „Die Lebensphasen der Frau in der industriellen Gesellschaft.“

Auf der Sitzung des Pädagogischen Ausschusses vom 19. Januar 1962 berichtete Schmidt über die Frauenbildungstagung des Deutschen Volkshochschulverbandes, die im Januar in Münster unter der Leitung von Frau Dr. Eva Otto stattfand. In der Aussprache wurde in Bezug auf die niedersächsischen Teilnehmenden kritisiert, dass der DVV seine Einladungen häufig direkt ohne Unterrichtung der Landesverbände verschicke, deshalb habe die Geschäftsstelle den Verband jetzt in einem Schreiben gebeten, die Einladungen an den Landesverband, „mithin also auch an den Pädagogischen Ausschuss zu richten, der Teilnehmer dann benennen wird“ – ein weiterer Hinweis darauf, dass der Pädagogische Ausschuss nach der Entlassung der Frauenreferentin in der Frauenbildungsarbeit die Richtlinien vorgeben wollte.

Auf derselben Sitzung berichtete Brunotte über die Planung der nächsten Frauenbildungstagung. „Das in Berlin beschlossene Thema wird nicht vorgeschlagen. Die nächste Frauenbildungstagung soll sich vielmehr mit den Problemen des jungen Hörers befassen, wobei eine soziologische und psychologische Betrachtung vorgesehen werden wird.“ Ein Unterausschuss mit den Göttingern Brunotte, Schmidt und Mertineit sollten das Programm vorbereiten. Schließlich wurde der Termin der Tagung auf den September unmittelbar vor der Mitgliederversammlung in Lüneburg festgelegt, sie sollte von Frau Dr. Ziegler und Grootthoff geleitet werden. Als Ziegler ablehnte und auch Grootthoff nur zeitweilig zur Verfügung stehen konnte, wurde die Leitung Schmidt und Beier übertragen, zusätzliche Einladungen sollten an Erna Blecke, Frauenreferentin des DVV, Frau Schramm, Göttingen, und Frau E. Flitz, Wilhelmshaven, verschickt werden.

Die Tagung fand schließlich vom 26. bis 29. September 1962 mit 29 Teilnehmerinnen statt. Es referierten Grootthoff über „Bildungsbedürfnisse junger Erwachsener“, Dr. Fromberg über „Umgang der Geschlechter miteinander“ und Eva Schmidt über „Sprachpflege in der Volkshochschule“. Das Referat Schmidts wurde veröffentlicht, „um es allen Volkshochschulen zugänglich zu machen“.⁷² Es behandelte „Erfahrungen aus dem Kursus ‚Deutsch für Beruf und öffentliches Wirken‘, Sprachpflege als Prinzip in Kursen mit besonderem Blick auf die Frauenarbeit, die Haltung des Erwachsenenbildners“.

Lebenskreis und Sprache, so wird ausgeführt, seien einander zugeordnet, die Verschiedenheit der Sprache einzelner Lebenskreise sei zunächst ein Hemmnis, um einander zu verstehen, dies gelte es, zu überwinden. In den Kursen müsse man den Hörer zum Sprecher machen, Hörer aber sprechen am bereitwilligsten, wenn sie ihrer Sache sicher sind. „So werden am ehesten Referate übernommen, die auf die Berufserfahrung einzelner aufbauen.“ Es folgen Ausführungen über die anschließende Diskussion und über die geschriebene Sprache. Sprachpflege sei nicht nur Sache der Deutschkurse, sondern die Grundlage aller Erwachsenenbildung. „Ins Gespräch kommen“, d. h. menschliche Kontakte finden, ist neben dem Wunsch nach beruflicher Fortbildung ein Hauptanliegen der weiblichen Hörer.“ Ein reiner Frauenarbeitskreis solle dies ermöglichen. Hatten die Frauen erst einmal erfahren, „daß sie in einem Kreis weiblicher Erwachsener in Gespräch und Diskussion bestehen können, wird ihnen die aktive Teilnahme an gemischten Kursen

⁷² VHS – Anregungen – Nachrichten – Termine Nr. 5, 1. Februar 1963, S. 125–134

möglich erscheinen. Der Begriff „Muttersprache“ zeige die besondere Verantwortung der Frau als Mutter für die Pflege der Sprache auf. Es folgen Ausführungen zum Verhältnis Hörer/Dozent und seiner Sprache.

Auch Ende 1962 beschloss der Pädagogische Ausschuss für das Jahr 1963 eine Frauenbildungstagung, als Termin wurde auf der Sitzung des Pädagogischen Ausschusses am 28. März der 10. bis 13. August, als Thema „Die Frau in Beruf und Öffentlichkeit“, als Ort die Heimvolkshochschule Jagdschloss Görde festgesetzt, die Leitung wurde Frau Dr. Maschmann übertragen. „Als Hauptreferentin wird Frau Dr. Helge Proß, Frankfurt, empfohlen. Da eine Beteiligung von Ausschußmitglied von Ausschußmitgliedern nicht zu erreichen ist, wird die Festlegung des Programms auf einen späteren Zeitpunkt vertagt.“

Auf der Vorstandssitzung vom 4. September 1963 berichtete Maschmann über die am 13. August 1963 in der Görde stattgefundene Frauenbildungstagung, „zu der noch ein kurzer Bericht im Mitteilungsblatt erscheinen soll. Diese Tagung nahm einen guten Verlauf. Die Beteiligung (40 Personen) war überraschend hoch. Besonders positiv hat sich die Teilnahme einiger Volkshochschulleiter ausgewirkt. Die Teilnehmer haben den Wunsch, im nächsten Jahr wieder eine Tagung durchzuführen, und zwar über politische Fragen.“ Der Jahresbericht 1963/1964 spricht von 39 Teilnehmerinnen. Das Thema sei gewesen: „Die Stellung der Frau in Beruf und Öffentlichkeit“, Referenten waren Brunotte, Proß, Maschmann und Gerth.

Die im Dezember 1963 vom Pädagogischen Ausschuss beschlossene Frauenbildungstagung für das Jahr 1964 war dann für Jahre die letzte im Mitarbeiterfortbildungsprogramm des Landesverbandes. Sie wurde von Ziegler, Maschmann, Brunotte und Schmidt vorbereitet und fand vom 7. bis 11. August 1964 unter der Leitung von Schmidt in Wöltingerode bei Bad Harzburg mit 43 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Thema: Die soziale Situation der Familie. Es wurden Referate gehalten von Frau Kai Fölster, Göttingen: Die soziale Situation der Familie in Schweden; Erika-Ruth Brunotte, Göttingen: Kurze Berichte über die soziale Situation der Familie in der Bundesrepublik; Dr. Flehsig, Göttingen: Was versteht die Familie heute unter moderner Erziehung?; Dr. Raapke, Göttingen: Politische Bildung in der Familie; Frau Dr. Grewe, Frankfurt: Familienprobleme und Erwachsenenbildung. Wicke berichtete aus der Vorstandssitzung vom 17. November 1964 über den Verlauf, das einzige weibliche Vorstandsmitglied Fuchs sprach sich sehr anerkennend aus.

Dass trotzdem die Frauenbildungstagungen nicht mehr fortgesetzt wurden, sondern sang- und klanglos für Jahre aus dem Mitarbeiterfortbildungsprogramm des niedersächsischen Landesverbandes verschwanden, hatte sicherlich mehrere Gründe. Im historischen Rückblick wird deutlich, dass die auf den Vorschlag Klara Meyers hin erfolgte Trennung von Vorstandsarbeit und pädagogischer Arbeit die Position der Frauenreferentin Ebel schwächte, zumal sie auch nicht dem Pädagogischen Ausschuss angehörte. Die für das Frauenbildungsprogramm nach dem Ausscheiden Klara Meyers 1960 in den Pädagogischen Ausschuss aufgenommenen beiden weiblichen Mitglieder Schmidt und Brunotte gehörten dem Ende 1964 berufenen Pädagogischen Ausschuss nicht mehr an, die beiden seit 1963 in den Ausschuss berufenen weiblichen Mitglieder Maschmann und Ziegler haben sich mit anderen Aufgaben befasst.

Als nach dem Tode von Martha Fuchs im Januar 1966 auf der Mitgliederversammlung in Hildesheim am 12. November 1966 von der Bezirksgruppe Lüneburg/Stade der Antrag gestellt wurde, auf den 1958 aufgenommenen Passus der Satzung zu verzichten, dass eine Frau Mitglied des Vorstands sein müsse, gab es keinen Widerspruch. Die Begründung, dies müsse geschehen, um den durch die Vertreter der Arbeitskreise vergrößerten Vorstand nicht arbeitsunfähig zu machen, scheint angesichts der bevorstehenden Veränderungen im Hinblick auf das erhoffte niedersächsische Erwachsenenbildungsgesetz die Versammlung vollkommen überzeugt zu haben.

4.3 Fachkurse/Zertifikatskurse/Schulabschlüsse im Zweiten Bildungsweg

Die Orientierung der pädagogischen Arbeit an den Anforderungen der Arbeitswelt und des Arbeitsplatzes begann im Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsens relativ früh.⁷³ Schon seit 1957 war die Rolle der Fachkurse Thema des Pädagogischen Ausschusses. Groothoff und Schulenberg waren an dieser Diskussion maßgeblich beteiligt. Sie referierten darüber im September 1958 im PA, und man kam dort zu dem Fazit: Die Fach- und Sprachkurse müssten mit der gleichen Intensität wie die übrigen Lehrgänge der Volkshochschulen durchgeführt werden. Sie würden von der Bevölkerung für die berufliche Arbeit gefordert. Groothoff und Schulenberg erarbeiteten Leitsätze zu der Frage „Sind die Fachkurse ein Teil der Aufgabe der Volkshochschulen?“ Die Leitertagung befasste sich 1959 mit dem Thema „Berufsbildung und Erwachsenenbildung“.

Kurse des Zweiten Bildungsweges waren in den Volkshochschulen Niedersachsens schon seit Ende der 40er- und Anfang der 50er-Jahre vereinzelt angeboten worden, zwei der ersten Volkshochschulen, die in diesem Bereich tätig wurden, waren Celle und Hameln. In Celle begannen im zweiten Trimester 1949 Kurse zum Erwerb der Mittleren Reife und im Frühjahr 1952 auf Vorschlag von Oberstadtdirektor Horstmann Kurse zum Erwerb des Abiturs. In Zusammenarbeit mit der Gewerblichen Berufsschule Celle wurde im Sommersemester 1955 ein „Förderlehrgang zur Vorbereitung auf die Aufnahmeprüfung an Ingenieurschulen“ durchgeführt.⁷⁴ In Hameln begann VHS-Leiter Karge mit der Durchführung von Mittelschulkursen. Ein erster Versuch war 1951 gescheitert. Es wird auf die guten Erfahrungen in Hannover, Celle und Uelzen verwiesen; bis 1962 kamen zwei Kurse zustande, ein dritter nicht mehr. Auf die Bedeutung eines Volksschulabschlusses für das berufliche Vorwärtkommen im Gegensatz zum bloßen Abgangszeugnis wies die VHS Hameln erstmals 1965 hin, es kamen mehrere Kurse zustande.

Auch Kultusminister Voigt betonte bei seiner Rede auf der Mitgliederversammlung in Braunschweig 1959 die Bedeutung des zweiten Bildungsweges, wo schon einiges geschehen sei, das Braunschweig-Kolleg und das Propädeutikum in Wilhelmshaven werden als wichtigste Institution genannt.

⁷³ Dazu Edgar Sauter: Erwachsenenbildung in Relation zum Arbeitsmarkt. In: Enzyklopädie Erziehungswissenschaft, Bd. 1: Erwachsenenbildung, Hgg. Enno Schmitz/Hans Tietgens, Stuttgart 1984, S. 187–209

⁷⁴ Vgl. Asmus, S. 28. Die Übersicht über die Celler VHS-Lehrgänge zum Zweiten Bildungsweg.

Am 16. Juni 1961 war der Zweite Bildungsweg ein Thema bei der Tagung der Bezirksgruppe Ostfriesland, zu der die Volkshochschule Leer und die LAG „Arbeit und Leben“ nach Norden eingeladen hatten. Aus dem zusammenfassenden Bericht geht hervor, dass zunächst Carl Schmarbeck, Geschäftsführer der VHS Leer, hervorhob, dass auch nach etwaiger Schulreform der Zweite Bildungsweg notwendig sein werde, da ein starres staatliches Schulsystem nicht so schnell auf die veränderten Anforderungen der Gesellschaft reagieren könne. Professor Bollnow, Leiter des Propädeutikums in Wilhelmshaven, beschrieb dann die in Niedersachsen bestehenden acht Wege zur Hochschulreife. „Neben den Abendgymnasien, der Begabtenprüfung, der schulfremden Prüfung und den Abschlussprüfungen an Fachschulen sind es besonders das Braunschweig-Kolleg und das Propädeutikum, die jungen Menschen den Weg zur Hochschulreife ermöglichen. Niedersachsen ist seit 1945 auf diesem Weg führend geworden.“⁷⁵

Berufsschuldirektor Ulfers stellte dann kurz die Möglichkeiten der Berufsaufbauschule dar. In der Diskussion wurde festgestellt, dass fast überhaupt nichts für die kaufmännischen Berufe, die Verwaltungsberufe und insbesondere für die Mädchen getan werde. Hier müsste die Arbeit der Volkshochschule, der Heimvolkshochschule und von „Arbeit und Leben“ beginnen. „Es wird nicht möglich sein, direkte Vorbereitungskurse einzurichten, aber es müssten Arbeitsgemeinschaften angeboten werden, die den Horizont erweitern, und erst dann den Anstoß zur Weiterbildung der Teilnehmer geben. Gerade in Ostfriesland müssten neue Möglichkeiten erschlossen werden.“

Alle Kurse des Zweiten Bildungswegs, Hauptschul- und Realschulabschluss, Abitur, Zulassungsprüfungen zu den Pädagogischen Hochschulen wurden 1966 auf Initiative des Pädagogischen Beirates auf Landesebene verstärkt angeboten. Der Beirat verfasste „Empfehlungen zur Einrichtung von Vorbereitungslehrgängen von Schulabschlüssen“, die der Landesverband mit Schreiben vom 20. September 1966 an seine Mitglieder versandte. In Lüneburg z. B. wurde darauf sofort reagiert. Schon Anfang Dezember 1966 beschloss der Kulturausschuss der Stadt, dem Verwaltungsausschuss die Einrichtung von VHS-Vorbereitungslehrgängen zur Erlangung des Volksschulabschlusszeugnisses zu empfehlen.

Ein vom Beirat eingesetzter Unterausschuss aus Dr. Ziegler, VHS Hannover, Beier, VHS Wolfsburg, Keschull, VHS Leer, und Walter, Braunschweig, sollte Empfehlungen für Volkshochschulkurse ausarbeiten, die zur Mittleren Reife und zum Abitur führten. Am 26. April 1967 fand unter dem Vorsitz von Schulenberg eine Konferenz mit Professoren der Pädagogischen Hochschulen Niedersachsens in Hannover statt. „Der Zweck der Konferenz soll ein Erfahrungsaustausch über die Vorbereitung von Nichtabiturienten für die Aufnahmeprüfung und das Studium an Pädagogischen Hochschulen in Niedersachsen sein.“ Zunächst berichteten die Volkshochschulleiter aus Oldenburg, Emden, Leer, Göttingen und Hannover über ihre Erfahrungen mit diesen speziellen Abendlehrgängen. Dabei wurden die großen Unterschiede zwischen den Kursen deutlich. Sie wurden mit den unterschiedlichen Anforderungen der einzelnen Pädagogischen Hochschulen begründet. Einheitliche Voraussetzungen waren zu wünschen. Auch die Pädagogischen Hochschulen formulierten Probleme. „Die Aufnahme einer relativ hohen Quote von Nichtabiturienten

⁷⁵ Die im Privatarchiv Keschull vorhandene Teilnehmerliste enthält die Namen von zwei ehemaligen Wilhelmshavener Propädeuten und von zwei Diplom-Sozialwirten der Hochschule für Sozialwissenschaften.

hat neben den bekannten positiven Wirkungen aber für die Pädagogischen Hochschulen auch die Gefahr der Diskriminierung gegenüber den älteren wissenschaftlichen Hochschulen zur Folge“, vermerkt das Protokoll. Etwa 10–15 % der PH-Studenten erhielten ihren Zugang über die Aufnahmeprüfung für die Nichtabiturienten.

Auch der im September 1967 gebildete Kontaktausschuss für die Zusammenarbeit von Volkshochschulen und Heimvolkshochschulen beschäftigte sich u. a. mit der „Vorbereitung eines gemeinsamen Projektes zur Orientierung von Interessenten für den Zweiten Bildungsweg“.

Der PB setzte 1967 einen Ausschuss ein, bestehend aus Ziegler, Beier, Keschull, Schloesser und Walter, der Empfehlungen für Kurse an Volkshochschulen vorbereiten sollte, „die zur Mittleren Reife und zum Abitur führen“. Auch wurde dem Vorstand vom PB eine Studienkommission empfohlen, „die die didaktischen und methodischen Möglichkeiten eines dritten Bildungsweges grundsätzlich prüfen und Kurse mit Abschlußqualifikationen planen soll“.

Die erste Pädagogische Konferenz befasste sich am 14. Oktober 1967 mit dem von Professor Knoll, Bochum und seinen Mitarbeitern entwickelten Plan einer „Mittleren Reife für Erwachsene“ (Bochumer Plan) und den von Schulenberg vorgelegten Entwurf eines Studienprogramms für Volkshochschulen nach dem Baukastensystem (Schulenberg-Plan). Im Zusammenhang mit dem Bochumer Plan wurde über die bisherigen Kurse der Volkshochschulen für die Mittlere Reife gesprochen und festgestellt, dass sie nicht den Anforderungen an ein erwachsenengemäßes Lernen entsprachen. Der Bochumer Plan trage einem Teil dieser Bedenken bereits Rechnung, er sei ein neuer Schritt auf dem Zweiten Bildungsweg, doch gäbe er den Erwachsenen immer noch keine adäquaten Möglichkeiten der Fortbildung, es bestünden Zweifel, ob er realisiert werden könne. Schulenburgs „Niedersachsenplan“ wurde positiv diskutiert. Vordringlich sei jetzt die Entwicklung von Zertifikaten, Überlegungen für ein Gesamtdiplom standen in zweiter Linie. „Die Arbeitsgruppe regte an, daß durch die geplante Studienkommission, die sich mit der Entwicklung dieses Planes befassen wird, auch die Voraussetzungen für die Realisierung dieses Planes, beispielsweise im ländlichen Bereich noch einmal überprüft werden.“ Der Vorstand berief am Ende des Jahres die „Kommission zur Planung der Erwachsenenstudien“. Grundlagen für die Überlegungen in dieser Kommission sollte das Schulenberg-Konzept „Plan a) für die Entwicklung der deutschen Volkshochschulen“ sein, der zum ersten Mal auf einer Klausurtagung in Hustedt am 16./17. Juni 1967 vorgetragen worden war. „Als erste Maßnahme für die Verwirklichung dieses Plans hat der Pädagogische Beirat die Einführung des Volkshochschulzertifikats für Englisch empfohlen“.⁷⁶

Über diese Studienkommission und den Schulenberg-Plan berichtete Raffert am 23. Mai 1968 in der Hannoverschen Presse. Er werde konkretisiert durch die gerade erfolgte Einführung eines Englischzertifikats an mehreren Volkshochschulen und durch die steigende Zahl von Schulabschlüssen an den Volkshochschulen. Der Plan sei die Grundlage

⁷⁶ Jahresbericht 1966/1967, S. 10 und „vhs in niedersachsen“, Nr. 2/1967 vom Juli 1967: Volkshochschulen erteilen Diplome. Zusammenfassend: Hans-Dietrich Raapke, Helmut Skowronek, unter Mitarbeit von Horst von Gizycki und Joachim Leuschner: Seminarurse. Die Mitarbeit der Universität an der Erwachsenenbildung, hrsg. vom Niedersächsischen Kultusministerium, Hannover 1962.

für eine besondere Studienkommission, „die neue Formen, Inhalte, Methoden und Ziele für das Lernen mit Erwachsenen berät und vorschlägt“.

Auf der Sitzung des Pädagogischen Ausschusses am 28. September 1970 legte der Pädagogische Assistent Gotter dar, dass es Fortschritte gäbe für die Anerkennung von Abendober- und Abendrealschulen nach dem Ausbildungsförderungsgesetz. Die ersten Einrichtungen würden bereits anerkannt, mit weiteren Anerkennungen sei zu rechnen.

5. Zusammenarbeit mit Universität, Pädagogischen Hochschulen und Schulen

5.1 Die Seminarkurse

Britische Besatzungsmacht und Niedersächsisches Kultusministerium hatten sich nach 1945 um eine enge Verbindung des Landesverbandes mit der Landesuniversität Göttingen bemüht. Diese erste Phase blieb aus verschiedenen Gründen ohne Ergebnis, das geplante „Volksbildungsinstitut“ an der Universität Göttingen unter der Leitung Borinskis kam nicht zustande.

Ein zweiter, in jeder Hinsicht bescheidenerer Versuch aber war erfolgreich.⁷⁷ Im Dezember 1955 stimmte der Senat der Universität Göttingen der Initiative des Kultusministeriums zu, unter der Leitung von Strzelewicz Seminarkurse nach dem englischen Modell der „Tutorial Classes“ an der Universität einzurichten. Anfang 1957 wollte man aufgrund der gemachten Erfahrungen dann endgültig über die institutionelle Regelung der Kurstätigkeit entscheiden. Plessner, Ordinarius für Soziologie an der Universität Göttingen, wurde als Mitglied der Senatskommission „Fragen der Erwachsenenbildung“ mit der Aufsicht über die Kurse betraut.

Die Finanzierung übernahm in einem eigenen Etatposten das Kultusministerium. Die ersten elf Kurse mit jeweils 20 Doppelstunden begannen unter der Leitung von acht Wissenschaftlern an Volkshochschulen in der näheren Umgebung Göttingens. Sie waren so erfolgreich, dass der Senat die Fortführung billigte und schließlich die Seminarkurse als eigene Institution inkorporierte: Sie wurden 1958 dem Institut für Unterricht und Erziehung der Universität Göttingen angeschlossen.

Auf der Mitgliederversammlung des Landesverbandes am 23. Juni 1956 berichtete Dolff in Vertretung des erkrankten Strzelewicz zum ersten Mal über die Seminarkurse, er wurde von Lotze ergänzt: Das Programm werde sich in Zukunft noch wesentlich erweitern lassen, denn die Leiter der Volkshochschulen hatten den Bericht von Dr. Strzelewicz vollinhaltlich bestätigt. Auf die Frage, ob die Kurse auch in Orten durchgeführt werden konnten, die nicht in der Umgebung Göttingens lagen, erwiderte Alfken, man möge warten, bis die Entwicklung in Göttingen endgültig geklärt sei. Dann seien auch ähnliche Einrichtungen bei den Technischen Hochschulen in Hannover und Braunschweig möglich. Im vorgelegten Jahresbericht 1955/1956 hieß es, der Landesverband habe den Bund bei der Einrichtung der Seminarkurse unterstützt, an sieben Volkshochschulen hätten elf Kurse stattgefunden. „Nach den ersten Erfahrungen kann erwartet werden, dass sich dieses Projekt erfolgreich erweitern läßt.“

Auf der Mitgliederversammlung am 21. Juni 1958 in Osnabrück nannte Lotze „als bedeutsame Ereignisse im letzten Jahr“ die Herausgabe des Buches von Schulenberg „Ansatz und Wirksamkeit der Erwachsenenbildung“ und das Buch „Erwachsenenbildung“

⁷⁷ Dazu zusammenfassend Hans-Dietrich Raapke, Helmut Skowronek, unter Mitarbeit von Horst Gizycki und Joachim Leuschner: Seminarkurse. Die Mitarbeit der Universität an der der Erwachsenenbildung, hrsg. vom Niedersächsischen Kultusministerium, Hannover 1962.

von Professor Ballauf. „Ein weiteres Ereignis ist der Lehrauftrag über Erwachsenenbildung für Herrn Dr. Strzelewicz an der Universität Göttingen.“

Vom 13. bis 15. Mai 1959 wurde von der Pädagogischen Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschulverbandes und dem Sekretariat für Seminarkurse in Göttingen eine Tagung mit dem Thema „Die Universität in der Erwachsenenbildung“ veranstaltet. Der zusammenfassende Bericht von Willy Strzelewicz wurde veröffentlicht.⁷⁸

Im Jahresbericht 1959/1960 heißt es über die Seminarkurse, dass die gemeinsamen Probleme in einem Ausschuss geklärt wurden, dem Vertreter des Sekretariats für Seminarkurse und als Vorstandsmitglieder des Landesverbandes die Herren Lührs, Kreter und Dr. Fischer angehörten, und im Bericht 1960/1961: „Die langfristigen Seminarkurse sind eine wertvolle Ergänzung der Volkshochschularbeit.“ Auf der Mitgliederversammlung im September 1960 hatte Wiechert berichtet, dass von 43 Seminarkursen 35 in den Volkshochschulen durchgeführt wurden, ein weiterer Ausbau werde gewünscht, wie der vorliegende Antrag der Bezirksgruppe Weser-Ems zeige, der auch Seminarkurse im nördlichen Niedersachsen forderte.

Über die besonderen Kennzeichen der Seminarkurse, die Lehrkräfte, das Sekretariat, die Planung, Themen- und Stoffauswahl, methodische Fragen und Arbeitsformen informierte 1962 zusammenfassend Raapke. Lehrkräfte waren vorwiegend Assistenten, Habilitanden oder andere jüngere Akademiker. Ihre Vorbereitung fand vor allem in den Übungen zur Soziologie und Methodik der Erwachsenenbildung statt, die Strzelewicz aufgrund seines Lehrauftrages seit 1958 an der Universität Göttingen abhielt, und in etwa vierwöchigen Konferenzen. Nach sieben Jahren gab es etwa 30 Kursleiter. Außerhalb der Seminarkurse gab es gemeinsame Arbeitstagungen mit den Volkshochschulen. Der Wechsel bei den überwiegend nebenamtlich tätigen Lehrkräften war relativ groß. Die hauptamtlichen Mitarbeiter sollten dann die Kontinuität der Kursarbeit gewährleisten. Sie sollten auch „von der Arbeit in den Seminarkursen her die Erwachsenenbildung im Allgemeinen, die Bedingungen ihrer Arbeit und Methoden selbst zum Gegenstand wissenschaftlicher Erörterung und Forschung“ machen, „gerade dies muss von der Universität als eine spezifische Aufgabe innerhalb ihrer Beteiligung an der Erwachsenenbildung geleistet werden“, so Raapke 1962 unter Hinweis auf die schon betriebenen Forschungsvorhaben. „Im Erfahrungsaustausch über die Kursarbeit und im Zusammenhang mit dieser Untersuchung ist etwas entstanden, was im Raum der deutschen Universität sonst kaum möglich erscheint, nämlich die gemeinsame Arbeit jüngerer Wissenschaftler aus verschiedenen Fachgebieten an einem Problem.“

Hauptamtlicher Leiter des Sekretariats war bis 1960 Strzelewicz, dann erfolgte sie durch ihn nebenamtlich in Verbindung mit seinem Lehrauftrag für Methodik und Soziologie der Erwachsenenbildung an der Universität Göttingen. Die unmittelbare Verantwortung wurde einem Geschäftsführer, nämlich Raapke, übertragen; zwei Mitarbeiter wurden langfristig und hauptberuflich eingestellt (v. Gisycki und Skowronek), die verpflichtet sind, je drei Kurse im Studienjahr zu halten. „Geschäftsführer und hauptamtliche Kräfte sind

⁷⁸ Willy Strzelewicz: Seminarkurse. Die Mitarbeit der Universität an der Erwachsenenbildung. Ein Göttinger Bericht, hgg. v. Sekretariat für Seminarkurse, Göttingen 1959

aber immer und in erster Linie wissenschaftlich in ihrem Fach tätig, denn nur dadurch qualifizieren sie sich als Leiter für Seminarkurse.“ Es gab eine Sekretärin.

Die Volkshochschulleiter wählten aus der Zusammenstellung der Seminarkurse ihren Kurs aus, das Sekretariat übernahm dann die Vermittlung zwischen Volkshochschule und Kursleiter. Der Veranstalter warb die Teilnehmer.

Im Januar 1962 fand in Zusammenarbeit mit dem DVV in Göttingen eine Arbeitstagung von Vertretern der an den Seminarkursen beteiligten und interessierten Universitäten statt, es kam zur Bildung eines Arbeitskreises, der „den Austausch von Erfahrungen über alle mit der Seminarkursarbeit zusammenhängenden Probleme“ fördern „und die Verbindung zur internationalen Entwicklung der extra-muralen Tätigkeit der Universitäten“ erreichen wollte.

Raapke war 1962 überzeugt, dass es für die weitere Entwicklung der Mitarbeit der Universität an der Erwachsenenbildung von grundsätzlicher Bedeutung sei, „ob und in welcher Weise die Universitäten die Seminarkurse als institutionell zu ihrer eigenen Sache machen und der Aufsicht ihrer Selbstverwaltungsorgane unterstellen“. Auch würde man bei der Institutionalisierung der Seminarkurse in den Universitäten Wesentliches versäumen, „wenn man nicht von vornherein vorsieht, daß die Mitarbeiter in den zentralen Kontaktstellen bzw. Sekretariaten für Forschungen im Bereich der Erwachsenenbildung herangezogen werden. Hier besteht nämlich ein wichtiger Sinn- und Funktionszusammenhang, der sowohl praktische Bedeutung hat als auch allein dem Wesen der Universität gerecht wird.“ Von der Universität sollte die Erwachsenenbildung „die für ihre qualitative Weiterentwicklung notwendige Erforschung ihrer Voraussetzungen, ihrer Methoden und ihrer Geschichte und ebenso eine Unterstützung in der Heranbildung ihrer Lehrkräfte erwarten können“. Beide Aspekte der Universitätsmitarbeit, die praktische Kursarbeit wie Forschung und Lehre, müssten eine institutionelle Verankerung in der Universität finden. Weiter heißt es zuletzt auf Seite 72: „Wahrscheinlich könnte gerade von dieser Stelle eines unmittelbaren Kontaktes von Universität und allgemeinem Bildungswesen ein wesentlicher Ansporn zur Erforschung unserer Bildungssituation überhaupt ausgehen. Denn Bildungsforschung ist in der modernen Gesellschaft dringend nötig (...) Die Arbeit in den Seminarkursen versteht sich als ein Bemühen unter vielen, unsere Bildungseinrichtungen den steigenden Anforderungen gewachsen zu machen. Allerdings gewinnt sie – trotz der bisher bestehenden quantitativen Unauffälligkeit – eine besondere Bedeutung aus dem erklärten Willen, in unserer sich demokratisierenden und von Wissenschaft geprägten Welt die notwendige Verflechtung von Universität und Gesellschaft zu fördern und sich dabei sowohl im Dienst der Wissenschaft wie der Erwachsenenbildung zu stellen.“ In den drei Jahresberichten des Landesverbandes von 1962/1963 bis 1965/1966 gibt es einen Abschnitt „Sekretariat für Seminarkurse“. Dort heißt es: „Ein ausführlicher Bericht über die Tätigkeit des Sekretariats erscheint in der nächsten Ausgabe unseres Mitteilungsblattes.“ Von etwa 50 Seminarkursen seien 42 in Volkshochschulen durchgeführt worden mit etwa 100 Teilnehmern. Gedankt wird insbesondere Strzelewicz und Raapke.

Im Jahresbericht 1963/1964 heißt es, dass an den jährlich einmal veranstalteten Arbeitstagungen des Sekretariats für Seminarkurse viele Volkshochschulleiter teilgenommen hätten. Von den 49 Seminarkursen seien 42 in Volkshochschulen durchgeführt worden.

„Zum ersten Mal konnten zwei Seminarkurse mit Wissenschaftlern der Technischen Hochschule Hannover veranstaltet werden. Leider verliefen die Verhandlungen zur Einrichtung von Seminarkursen bei der Universität Hamburg ergebnislos.“ Gedankt wird wieder Strzelewicz und Raapke.

Im Jahresbericht 1964/1965 wird die nun zehnjährige Tätigkeit des Sekretariats konstatiert. „Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 402 Seminarkurse über 3 Wochen durchgeführt.“ Im Bereich der Volkshochschulen hätten im Berichtszeitraum 45 Seminarkurse stattgefunden, die Volkshochschulen werden genannt.

„Am 10. Juni 1964 hat der Senat der Universität Göttingen die Institutionalisierung der Seminarkurse in Form einer ‚Zentralstelle für auswärtige Seminarkurse der Universität Göttingen‘ beschlossen. Diese Zentralstelle wird einem Arbeitsausschuss unterstehen, in dem der Rektor den Vorsitz führt und dem Vertreter jeder Fakultät angehören. Der Beschluß wird zum 1. Januar 1966 wirksam.“ „Dem langjährigen Leiter und Geschäftsführer des Sekretariats für Seminarkurse“, Raapke, wird anlässlich seines Ausscheidens – er übernahm den Lehrstuhl für Pädagogik an der PH Oldenburg – gedankt. „Mit seinem Nachfolger in Göttingen, Dr. Jenkner, erhoffen wir uns ebenfalls eine gute Zusammenarbeit.“

Seit 13. September 1965 war Dr. Siegfried Jenkner Leiter der Zentralstelle für auswärtige Seminarkurse der Universität Göttingen. Im Jahresbericht 1965/1966 heißt es nur summarisch: „Seit Jahren besteht eine enge Verbindung mit der Zentralstelle für Auswärtige Seminarkurse der Universität Göttingen, die auch im letzten Jahr erfolgreich fortgesetzt werden konnte.“ Im Jahresbericht 1966/1967 heißt es: „Enge Verbindungen bestehen seit Jahren zur Zentralstelle für auswärtige Seminarkurse der Universität Göttingen und zum Sekretariat für Seminarkurse in Verbindung mit Instituten der TH Hannover.“

Die Seminarkursstelle an der TU Hannover war 1966 begründet worden, ein hauptamtlicher Geschäftsführer Dr. Werner Schneider war Mitglied des Pädagogischen Beirats des Landesverbandes. In Göttingen wurde im Januar 1970 Hans Dieter Schmitz der Nachfolger Jenkners. Er wurde am 20. Dezember 1969 Mitglied des Pädagogischen Beirats des Landesverbandes.

5.2 Zusammenarbeit mit den Pädagogischen Hochschulen und Schulen

Die Zusammenarbeit der Volkshochschulen mit den Pädagogischen Hochschulen hatte nach 1945 insbesondere auf dem Gebiet der Mitarbeiterfortbildung begonnen. „Mit den Pädagogischen Hochschulen verbindet uns vieles.“ Man müsse berücksichtigen, dass der Volksschullehrer, besonders in den ländlichen Gemeinden, von seinem Beruf her vor Aufgaben der Erwachsenenbildung gestellt werde, auf die er sich vorbereiten solle.⁷⁹

Auch hier gingen offensichtlich die Initiativen von Lotze aus. So spricht Borinski auf einer Vorstandssitzung am 22. Juli 195 von einer im Juli stattgefundenen Besprechung mit den

⁷⁹ Hustedt, Brief, Sommer 1955, S. 13f., Pädagogisches Studium und Erwachsenenbildung (G.W.)

Pädagogischen Hochschulen, zu denen der Landesverband keine Einladung erhalten habe. Daraufhin berichtete Heidorn, „diese Konferenz habe zu keinen abschließenden Entscheidungen geführt“. Man könne dem Ministerium das Initiativrecht nicht abstreiten. Matull, Matthias und Borinski bedauerten daraufhin, dass die Einladung zu diesem Gespräch unterblieben sei.

Auf der Vorstandssitzung vom 5. Januar 1953 verlas Ebbighausen ein Schreiben Lotzes, wonach Volkshochschulen gebeten werden sollten, die Bemühungen der Pädagogischen Hochschulen um geeigneten Lehrernachwuchs zu unterstützen.

Auf der Vorstandssitzung am 18. Februar 1955 wurde eine Einladung der HVHS Hustedt über eine Tagung mit Vertretern der Pädagogischer Hochschulen Niedersachsens verlesen und eine Anzahl Vorstandsvertreter gebeten, daran teilzunehmen.

Diese Tagung in Hustedt fand vom 8. bis 11. März 1955 statt, sie markiert den Beginn einer systematischen Zusammenarbeit zwischen Erwachsenenbildung und Pädagogischen Hochschulen. „Alle Erwachsenenbildungsorganisationen Niedersachsens schickten Delegierte, und von fast allen Pädagogischen Hochschulen waren Professoren, Assistenten und Studierende erschienen.“ Die Teilnehmer stellten Empfehlungen zusammen, „die inzwischen allen interessierten Stellen zugegangen sind“, und legten vier Schwerpunkte der Zusammenarbeit fest:

1. An den Pädagogischen Hochschulen sollen die Studenten in die Probleme der Erwachsenenbildung eingeführt und wissenschaftliche Arbeiten über Themen der Erwachsenenbildung sollten angeregt und unterstützt werden.
2. Die Einführung in die Praxis der Erwachsenenbildung kann durch Hospitation und durch Mitarbeit an den Kursen der Abendvolkshochschulen erfolgen.
3. Die Lehrerfortbildung und die Arbeitsgemeinschaft der Junglehrer werden sich mit Fragen der Erwachsenenbildung beschäftigen.
4. In den Volkshochschulen Niedersachsens werden Studenten ein Sozialpraktikum durchführen.

Dieser letzten Aufgabe wollte sich die HVHS Jägerei Hustedt besonders annehmen.⁸⁰

Auf der Vorstandssitzung vom 1. Dezember 1955 wies Thiede darauf hin, dass vom Landesverband Verbindungsleute zu den Pädagogischen Hochschulen benannt werden müssten. Es wurden Heine und Schardt benannt. Vom 1. bis 7. Januar 1956 fand wiederum ein Grundsatzgespräch zwischen Professoren der Pädagogischen Hochschulen und Erwachsenenbildnern in Niedersachsen statt. Träger war der Niedersächsische Bund für freie Erwachsenenbildung. Vom 25. bis 30. Juni 1956 gab es in der HVHS Hustedt eine Lehrerarbeitswoche für Lehrer an öffentlichen Schulen unter den Thema: „Schuldienst und Erwachsenenbildung“, Träger war das Kultusministerium.

Auf der Vorstandssitzung vom 8. November 1956 stimmte der Vorstand den Vorschlägen des Kultusministeriums betr. der Beziehungen zu den Pädagogischen Hochschulen zu. „Herr Kreter bittet noch einmal, ein Gespräch des Vorstandes mit den

⁸⁰ Vgl. Tätigkeitsbericht Mai 1968/Mai 1970, Archiv LV

Herren Lotze und Strzelewicz anzuregen, um die Schwierigkeiten zu erörtern, die sich durch die Seminarkurse für die Zusammenarbeit mit den Pädagogischen Hochschulen ergeben.“

Im Jahresbericht des Landesverbandes von 1957/1958 heißt es: „Vor allem bei der Zusammenarbeit zwischen dem Landesverband und den Hochschulen (...) erwies sich die Unterstützung des Kultusministeriums als besonders wertvoll.“

Schwierigkeiten gab es immer wieder bei der Mitarbeit der Lehrer in den Volkshochschulen. So wies Dr. Franz auf der Sitzung des Pädagogischen Ausschusses am 2. August 1958 auf die Probleme der VHS Wilhelmshaven hin: Durch die mangelnde Unterstützung der Schulaufsichtsbehörde werde es den Lehrern zunehmend schwer gemacht, in der Erwachsenenbildung mitzuarbeiten. Der Vorstand möge sich mit dieser Frage befassen. „Das Problem der Meldepflicht der Lehrer über Nebenarbeiten bedarf einer eingehenden Klärung.“

Eine engere Zusammenarbeit ergab sich dann über die Kurse für Nichtabiturienten. Auf der im April 1967 auf Einladung des Pädagogischen Beirates durchgeführten Konferenz mit Professoren aller Pädagogischen Hochschulen Niedersachsens und den Leitern von Abend- und Heimvolkshochschulen in Hannover wurden die Kurse für Nichtabiturienten erörtert, die auf die Aufnahmeprüfung der Pädagogischen Hochschulen vorbereiteten. Die jetzigen Kontakte sollten fortgesetzt werden.⁸¹

Um neue Mitarbeiter für die Volkshochschulen zu gewinnen, organisierte der Landesverband vom 9. bis 12. Juli 1959 ein Junglehrerseminar in der Heimvolkshochschule Hustedt. 36 junge Lehrer aus Junglehrerarbeitsgemeinschaften nahmen teil. „Die Kreisvolkshochschule Alfeld hat aus diesem Seminar wertvolle Mitarbeiter für die Volkshochschularbeit gewinnen können“, hieß es darüber im Jahresbericht 1959/1960. Eine zweite Tagung fand vom 15. bis 18. Januar 1960 in Norderney statt, hier beteiligten sich sämtliche Schulleiter des Schulaufsichtskreises Emden. 1960/1961 folgten drei Tagungen: eine Tagung des Schulaufsichtsbezirks Gandersheim mit 36 Junglehrern über Aufgaben der Erwachsenenbildung, in Hustedt unter der Leitung von Steinmetz eine Tagung des Schulaufsichtsbezirks Rotenburg mit 47 Schulleitern größerer Volksschulen, in der Görde unter der Leitung von Adickes eine Tagung über Aufgaben und Methoden der Volkshochschularbeit und eine Tagung mit Lehrkräften aus den beiden Nienburger Schulaufsichtsbezirken mit 38 Lehrkräften, die Ostern 1962 ein neuntes Schuljahr übernehmen sollten. Die Leitung hatte Schulrätin Crelle, unterstützt von Fabian und Joel Brand, Tel Aviv.

Zusammenfassend heißt es darüber im Jahresbericht 1965/1966: „Die seit 1955 regelmäßig durchgeführten Tagungen mit Schulleitern, Schulräten, Lehrern des 9. Schuljahres, Lehrern des 10. Schuljahres an Realschulen, Lehrern in Mittelpunktschulen, Oberstudiendirektoren und Studienreferendaren, Oberkreisdirektoren und einigen anderen Gruppen haben gute Erfolge gezeitigt. Dieser Sektor unserer Arbeit hat so starke Beachtung gefunden, dass der Deutsche Volkshochschulverband darüber eine von Mitarbeitern unseres Verbandes verfasste Schrift herausbringt, die demnächst erscheint.“

⁸¹ Jahresbericht 1966/68

6. Zusammenarbeit mit den Medien

6.1 Die Filmarbeit des Landesverbandes

Auf der Vorstandssitzung am 22. August 1956 wurde Hans Luken, Salzgitter zum Film- und Rundfunkreferenten des Landesverbandes ernannt. Im Jahresbericht 1957/1958 ist ein Abschnitt über „Filmarbeit“ enthalten. Dort wird von einem Filmseminar berichtet, das vom 4. bis 7. Januar 1958 unter der Leitung von Dr. Gerth und Dr. Tietgens in der Gohrde durchgeführt wurde. „Da der Spielfilm eine immer wachsendere Bedeutung für die Volkshochschularbeit hat, schien es angebracht, auf dieser Veranstaltung diese Fragen zu diskutieren: Wie beurteilt man den Film? Wie diskutiert man über den Film im Rahmen der Volkshochschularbeit?“ In den Städten werde teilweise mit den Filmclubs intensive Filmarbeit betrieben. „Dort, wo Filmclubs nicht existieren, hat sich die Filmarbeitsgemeinschaft der Volkshochschulen dieser Aufgabe mit Erfolg angenommen. Stärker als bisher wurde der Film als Arbeitsmittel eingeschaltet. Die Filmtage Salzgitter boten neue 16-mm-Filme. In diesem Jahr standen neben Kultur- und Dokumentarfilmen auch Spielfilme zur Diskussion. Die Auswertungsergebnisse werden allen Volkshochschulen im Lande Niedersachsen zugeschickt. Hierdurch ist eine wesentliche Arbeitserleichterung bei der Filmbeschaffung gegeben.“ Der Bericht spricht von filmkundlichen Tagungen und Wochenendlehrgängen, in denen in Filmtechnik, Filmgeschichte, Filmwirtschaft Filmkunst usw. eingeführt worden sei. Filmseminare und Lehrgänge seien vom Filmreferenten in Salzgitter, Langeisheim, Schöppenstedt, Wolfenbüttel und Helmstedt durchgeführt worden. Der Filmreferent sei auch als Gastreferent für Filmfragen bei verschiedenen Organisationen um Veranstaltungen tätig gewesen.

6.2 Die Rundfunkarbeit des Landesverbandes

Übereinstimmend mit den Intentionen der britischen Besatzungsmacht und danach des Niedersächsischen Kultusministeriums hat sich der Landesverband schon seit seiner Gründung mit Rundfunkfragen beschäftigt. Im November 1948 wurde Borinski vom Vorstand des Landesverbandes zum Vertreter der Erwachsenenbildung im Rundfunkrat des WDR gewählt, gleichzeitig wurde Grimme Generaldirektor des NWDR. In der Hamburger Rundfunkschule fanden mehrere Tagungen statt, auf denen auch niedersächsische Teilnehmer vertreten waren. Zu Rundfunkreferenten des Landesverbandes wurden Wellner und Borinski gewählt, Letzterer betätigte sich auf diesem Gebiet aber vorwiegend nur auf überregionaler Ebene, während Wellner 1950 bis 1952 die Gründung sogenannter „Abhörgruppen“ an den niedersächsischen Volkshochschulen in die Wege leitete und mit Vertretern des NWDR Tagungen organisierte. In welchem bescheidenem Rahmen allerdings hier gearbeitet wurde, zeigt die Tatsache, dass dem Rundfunkreferenten Wellner seit 1952 ganze 40 DM monatlich für seine Arbeit bewilligt wurden. Es gab bald Kontroversen mit „Arbeit und Leben“, das ein eigenes Rundfunkreferat gründen wollte. Die Arbeit Wellners fand mit dem Jahr 1953 ein abruptes Ende: Zunächst musste er 1952 aus dem Vorstand ausscheiden, weil er nicht mehr zum Bezirksvorsitzenden gewählt worden war und der Vorstand ihm eine Regelung nach der Lex Borinski versagte. Er bleibt

aber Rundfunkreferent, bis er wegen Veruntreuungen als hauptamtlicher Leiter der Volkshochschule Schöningen auch aus der Arbeit für den Landesverband ausscheiden musste, womit auch zunächst die Rundfunkaktivitäten ihr Ende fanden.

Ein neuer Anstoß scheint dann durch die im Jahresbericht 1961/1962 berichtete Gründung eines Rundfunk- und Fernsehausschusses beim Niedersächsischen Bund für Freie Erwachsenenbildung erfolgt zu sein.

6.3 Die Fernseharbeit des Landesverbandes

Auch für die Fernseharbeit scheint die im Jahresbericht 1961/1962 gemeldete Etablierung eines Rundfunk- und Fernsehausschusses beim Niedersächsischen Bund für Freie Erwachsenenbildung den Anstoß für Aktivitäten des Landesverbandes gegeben zu haben.

Nach der Gründung eines Fernsehausschusses durch den Pädagogischen Ausschuss, zu dessen Vorsitzendem Walter gewählt wurde, sollte systematisch versucht werden, das Fernsehen in den Volkshochschulen zu koordinieren, Erfahrungen auszutauschen und Anregungen weiterzugeben. Die Volkshochschulen sollten Walter mitteilen, ob sie ein Fernsehgerät besäßen und in welcher Form das Fernsehen bisher in der Arbeit eingesetzt wurde. Auch die Namen und Adressen der Leiter eventueller Fernseharbeitskreise sollten genannt werden. Donepp gebe einen Informationsdienst „Volkshochschule und Fernsehen“ heraus, der auf Anforderung zu erhalten sei. Das Fernsehreferat könne auch eine Reihe von Fernsehfilmen verleihen. Der Vorstand des DVV habe beschlossen, „erstmalig Anfang 1964 einen Fernsehpreis für Fernsehsendungen des Jahres 1963 zu verleihen“. Sendungen sollten berücksichtigt werden, die sich entweder mit einem für die Erwachsenenbildung bedeutsamen Thema beschäftigten oder die Arbeit der Volkshochschulen darstellten.

Auf der Sitzung des PA vom 21. Dezember 1964 berichtete Wicke, dass das dritte Fernsehprogramm ab 4. Januar 1965 14 Wochen als Versuchsprogramm ausgestrahlt werde. Der Landesverband habe mithilfe des Kultusministeriums zehn Fernsehgeräte gekauft, „in der Absicht, sie Kreisvolkshochschulen und kleinen Volkshochschulen zur Verfügung zu stellen, um das dritte Fernsehprogramm von Volkshochschulgruppen testen zu lassen“. Da aber das dritte Programm nicht überall empfangen werden könne, gäbe es nur wenige Angebote.

Auch das Rundschreiben Nr. 1/1965 befasste sich u. a. mit der „Fernseharbeit der Volkshochschulen“. Als dritter Sender der Bundesrepublik habe der Norddeutsche Rundfunk mit den Sendern Bremen und Freies Berlin am 4. Januar 1965 begonnen, ein Minderheiten- oder Bildungsprogramm auszustrahlen. Die Volkshochschulen seien gebeten worden, Teile des Versuchsprogramms durch geeignete Mitarbeiter einzeln, durch bestehende geeignete Volkshochschulkurse oder durch neue dafür schnellstens einzurichtende Arbeitsgemeinschaften zu beobachten und auszuwerten. Die Erfahrungsberichte sollten an Walter gesandt werden.

Auch das nummerierte Rundschreiben Walters vom 8. April 1965 betrifft das dritte Fernsehprogramm: „In diesen Tagen“ sei der erste Programmabschnitt abgeschlossen. Im Mai/Juni gebe es eine Diskussion mit den Mitarbeitern des Fernsehens über die Planungen

für dieses Fernsehprogramm. Für den Herbst/Winter 1965/66 werden Stellungnahmen erbeten.

Auf der Sitzung des PA am 8. November 1965 berichtete Walter dann allerdings im Namen des Fernschausschusses, „dass die Zusammenarbeit zwischen Volkshochschule und Fernsehen im Bereich des Landes Niedersachsen über Ansätze nicht hinausgekommen ist“, auch sei es kaum einer Volkshochschule in Niedersachsen möglich, das dritte Fernsehprogramm planvoll in ihre Arbeit einzubeziehen. Der Fernschausschuss solle um einen Vertreter von „Arbeit und Leben“ erweitert werden.

Obwohl seit 1965/1966 den Volkshochschulen im größeren Umfang Fernsehgeräte zur Verfügung standen, erfüllte sich die Hoffnung nicht, dass sich dadurch der Einsatz von Fernsehsendungen in den Kursen der Volkshochschulen vervielfachen würde. Festgestellt wurden dafür vier Ursachen: Für Fernsehgruppen seien Schulräume nicht geeignet, das dritte Programm hätte einen schlechten Empfang, das NDR-Fernsehen gebe seine Termine zu spät und zu ungenau bekannt, es fehle eine Abstimmung zwischen Fernsehen und Volkshochschule über geeignete Programme und Sendezeiten.

Auf der Sitzung des PB am 23. Mai 1969 beschloss dieser aufgrund der Empfehlung des Fernschausschusses vom 5. Mai 1969 „Vorschläge für die Zusammenarbeit mit dem 3. Fernsehprogramm des NDR“. Auf der Sitzung des PB am 31. Januar 1970 bat Walter wieder einmal, im laufenden Jahr Fernsehsendungen intensiver zu beobachten und zu beurteilen.

7. Studienreisen ins Ausland zum Erfahrungsaustausch

Studienfahrten des Landesverbandes begannen in den 60er-Jahren. Es ging nach Finnland, in die Tschechoslowakei und nach Israel, es gab finnische und tschechoslowakische Gegenbesuche.

Eine erste Studienfahrt nach Finnland unter der Leitung Grootoffs fand vom 21. Mai bis 2. Juni 1963 statt, seit November 1962 beschäftigte sich der Pädagogische Ausschuss mit der Vorbereitung. „Es nahmen 13 Mitglieder des Ausschusses, der Referent für Erwachsenenbildung im Niedersächsischen Kultusministerium, Oberregierungsrat Kreikemeier und der Geschäftsführer unseres Verbandes daran teil.“ „Die Gruppe hat finnische Erwachsenenbildungseinrichtungen in Helsinki, Tampere, Rauma, Jyväskylä, Ürivesi und Turku studiert, in einer Vielzahl von Begegnungen und Gesprächen wurde ein dauerhafter Kontakt zur finnischen Erwachsenenbildung hergestellt. Besonderer Dank für die Vorbereitung der Studienfahrt und für die Betreuung unserer Gruppe in Finnland gebührt dem Generalsekretär des finnischen Arbeiterbildungsverbandes, Vilju Kosonen. Der Pädagogische Ausschuss wird einen ausführlichen Bericht für die Studienreise und die finnische Erwachsenenbildung noch zusammenstellen. Wir hoffen, dass wir im nächsten Jahr Gelegenheit haben werden, finnischen Erwachsenenbildnern unsere Bildungseinrichtungen zeigen und mit unseren Problemen vertraut machen zu können.“

Auf der Mitgliederversammlung am 7. September 1963 berichtete Groothoff von der Finnlandreise, die er als „Fortbildungsunternehmen des Pädagogischen Ausschusses“ bezeichnete. „Er richtete die Bitte an alle, die Gegeneinladung an die finnische Erwachsenenbildung zu unterstützen, da die finanzielle Lage der finnischen Kollegen nicht so glücklich ist wie die in Niedersachsen.“

Dieser Gegenbesuch von 16 finnischen Volkshochschulleitern fand vom 10. bis 25. Juni 1964 statt. „Die Finnen studierten die Arbeit der Heimvolkshochschule Barendorf und Görde und der Volkshochschulen Wolfsburg, Braunschweig, Salzgitter, Hildesheim, Königslutter, Helmstedt und Hannover wie auch die Arbeit der Volkshochschulen in West-Berlin“, heißt es darüber im Jahresbericht 1964/1965.

15 Volkshochschulleiter nahmen vom 21. Oktober bis 4. November 1963 an einer von der Geschäftsstelle des Landesverbandes vorbereiteten Israelreise teil. „Die Teilnehmer flogen von Frankfurt nach Tel Aviv. Sie sahen Haifa, Aso, Jerusalem, Beer Sheba und Elat am Roten Meer. Drei Tage verbrachte die Gruppe in Kibuzzim. Mit besonderer Aufmerksamkeit wurden die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse des jungen Staates Israel studiert. Die Reise war für alle Teilnehmer ein unvergessliches Erlebnis“, so der Jahresbericht 1963/1964.

Vom 18. bis 28. Oktober 1965 besuchte eine Gruppe von zehn tschechoslowakischen Erwachsenenbildnern Niedersachsen, die Vorbereitungen für den Besuch war dem Pädagogischen Ausschuss übertragen worden. Im September 1967 bereiste eine zehnköpfige Studiengruppe des Landesverbandes unter der Leitung von Raffert die Tschechoslowakei, im Oktober 1967 kam eine tschechoslowakische Delegation der Sozialistischen Akademie Prag zum Gegenbesuch nach Niedersachsen. Die deutsche Studiengruppe nahm an einem gemeinsamen dreitägigen Seminar zu Fragen der

Erwachsenenbildung in Brünn teil, sie besuchte die Städte Brünn, Gottwaldov, Prostejov und Prag. Die Hauptstationen der tschechischen Erwachsenenbildner waren Hannover, Clausthal, Göttingen und Wolfsburg. Sie waren Gäste des Niedersächsischen Volksbildungstages und der anschließenden Pädagogischen Konferenz. Man wollte den Austausch „in diesem Jahr“ fortsetzen.

Im Jahresbericht 1965/1966 heißt es zusammenfassend, dass auch die Studienreisen als ein wichtiger Bestandteil der Mitarbeiterfortbildung gelten dürften. „Bisher wurden Reisen nach Israel (2), Finnland (3) und Schweden (1) durchgeführt, in Verbindung mit der Landeszentrale für Politische Bildung nach England (3) und der ČSSR (2), eine vierte Reise nach Finnland wird für das laufende Jahr vorbereitet (...) Der Verband sollte daran denken, die Ostkontakte durch Reisen, zunächst wohl nach Rumänien, Ungarn und Polen, auszubauen und nach Möglichkeit die Kontakte mit Volkshochschulen in der DDR zu verstärken.“

8. Zur historischen Entwicklung der Kreisvolkshochschulen

Seit nach 1945 hauptsächlich in Städten wieder die Gründung von Volkshochschulen erfolgte, setzten Ende der 40er-Jahre auch bereits die ersten Bemühungen zur verstärkten Entwicklung der Volks- und Erwachsenenbildung im Flächenstaat Niedersachsen ein. Auf Initiative des Kultusministeriums fanden seit 1950 auch Tagungen zur „Erwachsenenbildung auf dem Lande“ statt. Anfang der 50er-Jahre entstanden im damaligen Landkreis Hannover und im Landkreis Helmstedt die ersten Kreisvolkshochschulen, in Hannover in privatrechtlicher Vereinsträgerschaft, in Helmstedt als kommunale Einrichtung. Noch im Juni hatte Lotze Überlegungen angestellt, in jedem Landkreis eine Kreisvolkshochschule unter der Leitung eines hauptamtlichen „Bezirksrats“ (analog zum Schulrat) einzurichten, unter deren Dach Landesverband, LEB und „Arbeit und Leben“ zusammenarbeiten könnten, was aber einhellig abgelehnt worden war.⁸²

Der Beginn einer systematischen Zusammenarbeit und Neuorganisation der Kreisvolkshochschulen 1954 fällt nicht zufällig zusammen mit der Gründung des Niedersächsischen Bundes für Freie Erwachsenenbildung: In ihm erhoffte man sich vielmehr auch auf diesem Gebiet eine Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppen gerade auf dem Gebiet der ländlichen Erwachsenenbildung.

Auf einer Leiterkonferenz der Kreisvolkshochschulen am 24./25. April 1954 in Salzgitter unter der Leitung Wüstemanns, Leiter der Volkshochschule des Landkreises Hannover, wurde eine Arbeitsgemeinschaft gebildet; die Leitung übernahm August Schardt, Leiter des Volksbildungswerkes Grafschaft Hoya. Die Teilnehmer benannten zehn „echte“ Kreisvolkshochschulen im Landesverband: Die Volkshochschule des Kreises Gandersheim, die Kreisvolkshochschule Goslar, die Kreisvolkshochschule Helmstedt, die Volkshochschule Salzgitter, das Volksbildungswerk Landkreis Wolfenbüttel, die Volkshochschule des Kreises Hameln-Pyrmont, die Volkshochschule des Landkreises Hannover, das Volksbildungswerk des Kreises Grafschaft Hoya, die Kreisvolkshochschule Osterode.

Bei der Diskussion der Frage „Was ist eine Kreisvolkshochschule?“ betonten die Teilnehmer, dass es in der Form und in der Arbeit selbst Verschiedenheiten gäbe, die außerordentlich fruchtbar seien. Abgelehnt wurde der vom Landesverband in seiner letzten Anschriftenliste geprägte Begriff „Außenstellen“ für Kreisvolkshochschulen, man solle dafür den Begriff „Örtliche Volkshochschule“ verwenden.⁸³

Dem Landesverband wurde der Vorwurf gemacht, sich bisher zu wenig um die Entwicklung und Arbeit der Kreisvolkshochschulen gekümmert zu haben, obwohl die

⁸² Anmerkung des Herausgebers: Für diese Feststellung benennt Obenaus leider Gründe und Quelle nicht.

⁸³ Anmerkung des Herausgebers: Während das Kernmerkmal dieser Kreisvolkshochschulen ihr auf eine Region eines Kommunalverbandes gerichtete Aufgabenstellung ist, unterscheiden sich bspw. schon Hannover und Syke dadurch, dass Hannover in privatrechtlicher Vereinsträgerschaft städtischen Volkshochschulen mit ihren in der Regel vorhandenen Unterrichtsstätten gleicht, während das damals existierende Volksbildungswerk des Landkreises Grafschaft Hoya sich primär als kommunale Abrechnungsstelle für Einrichtungen und Veranstaltungen der Erwachsenenbildung verstand. Diese Position vertrat Helmut Kastens noch als Vertreter des Volksbildungswerkes (und Mitglied des Vorstandes des Landesverbandes seit 23.05.1969) offensiv bis zu einer Tagung der Volkshochschulen Leer, die in meiner Erinnerung 1968 stattfand.

Praxis zeige, dass durch diese Form der Erwachsenenbildung im ländlichen Raum die bestmögliche Bildungsarbeit geleistet werden könne.

Die Arbeitsgemeinschaft formulierte eine Definition der Kreisvolkshochschule: „Die Kreisvolkshochschule ist eine Zusammenfassung von Erwachsenenbildungseinrichtungen innerhalb eines Landkreises. Diese Zusammenfassung ist aufgrund von pädagogischen Anregungen und Richtlinien eines Landkreises oder eines von ihm anerkannten Trägers gegeben. Die Kreisvolkshochschule arbeitet auch selbständig in den Gemeinden und fördert bestehende Erwachsenenbildungseinrichtungen unter Wahrung ihrer Selbständigkeit. Volkshochschulen mit Außenstellen sind keine Kreisvolkshochschulen.“ Der anwesende Geschäftsführer des Landesverbandes, Heyder, sollte dem Vorstand über die Konferenz berichten und eine Stellungnahme zu der Arbeit der Kreisvolkshochschulen erwirken. „Diese Stellungnahme erscheint umso notwendiger, als in allen Berichten der Anwesenden die überall auftretenden Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft für Ländliche Erwachsenenbildung zum Ausdruck gebracht werden. Diese gehen z. T. so weit, dass die Letztere eine Zusammenarbeit mit den Kreisvolkshochschulen überhaupt ablehnt.“

Auf Druck der Arbeitsgemeinschaft organisierte der Landesverband vom 9. bis 13. August 1954 in Dreibergen bei Bad Zwischenahn ein Seminar über die Probleme der Kreisvolkshochschulen mit Vertretern der Kreisvolkshochschulen und der LEB. Ein Ausschuss wurde eingesetzt, der ein Merkblatt über Kreisvolkshochschulen formulieren sollte. Dies geschah in den folgenden Monaten. Auf der Mitgliederversammlung 1955 sollten auch erstmalig die Kreisvolkshochschulen behandelt werden. Auf der Vorstandssitzung vom 7. Juni 1955 erhob Fricke als Vertreter der Ländlichen Erwachsenenbildung allerdings dagegen Einwände: Wenn man von Abendvolkshochschulen auf dem Lande spräche, so sei es dasselbe wie Kreisvolkshochschule. Bei der Behandlung dieses komplexen Themas würde die ländliche Gruppe in der Minderheit sein. Es müsse berücksichtigt werden, dass hier die Entwicklung noch im Fluss sei, das Thema müsse in kleineren Gruppen diskutiert werden.

Dagegen wurde festgestellt, dass die Kreisvolkshochschule eine Aufgabe bei der Erwachsenenbildung auf dem Lande habe und die Mitglieder nicht informiert seien. Diese Information könne ein Referat ohne Diskussion geben. Fricke betonte demgegenüber, dass er vermeiden wolle, dass im Laufe der Jahre Entstandenes wieder zerstört werde. Heidorn machte schließlich den Vorschlag, man solle das Merkblatt fertigstellen und sich von den Mitgliedern eine Legitimation für eine solche Vereinbarung geben lassen. Man einigte sich darauf, „Herrn Schardt als Vorstandsmitglied, Teilnehmer von Dreibergen und als Mitglied des Vorstandes zu bitten, ein Referat zu halten, in dem er eine kurze geschichtliche Darstellung der Entwicklung gibt. Was dann an Fragen kommt, soll entgegengenommen und als Anregung verarbeitet werden.“

Am 4. April beschloss die Arbeitsgemeinschaft in Barsinghausen die letzten Änderungen für das Merkblatt, das auf der Tagung am 22. Juni noch einmal abschließend diskutiert wurde. Der Entwurf fand in der vorgelesenen Form die Billigung aller Anwesenden, er sollte in seiner neuen Fassung allen Kreisvolkshochschulleitern in absehbarer Zeit zugeschickt werden. Schardts Referat für die Mitgliederversammlung „Der Beitrag der Abendvolkshochschulen für die Erwachsenenbildung auf dem Lande“ enthielt zugleich die

Ergebnisse der Aussprache. Weiter beriet man die Verteilung und die Abgabe der Stimmen für die Kreisvolkshochschulen und die Einstufung der hauptamtlichen Volkshochschulmitarbeiter nach der Tarifordnung für Angestellte im öffentlichen Dienst (TOA)⁸⁴.

Der Entwurf des Merkblatts wurde im Vorstand des Landesverbandes nach weiteren Diskussionen auf allen Ebenen mit der Bitte übergeben, ihn als Grundlage für die Arbeit der Kreisvolkshochschulen anzusehen. Auf der Vorstandssitzung am 11. Januar 1956 hatte Schardt über das Merkblatt berichtet und mitgeteilt, dass sich danach erfahrungsgemäß gut arbeiten lasse. Wenn dies überall geschehe, könne es nicht zu Schwierigkeiten kommen. Der Vorstand möge dem Merkblatt zustimmen. Dies geschah. Der Entwurf wurde an den Niedersächsischen Bund für Freie Erwachsenenbildung zur Stellungnahme weitergeleitet. Mit Schreiben vom 7. Mai übersandte Dolff die Tagungsordnung zur Vorstandssitzung des Bundes am 17. Mai 1956, die in TOP 3 die „Beschlussfassung über die weitere Behandlung des Themas ‚Merkblatt für Kreisvolkshochschulen‘ vorsah und zu dem Ergebnis führte, dass der vom Landesverband vorgelegte Entwurf einer gründlichen Bearbeitung bedürfe. „Herr Bückmann bekommt den Auftrag, den Entwurf zu überarbeiten und bis zum 15. Juni vorzulegen.“

Der Jahresbericht des Landesverbandes 1955/1956 beschäftigte sich zum ersten Mal ausführlich mit seinen inzwischen 13 Kreisvolkshochschulen: „Der Träger ist entweder ein Landkreis oder ein eingetragener Verein. Die Kreisvolkshochschulen werden in den meisten Fällen hauptamtlich geleitet: Nebenamtlich sind Lehrer und Kreisjugendpfleger tätig, daneben aber auch Beamte und Angestellte der Kreisverwaltungen. In allen Kreisen besteht eine enge Verbindung mit den Partnern ‚Arbeit und Leben‘ und ‚Ländliche Erwachsenenbildung‘, deren eigene Bildungsaufgaben im Rahmen der Kreisvolkshochschule erledigt werden.“

Nach 1945 habe sich die Struktur der niedersächsischen Landkreise „durch das Einströmen der Vertriebenen sehr verändert“. Diesen Veränderungen habe sich die Erwachsenenbildung auf dem Lande angepasst. „Sie ist durch die Aufnahme von ‚Arbeit und Leben‘ und der ‚Ländlichen Erwachsenenbildung‘ innerhalb der Kreisvolkshochschule besonders groß geworden.“

Mach dem zusammenfassenden Bericht über die Bildung der Arbeitsgemeinschaft und das Merkblatt heißt es dann: „Die Arbeitsgemeinschaft der Kreisvolkshochschulen ist der Ansicht, dass der ideale Zustand eine Volksbildungsarbeit in einem Landkreise in der Kreisvolkshochschule liegt. Dabei ist nicht ausschlaggebend, ob der Rechtsträger dieser Kreisvolkshochschule der zuständige Kreiskommunalverband (Landkreis) oder ein eingetragener Verein ist. Die Kreisvolkshochschule stellt eine gemeinsame Geschäftsführung für die Volkshochschulen selbst, für ‚Arbeit und Leben‘ und für die ‚Ländliche Erwachsenenbildung‘ sicher. Sie kann darüber hinaus weitere Einrichtungen der Volkshochschularbeit, wie z. B. Filmdienst, Jugendvolkshochschule und Theaterarbeit in ihre Organisation aufnehmen, wie dieses schon in den meisten Fällen der bestehenden KVHS geschehen ist.“ Eine solche Arbeitsweise sei billiger und organisatorisch effektiver als eine kleine örtliche Volkshochschule. Aber auch auf pädagogischem Gebiet habe die Kreisvolkshochschulen große Vorteile. Sie habe Gelegenheit, alle ihre Arbeitsformen über

⁸⁴ Protokoll, Bestand KVHS Hameln-Pyrmont

den Lehrgang, die Vortragsreihe bis zur Einzelveranstaltung auch im kleinsten Orte durchzuführen, weil ihr die besseren Hilfsmittel für die Unterstützung einer derartigen Arbeit (Filmgeräte, Kraftwagen, Rednereinsatz usw.) zur Verfügung stünden. Es böten sich in der Kreisvolkshochschule mehr Gelegenheiten, junge Erwachsene zur Teilnahme an den Lehrgängen der Heimvolkshochschule zu veranlassen, wie es überhaupt besser möglich sei, mit Unterstützung moderner Hilfsmittel die Jugend nicht nur örtlich, sondern auch auf größerer Ebene zu erfassen. Es gebe genügend Beweise dafür, dass die bestehenden Kreisvolkshochschulen auf allen diesen Gebieten beachtliche Erfolge errungen haben. Alle Partner der Erwachsenenbildung hätten Gelegenheit, im Rahmen der Kreisvolkshochschule ihre Bildungsvorhaben frei und unbeeinflusst durchzuführen. Wenn man immer wieder eine freie Erwachsenenbildungsarbeit im Gegensatz zu der gruppengebundenen Erwachsenenbildungsarbeit fordere, so gebe die Kreisvolkshochschule die beste Gewähr dafür.

Ähnlich referierte Wüstemann im November 1956 auf der Leitertagung in Wilhelmshaven-Rüstsiel „Über die Zukunft der KVHSen“.

Nach den nur lückenhaft vorliegenden Quellen gab es im Herbst 1957 einen erneuten Versuch, zu einer Regelung über die Arbeit der Kreisvolkshochschulen zu gelangen. Am 9. August 1957 war die Arbeitsgemeinschaft zu einem Erfahrungsaustausch zusammengekommen⁸⁵. Schardt als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Kreisvolkshochschulen im Landesverband schrieb am 15. Oktober 1957 als Antwort auf ein Schreiben von Geschäftsführer Wiedenroth vom 10. September 1957: „Nach den Erfahrungen, die wir bei der Erarbeitung des ersten Merkblattes über Kreisvolkshochschulen gemacht haben, erscheint es uns untunlich, neue ‚grundsätzliche Richtlinien für die Zusammenarbeit auf Kreisebene‘ zu einer Tagung der Kreisvolkshochschulleiter aufzustellen.“ Die Leiter stünden nach wie vor auf dem Boden des ersten Merkblattentwurfs. Inzwischen sei ihnen von der Arbeitsgemeinschaft für Ländliche Erwachsenenbildung ein neuer Entwurf zugegangen. Es sei folgendes Vorgehen vereinbart worden: Beide Merkblätter werde die Arbeitsgemeinschaft den Leitern nochmals für eine genaue Prüfung zustellen. „Bei unserer nächsten Zusammenkunft, die im Rahmen der Leitertagung (...) in der Görde stattfindet“, würde darüber beraten werden. Er werde auch den Vorständen der LAG „Arbeit und Leben“ und der Ländlichen Erwachsenenbildung beide Merkblätterentwürfe zusenden und sie bitten, „sich bis zu Beginn des nächsten Jahres für eines der beiden Merkblätter zu entscheiden oder uns Vorschläge für ein neues bzw. abgeändertes Merkblatt zu machen“. Danach würden sie in der Arbeitsgemeinschaft erneut beraten werden.

Diese Beratung erfolgte auf der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft am 17. Dezember 1957. Verglichen wurde der alte Entwurf mit dem neuen Vorschlag der Ländlichen Erwachsenenbildung. Ein Ausschuss wurde gebildet, dem Schardt, Tietgens, Wicke und Lührs angehörten. „Aufgabe des Ausschusses ist es, die für die Neufassung des Merkblattes gemachten Vorschläge zu überarbeiten und einen neuen Entwurf aufzustellen.“

Der Jahresbericht 1957/1958 gab auf S. 13f. einen zusammenfassenden Bericht: Die Arbeitsgemeinschaft habe am 9. August und am 17. Dezember 1957 zwei Zusammen-

⁸⁵ Jahresbericht 1957/8, S. 14, Archiv LV

künfte gehabt. Auf der letzten Sitzung wurde das Merkblatt neu bearbeitet. Von der Arbeit des Ausschusses ist nicht die Rede. Es folgt aber eine Übersicht über die vorhandenen 14 niedersächsischen Kreisvolkshochschulen, ihre Rechtsform, die Außenstellen, die Stellenbesetzung, die Höhe der Zuschüsse von Kreis, Land und sonstigen Mitteln, ihren Gesamthaushalt und die Anzahl der Lehrgänge und Sonderveranstaltungen.

Im Jahresbericht 1958/1959 werden die Kreisvolkshochschulen unter der Überschrift „Erwachsenenbildung auf dem Lande“ abgehandelt. Von den 16 niedersächsischen Kreisvolkshochschulen seien nur sieben hauptamtlich besetzt, hier sei ein Wandel nötig. „Bei aller Wertschätzung der ehrenamtlichen Volkshochschulleiter, auf die niemals verzichtet werden kann und darf, liegt doch gerade bei der Leitung einer Kreisvolkshochschule durch einen ehrenamtlichen Leiter eine Überforderung vor.“

Nach den vorliegenden Unterlagen kam es dann erst wieder auf der Leitertagung in Emden vom 15. bis 18. September 1964 zu einer erneuten Aufnahme des Themas der Kreisvolkshochschulen. Eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Raapke hatte sich damit beschäftigt, ein Bericht der Gruppe von Schaardt und Keschull lag vor.⁸⁶ Dort heißt es: Im Flächenstaat Niedersachsen mit seinem starken Bevölkerungsanteil in ländlichen Gebieten komme der Kreisvolkshochschule eine wachsende Bedeutung zu. Die traditionelle Aufgabenteilung, „nach der die Volkshochschulen für die Städte und die Organisationen spezifisch ländlicher Erwachsenenbildung für die Landgebiete zuständig sind“, sei nicht mehr gerechtfertigt. Die Verhältnisse in Stadt und Land glichen sich an. Die kulturelle Aktivität auf dem Lande habe sich bisher vor allem auf die Gemeinde, die zugleich Schulort war, konzentriert. „Mit der Errichtung der Mittelpunktschulen haben insbesondere die kleinen Gemeinden einen Teil ihrer bisherigen kulturellen Funktionen abgegeben. Die Landkreise als die übergeordneten Gebietskörperschaften werden dadurch mehr als bisher veranlaßt, Verantwortung für kulturelle Aufgaben zu übernehmen und eigene Initiativen zu ergreifen. Vieles spricht dafür, daß die Landkreise dazu bereit sind. Das zeigt sich u. a. in der begonnenen Neuordnung des öffentlichen Büchereiwesens auf dem Lande. Die vollausgebaute Kreisbücherei wird künftig die Grundeinheit in der Organisation des öffentlichen Büchereiwesens sein. Für die Erwachsenenbildung in den Landkreisen bekommt die Kreis-VHS die gleiche Bedeutung. Angesichts der Tatsache, dass z. Zt. nur in etwa ein Drittel aller niedersächsischen Landkreise Kreis-VHS bestehen, empfiehlt die Arbeitsgruppe die beschleunigte Errichtung neuer und den Ausbau bestehender Kreis-VHS.“ Die Arbeitsgruppe empfahl dringend, darüber mit dem niedersächsischen Landkreistag zu verhandeln.

Drei verschiedene Typen von Kreisvolkshochschulen gäbe es in Niedersachsen:

1. städtische Volkshochschulen mit Außenstellen im Kreisgebiet
2. Kreisvolkshochschulen neben bestehenden selbständigen Volkshochschulen in kreisangehörigen Gemeinden
3. Kreisvolkshochschulen als alleinige Institution der Erwachsenenbildung auf dem Lande, die Rechtsform war entweder ein e. V. oder eine kommunale VHS.

⁸⁶ Archiv LV: „Bericht über die Arbeitsgruppe Kreisvolkshochschulen“

Im derzeitigen Entwicklungsstand der VHS bewährten sich in der Praxis alle drei Typen. Es wurde in der Arbeitsgruppe auch vertreten, dass die Kreisvolkshochschulen als der Volltyp einer KVHS anzustreben sei.⁸⁷

Entsprechend der Empfehlung dieser Arbeitsgruppe wurde im Februar 1965 die Arbeitsgemeinschaft der Kreisvolkshochschulleiter unter Vorsitz von Schardt vom Vorstand wieder eingesetzt. Am 2. April 1965 fand die erste Sitzung der wiedereingesetzten Arbeitsgemeinschaft statt. In mehreren Sitzungen erarbeitete sie einen Entwurf über die Arbeit der Kreisvolkshochschulen. Als Unterlage stand ihr dafür eine von der Geschäftsstelle des Landesverbandes durchgeführte Materialerhebung über „Die Situation der niedersächsischen Kreisvolkshochschulen“ zur Verfügung. Bis zum 4. März hatten die Volkshochschulen auf dem versandten Fragebogen Auskünfte zu geben über die Organisationsform, die Geschäftsstelle, die Finanzierung (1964), über Arbeitsplan und Werbung, den Arbeitsumfang, Mitarbeiter und Mitarbeiterfortbildung, Räume und Lehrmittel. Die Materialerhebung wurde von den Kreishochschulleitern diskutiert und vervollständigt. In einem Unterausschuss der Arbeitsgemeinschaft und in einem Unterausschuss des PA, dem Schardt, Raapke, Kreikemeier, Brandes und Wicke angehörten, wurde dann in mehreren Sitzungen der Entwurf der Empfehlungen formuliert.⁸⁸

Auf der Sitzung der Arbeitsgruppe, die während der Leitertagung am 2. September 1965 in Hannover stattfand, diskutierte man den Entwurf „gemeinsam mit mehreren Oberkreisdirektoren, darunter dem Vorsitzenden des Schul- und Kulturausschusses des Niedersächsischen Landkreistages. Aufgrund der dabei gewonnenen Anregungen und Ergebnisse wird eine Endfassung herzustellen sein, die den niedersächsischen Landkreisen zugehen soll.“⁸⁹

Bei der Beratung auf der Leitertagung ging es besonders um folgende Punkte: um die Formen der Zusammenarbeit mit „Arbeit und Leben“, um die Zusammensetzung der Beiräte, die Stellung der Außenstellenleiter, die Gefahr des Verlustes von Selbständigkeit und Unabhängigkeit bei kommunalen Kreisvolkshochschulen und um die Frage, ob die überparteiliche und überkonfessionelle Stellung der Kreisvolkshochschule in Statuten festgelegt werden müsse. Bei den Beratungen – so Raapke – sei deutlich geworden, „dass der jetzt vorliegende Entwurf der Empfehlungen noch in vielen Punkten überarbeitet werden muss (...) Die Beratungen der Arbeitsgruppe II während der diesjährigen Leitertagung waren ein markantes Zwischenstadium in der Gesamtarbeit der Kreisvolkshochschulen.“⁹⁰

Auf der folgenden Mitgliederversammlung am 19. September wurde empfohlen, sich mit dem Landkreistag in Verbindung zu setzen, um noch weitere Kreisvolkshochschulen zu gründen.

⁸⁷ Einladungsschreiben Wickes vom 19.2.1965 mit dem Umfragebogen.

⁸⁸ Bericht Raapke auf der Leitertagung 1965, ms. Manuskript, Archiv LV; Jahresbericht 1964/65, ebd.

⁸⁹ Bericht Raapke

⁹⁰ Vgl. Protokoll der Arbeitsgruppe 11 „Kreisvolkshochschulen“ der VHS-Leitertagung am 2. September 1965 in Hannover, Archiv LV; Jahresbericht 1964/65, ebd.; Protokolle des PA vom 8. April und 11. Juni 1965, Nachlass Schulenberg, Archiv für Erwachsenenbildung Oldenburg

Die Unterausschüsse der Arbeitsgemeinschaft der Kreisvolkshochschulleiter und des PA hielten zwei gemeinsame Sitzungen ab, „um auf Wunsch des Vorstandes des Landesverbandes die ‚Empfehlungen‘ erneut zu überarbeiten. Das Ergebnis liegt jetzt vor“, so Schaardt an den Geschäftsführer Wicke am 23. Februar 1965/66. Er bat, die beigelegten 15 Exemplare der Neufassung den Vorstandsmitgliedern noch vor der Sitzung am 2. März 1966 zuzustellen. Schaardt teilte weiter mit, dass er während der Winterschule der LAG „Arbeit und Leben“ Anfang Januar 1966 den Teilnehmern Einblick in die „Empfehlungen“ gegeben habe. Es sei beschlossen worden, den Vorstand von „Arbeit und Leben“ zu bitten, sich dazu zu äußern. Diese Vorstandssitzung habe inzwischen stattgefunden, es wurden Anmerkungen erarbeitet, die Heidorn auf der Vorstandssitzung des Landesverbandes am 2. März erläutern werde. „Ich wäre dankbar, wenn in der Vorstandssitzung so viel Zeit zur Verfügung stände, damit die Erörterungen zu den ‚Empfehlungen‘ zum Abschluss gebracht werden könnten.“ Dies ist geschehen, die Broschüre „Organisation und Aufgaben der Kreisvolkshochschule. Empfehlungen des Landesverbandes der Volkshochschulen Niedersachsens e. V.“ wurden verabschiedet.⁹¹

Ein weiterer Anstoß erfolgte am 24. März 1966 vom Arbeitskreis hauptamtlicher Leiter und Pädagogischer Mitarbeiter, der auf seiner Zusammenkunft dem Landesverband vorwarf, die Gründung von Kreisvolkshochschulen vernachlässigt zu haben. Auf der Mitgliederversammlung am 19. November 1966 in Hildesheim wurde der „Arbeitskreis Kreisvolkshochschule“ satzungsmäßiges Organ des Verbandes und entsandte einen Vertreter in den Vorstand, von 1966 bis 1971 war dieser Haußmann, Kreisvolkshochschule Wolfenbüttel. Nach der Mitgliederversammlung 1966 beschloss außerdem der Vorstand in einer seiner ersten Sitzungen die Bildung eines Fachreferats Kreisvolkshochschule, für das Haußmann und Schaardt verantwortlich zeichneten.⁹²

Auf der Pädagogischen Konferenz 1968 referierte Raapke über „Möglichkeiten regionaler Zusammenarbeit der Volkshochschulen“. Er wies insbesondere darauf hin, dass der vorliegende Entwurf des Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung in Niedersachsen Formen regionaler Zusammenarbeit erfordere. Als eine dieser Möglichkeiten nennt er in diesem Zusammenhang „die beinahe schon klassisch gewordene Form der Kreisvolkshochschule. Sie scheint mir nach wie vor ein brauchbares Konzept, vor allem in der Form, wie sie 1965 vom Landesverband als Empfehlung zur Organisation und Aufgabe der Kreisvolkshochschule erarbeitet und verabschiedet worden ist.“ In der Zwischenzeit seien kaum neue Kreisvolkshochschulen in Niedersachsen hinzugekommen.

Das Protokoll der Mitgliederversammlung vom 20. November hält dann fest, dass die Gründung von Kreisvolkshochschulen erfolgreicher gefördert werden konnte. „In Aurich, Gandersheim, Neustadt und Osterode ist dieser Gründungsprozess im Wesentlichen abgeschlossen.“

Die Entwicklung der Kreisvolkshochschulen von 1955 bis 1970 in einer Übersicht

1955/1956	13 KVHS	159 Außenstellen
1956/1957	14 KVHS	159 Außenstellen

⁹¹ Brief nebst beiden Fassungen des Merkblattes, Archiv LV

⁹² Ms. im Archiv LV

1957/1958	14 KVHS	178 Außenstellen
1958/1959	16 KVHS	keine Angabe
1959/1960	keine Angaben	
1961/1962	16 KVHS	292 Außenstellen
1962/1963	17 KVHS	316 Außenstellen
1963/1964	19 KVHS	365 Außenstellen
1964/1965	19 KVHS	378 Außenstellen
1965/1966	20 KVHS	387 Außenstellen
1966/1967	22 KVHS	keine Angaben
1968/1970	30 KVHS	keine Angaben

Abkürzungsverzeichnis

DVV	Deutscher Volkshochschul-Verband
HVHS	Heimvolkshochschule
LAG	Landesarbeitsgemeinschaft
LEB	Ländliche Erwachsenenbildung
LV	Landesverband
KVHS	Kreisvolkshochschule
KVHSN	Kreisvolkshochschulen
PA	Pädagogischer Ausschuss
PB	Pädagogischer Beirat
VHS	Volkshochschule
VHSN	Volkshochschulen